

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis vierteljährlich 3,00 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich. Langens 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Rollen- und deren Raum 50 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (steilgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellengänge und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 29. September 1910.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Wie lange noch?

Ein beispielloser Skandal spielt sich seit mehreren Tagen in Roabit, einem Teil der Reichshauptstadt, ab. Seit Ende voriger Woche hat dort die Polizei den Kriegszustand erklärt. Durch ihr kriegerisches Auftreten hat sie nicht nur Neugierige, sondern auch jene standallüsteren Elemente nach Roabit gelockt, die dank unserer herrlichen kapitalistischen Kultur, dank unseres Dürren- und Zuhälterwesens, dank der allbekannten Tatsache, daß unsere Strafanstalten nichts sind als Hochschulen für die Verbrecher, in einer Millionenstadt natürlich nicht fehlen. Und nun entwickelte sich seit mehreren Tagen allabendlich, und zwar mit gesteigerter Heftigkeit, folgendes Bild: Die Polizei marschiert in stattlicher Zahl und in provozierender Haltung auf. Der „Janhagel“, dieser Bodensatz unserer famosen kapitalistischen Kultur, Taugenichtse oder auch nur jugendliche Elemente, denen der Radau ebenso viel Spaß macht wie den Donner Borussen oder der goldenen Jugend in der Neujahrsnacht, hänseln die Polizei. Diese geht plötzlich zur Attacke über und schlägt nun blindlings auf alles los, was ihr vor den Säbel kommt! Die wirklichen Radaumacher, jugendlich flinke Elemente, haben sich schleunigst aus dem Staube gemacht, und die Säbelhiebe, flache oder auch scharfe, wie's gerade trifft, hageln nun auf friedliches Publikum nieder, das höchstens Neugierde, häufig aber auch Geschäfte, auf die Straße getrieben haben. Arbeiter, die ruhig von der Arbeit nach der Wohnung zurückkehren, werden blutrünstig geschlagen, werden von den Pferdehufen der rücksichtslos Attacke reichenden Schuttmannschaften niedergetreten und schwer verletzt! Und diese Angriffe erfolgten, bevor jemand die Aufforderung zum Auseinandergehen vernommen, bevor die Menge sich zerstreuen konnte!

Kein Wunder, daß die Gärung unter den Massen um sich greift. Ist das, fragt sich der einfache Mann, ein Zustand der Rechtsicherheit, wenn die Polizei der friedlichen Bevölkerung in der Reichshauptstadt einfach Schlächtern liefern darf; wenn sie einhauen darf, ohne zu fragen, wen sie trifft? Hat die Polizei, fragt der Staatsbürger, ein Recht, blindlings auf friedliche Staatsbürger dreinzuhauen und zu schlagen, weil sie von einzelnen Provokanten verhöhnt und belästigt worden ist?

Freilich, die polizeioffizielle Presse — und die ganze bürgerliche Presse bis zur linksliberalen hat sich in diesen Tagen zum Sprachrohr der Polizei hergegeben! — hat sich ja um den Nachweis bemüht, daß die Polizei in Roabit gar nicht anders hätte handeln können. Sei sie doch nicht nur verhöhnt, sondern in der unanständigsten, frechsten Weise angegriffen worden. Habe doch der Janhagel so abscheuliche Exzesse verübt und so bodenlos frech gehaust, daß die Polizei zur Aufrechterhaltung der Sicherheit zu den schärfsten Mitteln habe greifen müssen.

Wir bestreiten die Richtigkeit dieser Darstellung mit aller Entschiedenheit! Daß gräßliche Exzesse vorgekommen sind, ist richtig; aber diese Exzesse sind nicht nur beispiellos übertrieben worden, sondern die Polizei hat auch gerade das allerverkehrteste Mittel erwähnt, um der Exzesse Herr zu werden und die Ruhe wieder herzustellen!

Kein Zweifel, daß die Polizei, um ihre schroffen, geradezu unerhörten Maßnahmen zu beschönigen, die begangenen Ausschreitungen maßlos hat übertreiben lassen! Da sollten beispielsweise Türen und Fenster einer Kirche völlig demoliert worden sein. In Wirklichkeit sind einige Fenster dieser Kirche durch Steinwürfe beschädigt worden; von der Demolierung der Türen, also dem Kriterium der Gewalttätigkeit, ist kein Wort wahr! Ebenso sollte der „Janhagel“ der Polizei förmliche Schlächtern geliefert, zahlreiche Polizisten durch Steinwürfe oder gar Schüsse schwer verletzt haben. Nach den letzten Meldungen sollen bis jetzt überhaupt nur zwei oder drei Schuttmänner erheblich verletzt worden sein, während die Zahl der durch die Säbel oder die Browning-Pistolen der Schuttmänner verletzten Zivilpersonen sich auf Hunderte belaufen soll!

Geradezu tolle Szenen sollen sich, und zwar gerade nach den polizeioffiziösen Darstellungen der bürgerlichen Presse, in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch abgepielt haben. In dieser Nacht soll die Polizei blindlings 163 scharfe Schüsse aus ihren Browningpistolen abgegeben haben! Schüsse nach Balkons und Fenstern, die nicht sofort auf polizeilichen Zuruf hin geschossen und geräumt wurden; Schüsse durch Haustüren hin in die Handflure, Schüsse aus dem Hausflur nach den Etagen hinauf! Wenn es also noch keine zahlreichen Toten bei diesen unglaublichen Schießereien gegeben hat, so ist

das lediglich dem Zufall, nicht aber der Einsicht der Polizeibehörde zu danken! Ist es doch bekannt genug, welche gefährliche Waffe die Browning-Pistole ist, deren Geschos zwei bis drei hintereinanderstehende Personen zu durchschlagen vermag! Wenn aber behauptet wird, auch vom Publikum sei, wie die Geschosspuren in den Türfüllungen bewiesen, mit Revolvern aus den Handfluren heraus durch die Türen auf die Polizei geschossen worden, so ist die Behauptung von vornherein lächerlich! Denn die Brownings der Polizei durchschlagen zwar glatt auch die stärkste Haustüre, eine Revolverkugel jedoch wäre harmlos im Holz stecken geblieben!

Die polizeioffiziöse bediente Presse erzählt auch, daß die Polizei aus ihren Brownings ein förmliches Salvosfeuer gegen die Fenster einer Anzahl von Häusern gerichtet habe! Diese ungeheuerliche Schießerei wird damit entschuldigt, daß sich aus fast allen Fenstern ein Hagel von Steinen, Töpfen, kurz von Wurfgeschossen aller Art auf die vordringenden Schuttmänner ergossen habe. Danach müßte also der „Janhagel“ in den respektablen Vorderhäusern wohnen! Oder aber: die auch nach Bourgeoisbegriffen „hochanständigen“ Bewohner dieser Vorderhäuser müßten durch die Polizeiatacken derartig erbittert worden sein, daß sie aktiv in den Kampf eingegriffen hätten! Da dieser Kampf aber — die geringfügigen Verletzungen der Polizeimannschaften beweisen das — zum guten Teile nur in der Phantasie polizeioffiziöser Berichterstatter existierte, muß das Beschießen einer Anzahl von Häusern durch die Polizei nur als eine Maßregel betrachtet werden, die ebenso wie die Säbelschlachten auf harmlose Straßenspassanten geeignet sind, statt Ruhe zu schaffen, die Empörung der Bevölkerung ins Maßlose zu steigern!

Herr v. Jagow und seine Hintermänner scheinen den Kopf völlig verloren zu haben. Es war schon schlimm, daß sich das Ministerium des Innern durch die Ordr des Zehengewaltigen Stinnes veranlassen ließ, den Kohlenfuhrer der Firma Kupfer jenes auffällige und provozierende Schuttmannangebot mitzugeben, das dann etliche Streikbrecher ermutigte, auf das Publikum zu schießen, wodurch ja der erste Anlaß zu Menschenansammlungen gegeben wurde. Daß die Berliner Polizei bei Streiks stets zugunsten des Unternehmertums Partei ergreift, ist ja bekannt, sozusagen gerichtsnotorisch; aber daß sie den Konflikt bis zum Maffaker gegen das Volk treibt, das ist denn doch erstaunlich! Denn das rücksichtslose Dreinschlagen gegen ein zu neunundneunzig Hundertsteln gänzlich unbeteiligtes Straßenpublikum ist doch schließlich nichts anderes als ein Maffaker!

Mit der Vernunft darauf, daß doch die Straße freizuhalten sei, sollte man just in Berlin nicht so ohne weiteres zu kommen wagen, haben es doch viele tausende Berufstätiger jahraus jahrein erleben müssen, daß ihnen bei Paraden und sonstigen byzantinischen Kundgebungen die Straße sogar für den Verkehr einfach gesperrt wurde!

Es ist deshalb ganz unglaublich, daß Scharfmacherorgane melden, es sei nunmehr vom Ministerium des Innern die Weisung ausgegangen, nunmehr noch „energischer“ vorzugehen und die „Unmulkanten“ mit „schonungsloser Energie“ zu Paaren zu treiben!

Sollte denn den Verantwortlichen im Berliner Polizeipräsidium und im preussischen Ministerium des Innern wirklich jede Spur der Besonnenheit abhanden gekommen sein? Sollten sie wirklich das Ausland glauben machen wollen, daß in der Reichshauptstadt der Bürgerkrieg ausgebrochen sei?

Wir Sozialdemokraten stehen den ganzen Vorgängen mit absoluter Passivität gegenüber. Wir sind so vollständig unbeteiligt, daß wir in der Tat dem Verhängnis der völligen Bankrotterklärung des preussischen Polizeistaats den ungestörtesten Verlauf lassen könnten. Denn die mehr als albernsten Verdächtigungen der Scharfmacherpresse, den Roabitern Unruhen müßte doch wegen ihrer Hartnäckigkeit und ihrer wachsenden Lebhaftigkeit eine Organisation zugrunde liegen, verdienen nicht mehr als eine beiläufige Erwähnung. Was die „Post“, die „Berl. Neuesten Nachrichten“ und die „Deutsche Tageszeitung“ in dieser Beziehung zum Besten geben, ist so lächerlich, daß es wirklich nicht einmal des Versuches einer Widerlegung lohnt. Mag das scharfmacherische Pöbelgeschrei hegen, soviel es will, mögen das Ministerium des Innern und der Berliner

Polizeipräsident so viel Unbesonnenheiten begehen, als ihnen gutdünkt: Der Sozialdemokratie werden auch durch die neuesten Polizeiatacken wieder Hunderttausende neuer Anhänger zugeführt werden!

Mag die Exekutive des Junkertums und des kapitalistischen Feudalismus sehen, wie weit sie mit ihrer Taktik des rücksichtslosen Draufgängertums kommt! Der Sozialdemokratie schadet sie wahrhaftig nicht, denn die Angehörigen der sozialdemokratischen Partei haben mit den „Krawallen“ in Roabit nicht das geringste zu tun. Die Sozialdemokratie hat nicht einmal Ursache, an ihre Parteigenossen eine besondere Warnung zu richten, weil sie sicher ist, daß ihre Anhänger sich selbst durch die stärksten polizeilichen Provokationen nicht zu Unbesonnenheiten hinreißten lassen! Weder die gewerkschaftliche noch die politische Organisation des Klassenbewußten Proletariats hat an den traurigen Vorkommnissen in Roabit irgendwelchen Anteil!

Wohl aber würden sich auch die Organisationen des Klassenbewußten Proletariats nicht geweigert haben, an der sofortigen Wiederherstellung der Ruhe mitzuarbeiten — und mit ganz anderem Erfolg als die Polizei! —, wenn sie von den Behörden darum ersucht worden wären! Dazu fühlen sich der Polizeiminister und der Berliner Polizeipräsident natürlich zu erhaben. Vertreten sie doch noch den vormärzlichen Standpunkt, daß das Publikum nur der Majestät der Polizei wegen da sei, nicht aber die Polizei des Publikums wegen! Und nicht nur die Organisationen der Arbeiterschaft, sondern auch die kommunalen Körperschaften und die Presse würden in der Lage gewesen sein, die Ruhe wiederherzustellen, wenn man nur vernünftigerweise ihren Beistand angerufen hätte!

Aber man wollte es mit dem Polizeisäbel, mit den Brownings schaffen!

Man wollte die Diktatur des Säbels und der Brownings proklamieren! Mit dem Erfolge, daß die breitesten Massen nun endgültig aufgeklärt sind über das Säbelregiment der preussischen Klassenherrschaft!

Wie lange noch?! Die nächste Reichstagswahl wird der blindlings ihrem Verhängnis entgegenkommenden Reaktion die Quittung präsentieren!

Die Polizei über die Schlacht in der Nacht zum Mittwoch.

Der sehr phantastische Polizeibericht läßt sich wie folgt aus: Bis 7 Uhr abends war nichts vorgekommen. In der Annahme, daß die Zustände vom Montag, das heißt die Ueberhandnahme des Janhagels sich wiederholen würden, waren für den gestrigen Abend seitens des Schuttkommandos des Kupferschen Lagerplatzes stärkere Abteilungen unter Führung von Offizieren in den Straßenteilen stationiert worden und zwar:

1. ein Offizier, ein Wachtmeister und 30 Mann an der Ecke der Veussel- und Sidingenstraße.
2. zwei Offiziere, zwei Wachtmeister und 50 Mann vor der Reformationskirche in der Veusselstraße.
3. zwei Offiziere, zwei Wachtmeister und 30 Mann an der Ecke der Veussel- und Annstraße.
4. 2 Offiziere, 1 Wachtmeister und 30 Mann in der Wittfoder, Ecke der Rostocker Straße.
5. 1 Offizier, 1 Wachtmeister und 32 Mann als Reserve für die vorgenannten Kommandos auf dem Lagerplatz in der Sidingenstraße.

Gleich nach dem Aufziehen der Kommandos wurden die Beamten an der Veussel- und Sidingenstraße-Ecke sowie an der Reformationskirche mit Steinen beworfen, so daß sofort von der Waffe Gebrauch gemacht wurde. Ein verletzter Schuttmann, der von einer Bierflasche getroffen worden war, mußte ins Moabit Krankenhaus gebracht werden. Obenstehend wurde einer der Demonstranten wegen einer schweren Hiebverletzung am Kopfe geschickt. Nach den Wahrnehmungen gingen die Angriffe und Widerstandigkeiten meist nicht von dem sogenannten Janhagel, wie am Abend vorher, sondern von besseren Arbeitern aus. Überall wo es zu Zusammenstößen kam, ist energisch von der Hieb- und Schußwaffe Gebrauch gemacht worden, so z. B. vor dem Hause Suttingenstraße 70, auf Charlottenburger Gebiet, wohin diesseitige Beamte zur Unterstützung der Charlottenburger Beamten entsandt worden waren. Verletzungen von Schuttmännern sind hierbei nicht vorgekommen, ob von Demonstranten, ist nicht bekannt geworden. Aus der Mitte der letzteren ist mehrfach auf die Beamten geschossen worden. (?? Red. d. B.) In der Zwillingstraße wurden auf einen leider nicht ergriffenen Maffaker mehrere Schüsse abgegeben. Aus einem Stockwerk des Hauses Waldstraße 43 sind Beamte vom Kommando des Leutnants Weber II mit Blumentöpfen von den Fenstern aus geworfen worden. Bei der Feststellung der Täterin, einer Frau Reinhardt, in deren Wohnung, warf diese mit einer brennenden Lampe nach den Beamten (?? Red. d. B.) und simuliert unter lautem Getöse eine Ohnmacht. Beim Hinwerfen geriet sie (!) in die Glaskerbler ihrer eigenen Lampe und

hat sich dabei nicht unerheblich verfehlt. Bei dem wiederholten Räumen der Beußelstraße wurden vor Nr. 29 aus Haustüren und Fenstern auf die vorübergehenden Schulleute und den Polizeileutnant Kirchner mit Steinen geworfen. Der verleihte Täter entkam jedoch unter Zurücklassung seiner Waffe. In der Beußelstraße trat dann allmählich gegen 10 Uhr abends Ruhe ein. Dagegen erhob sich in der Mostoderstraße, zwischen der Wittstoder und Duttentstraße, eine größere Aufrüstung. Dahin entsandten Patrouillen des Kommandos Sommer wurden geschickt (?) und mit Pfeifen, Porgellen, Steinen und Eisenstücken beworfen. Wiederholt mußte gegen die johlende Menge mit blauer Waffe und schließlich, da die Angriffe nicht aufhörten, mit der Schußwaffe gegen die Demonstranten vorgegangen werden. Dem Durchziehen dieser Straßenteile mit der Schußwaffe wohnte der Polizeipräsident persönlich bei und überzeugte sich von den heimtückischen und hinterlistigen Angriffen der Hausbewohner auf die exekutiven Organe. Steinwürfe und Schüsse (?) der Demonstranten aus Fenstern und von Balkonen wurden von der Schutzmannschaft auf den erhaltenen Befehl nach beiden Straßenseiten hin mit Schüssen beantwortet. Leider konnten die Täter, da sie sich sehr versteckt zeigten, begreiflicherweise nicht gefasst werden. Der Straßendamm war mit Glas- und Porzellantrümmern sowie anderen Wurfgegenständen derartig bedeckt, daß die Verletzten nicht mehr hineingeschickt werden konnten.

Dieser Kampf mit den Tumultuanten dauerte ungefähr bis 12 Uhr nachts.

Das energische Vorgehen mit der Schußwaffe hatte den Erfolg, daß die Demonstranten sich nun nicht mehr auf die Straße wagten und nicht mehr geschlossen gegen die Schulleute voringingen. Statt dessen hatten sie vor dem Hause Mostoder Straße 13 Holzstühle und Bretter auf dem Straßendamm zusammengeworfen, diese entzündet und damit einermäßen die von ihnen durch vorherige Beräumung von Straßenslaternen verunkelste Straße erleuchtet. Nachdem die requirierten Feuerwehre die brennenden Holzstücke gelöscht hatte, hörten die Angriffe auf und es trat allmählich Ruhe ein.

Gegen 2 1/2 Uhr nachts konnte mit der Entlassung der Beamten begonnen werden. Um 2 1/2 Uhr waren sie sämtlich zurückgezogen worden. Nur auf dem Kohlenplatz in der Sickingenstraße war ein Sicherheitsdienst vorhanden.

Nach den bisherigen Ermittlungen sind insgesamt 30 bei den Unruhen in Moabit verleihte Personen in Krankenhäusern aufgenommen worden, doch dürfte sich die Zahl der überhaupt Verletzten auf ungefähr 100 belaufen.

Bürgerliche und polizeiliche Schauermärchen.

Wenn man diese Mitteilungen und die bürgerliche Presse liest, dann könnte man annehmen, daß in ganz Moabit kein Stein auf dem andern mehr stehe. In Wirklichkeit sind außer einer großen Anzahl zerbrochener Laternenröhren weitere Schäden nicht zu verzeichnen, wenn man nicht die eingeschlagenen Torwegschreiben hinzurechnen will, die wohl durchweg von den Schutzmannschaften zertrümmert worden sind. Die größten Beschädigungen hat das Warenhaus Meier erlitten, in dessen Schaufenstern sich faulgroße Löcher befinden. Ferner ein Bierauschank in der Mostoder Straße, der bei den Erregten demoliert worden ist.

Die von den Schiebern „zerstörten“ Häuser sucht man vergebens. In der Mostoder Straße standen in den gestrigen Mittagsstunden Hunderte von Neugierigen, die gern die Spuren der Angeln gesehen hätten. Außer ein paar Ausschüßungen an den Balkons ist das betreffende Haus unversehrt. Auch nicht eine zerbrochene Fensterscheibe war zu entdecken. Wie gesagt, sind die bedauerlichen Ereignisse weit über die Tatsachen hinaus ausgeschmückt worden. Daß aus den Fenstern der Vorderwohnungen so viel Gegenstände auf die Schulleute geschleudert wurden, bestätigt sich nach unseren eigenen Beobachtungen durchaus nicht, obwohl wir im Laufe des Abends, bis in die Morgenstunden, und an den kritischsten Stellen aufgehalten haben. Man muß hierbei noch in Betracht ziehen, daß die Vorderwohnungen meist von Beamten und Angehörigen des Mittelstandes bewohnt sind, die mit Verwunderung in der von ihnen geleiteten Scharfmacherpresse ihre eigenen angeblichen Schandlatten gelesen haben werden. Ueberhaupt können wir auch diesmal der Polizei, nicht den einzelnen Personen, sondern der Gesamtheit, den Vorwurf nicht ersparen, daß sie unangemessen durch ihr Vorgehen die Situation verschärft hat. Nicht nur, daß sie sich in wirtschaftliche Kämpfe einmischte, was sie besser unterlassen würde, nein, und hier stimmen erste bürgerliche Kritiker mit uns völlig überein, sie findet auch den Ton nicht, den der tägliche Umgang mit dem Volke erfordert. Unsere Polizei ist gewohnt, mit Kanonen nach Spähen zu schießen und aus einer Mücke einen Elefanten zu machen. Sie sieht im Bürgermann den Rekruten, der unbedingt zu parieren hat, und verpflanzt den Rekruten auf die Straße. Wer die Polizei bei den jetzigen und bei den früheren Anlässen beobachtet hat, dem muß die geradezu krankhafte Nervosität und Aufgeregtheit der Schulleute, besonders aber der Vorgesetzten auffallen. Wir konnten Szenen sehen, wo das Einbauen völlig unmotiviert war. Da steht eine Gruppe Neugieriger und starrt die Beamten an. Kein Mensch denkt an etwas Böses, bis irgendwoher eine Bemerkung, ein Ruf fällt. Sofort fangen die Schulleute wutentbrannt an zu rennen und es entbehrt nicht einer gewissen Komik, wenn die meist ziemlich beseelten Herren in ihrer schweren Uniform ein solches Wettrennen veranstalten. Mehr Ruhe wäre hier dringend am Platze. Und noch eins: Das „Berliner Tageblatt“ hat dieser Tage einige Straßenszenen aus dem „Vorwärts“ bemängelt und über den schlechten Ton gellagt. Vielleicht hält sie auch einmal unserer Polizei Vorlesungen über den guten Ton. Ausdrücke wie: „verfluchte Saumenscher, Laufjungen, Misthände, verdammte Schreye, Salunken“, um nur einige Bezeichnungen aus dem Sprachlexikon der Polizei zu nennen, verstoßen sicherlich gegen „Anständigen Umgang mit Menschen“.

Auch mit der angeblichen Sicherheit seitens des Publikums ist es nicht weit her. Nach von unseren Berichterstattern gemachten Beobachtungen rührte das Anhalten von Feuerwerkskörpern, sogenannten „Froschen“, her, die halbwillkürliche Barschen zu ihrem Gaudium losfeuerten. Und darauf antwortet die überreizte Berliner Polizei mit Browningpistolen!

Die Stimmung der Moabiter Bürgerschaft

hat sich nach einer Korrespondenz infolge der Schlacht in der Nacht zum Mittwoch beträchtlich geändert. Von vielen Seiten werden Klagen laut, daß die untergeordneten Organe der Behörden in ihren Maßnahmen zu weit gegangen seien, daß friedliche Bürger von Schulleuten förmlich überfallen und arg mißhandelt worden wären. Es werden ferner Klagen laut, daß Schulleute in die Häuser eingedrungen, aus denen nicht geschossen wurde, und in welche sich auch Exzedenten nicht hineingeschleift hatten. Die Beamten sollen dann in friedliche Wohnungen eingedrungen sein, nachdem sie die Türen zertrümmert und in den Räumen befindliche Personen bedroht haben. In einzelnen Fällen sollen auch Mißhandlungen Unschuldiger in ihrem eigenen Heim vorgekommen sein. Die Moabiter Hausbesitzer wollen deshalb eine Protestversammlung veranstalten und sich dann beim Minister des Innern über das willkürliche Vorgehen seiner untergeordneten Organe beschweren.

Eine von der Polizei bedienten Korrespondenz, die sich nicht genug in Schauergerichten tun kann, meint dazu:

Das wird ihnen wohl nicht viel nützen.

Wir glauben auch. Aber wenn es den Bewohnern Moabits, die in diesen Tagen von der reaktionären Presse aufs schwerste beschimpft worden sind, „nichts nützt“, dann nützt es vielleicht der politischen Aufklärung. Moabit war in Berlin bisher noch der einzige Stadtteil, in dem ein einigermaßen erheblicher Teil der Einwohner auf das konservative Banner schwor.

Das Krankenjournal in der Unfallstation beschlagnahmt.

Jetzt schadet nun auch die Staatsanwaltschaft strengstens auf die an den Strawallen Beteiligten. Die Polizei verlangte von einer Unfallstation die Namen derjenigen Personen, denen dort ärztliche Hilfe geleistet worden ist. Die Kerze der Station verteilte unter Berufung auf § 300 Str.-G.-B. (Wahrnehmung des ärztlichen Berufsgeheimnisses) die Angaben dieser Namen. Darauf erschienen Kriminalbeamte und beschlagnahmten unter Vorlegung einer Verfügung des Oberstaatsanwalts die Bücher der Station. Der Protest der Kerze unter Berufung auf ihr ärztliches Berufsgeheimnis blieb fruchtlos.

Wie verlautet, beabsichtigt die Staatsanwaltschaft, gegen die Personen Anklage wegen Aufruhrs zu erheben.

Die Schüler der Gemeindeschulen Moabits,

die mit dem gestrigen Tage in die Herbstferien gehen, sind beim Schluß von den Lehrern ernstlich gewarnt worden, während der Unruhen auf die Straßen zu gehen, bei Eintritt der Dunkelheit auf den Straßen zu spielen oder gar sich an den Erregten zu beteiligen. Die Lehrer haben in ihren Ansprachen auf die damit verbundene Lebensgefahr hingewiesen.

Ein merkwürdiges Polizeiverbot.

Polizeilich verboten wurde gestern vormittag ein Plakat der Firma Wehänder Preuß in der Gärten, Ecke Beußelstraße, des Kaufhauses, dessen Auslagen in der Nacht zu Dienstag zerstört wurden. Das Plakat lautete:

„Dem Publikum zur Kenntnisnahme, daß wir mit den Streikbrechern nicht in Geschäftsverbindung stehen. Hohe Belohnung, der uns das Gegenteil beweist.“

Angesichts der großen Menschenansammlung vor dem Fenster der Firma ließ die Polizei diese Bekanntmachung entfernen. Hier wird also ein Geschäftsmann durch die Polizei direkt gehindert, dem Publikum eine Mitteilung zu machen, die unzweifelhaft zur Beruhigung beigetragen hätte.

Wie die Firma Preuß, bittet uns auch das Kaufhaus W. Meyer in der Mostoder Straße, mitzuteilen, daß das Gerücht, sie habe an die Firma Kupfer Schlafbetten geliefert, unrichtig sei.

Die Schlacht in der vergangenen Nacht.

Nachdem der gestrige Tag verhältnismäßig ruhig verlaufen war, kam es in den Abendstunden zu neuen Kämpfen. Von den Balkons war jeder Blumenstrauß entfernt worden, um der nöthigen Polizei auch jeden Vorwand zum Schießen und zum Eindringen in die Häuser zu nehmen. Die Polizei ihrerseits hatte die umfassendsten Vorbereitungen getroffen.

Die Mannschaften der Feuerwehre waren mit Brechwerkzeug und Steinwürfen versehen worden und sollten die Polizei bei ihren Streifzügen begleiten. Die Kriminalpolizisten waren angewiesen, die Häuser, aus denen noch ihrer Meinung geschossen wird, sofort anzugehen und aufbrechen zu lassen, damit diese Gebäude von der Schutzmannschaft geräumt werden können. Die Polizeimannschaften sollten während dieser Nacht auf 1200 Mann verstärkt werden. Die Beamten waren angewiesen, auf das schärfste vorzugehen und keine Rücksicht walten zu lassen. Da in der letzten Nacht die Laternen unbrauchbar gemacht worden sind, wurden die Feuerwehreleute mit Nagnesfaseln ausgerüstet. Gegen 6 Uhr trafen zur Unterstützung der Polizei 103 Kriminalbeamte ein.

Es ging auch das Gerücht, daß, wenn die Straßenkämpfe wieder solche Dimensionen erreichen sollten, wie in der vergangenen Nacht, diesmal unbedingt Militär zur Hilfe herbeigerufen wird. Auf der Straße waren fliegende Sanitätskolonnen aufgestellt. Die Straßenabsperzung, die tagsüber in etwas geringerem Maße gehandhabt ward, ward am Abend wieder rigoros durchgeführt. Die unzähligen Restaurants mußten schon um 5 Uhr geschlossen werden. An der Ecke der Beußel- und Sidingenstraße, in der Beißel-, Wald- und Siemensstraße und in der Gärtenstraße auf Charlottenburger Gebiet.

Überall, wo Schutzmannskommandos standen,

bildeten sich im Laufe des Abends in der Nähe der Kommandos Ansammlungen von Neugierigen, unter denen sich wieder zahlreiche Frauen und Kinder befanden. Den ersten Zusammenstoß gab es um 7 1/2 Uhr an der Ecke der Beußel- und Sidingenstraße. Die auf dem Bahnhof mit den Jüngen angekommenen Arbeiter wurden vielfach attackiert. Sie mußten teilweise in den Bahnhof zurückfliehen und retteten sich mehrfach ohne Gefahr in zufällig abfahrende Eisenbahnzüge. Diese Behandlung der Eisenbahnpassagiere ist ein geradezu grandioses Polizeistück.

Allmählich brachte die Strategie unserer trefflichen Polizei es fertig, die Menschen bis in die Embener und Turmstraße und den Kleinen Tiergarten zu drängen. Dort sah man bald auf beiden Seiten der Straße Verwundete liegen. Mehrere Personen wurden auch auf den Bürgersteigen überritten, so daß sie sich überschlugen und hinsieten. Mit großem Geschrei flüchtete nun alles nach dem Kleinen Tiergarten.

Die schwerer Verletzten wurden aufgefunden und mit dem Automobil nach dem

Moabiter Krankenhaus

gebracht. Hier waren im Operationsaal 5 Kerze mit zahlreichen Heilgehilfen und Schwestern tätig. In der zehnten Stunde wurden zehn Personen nach dem Krankenhaus und fünf nach der Unfallstation in der Stadtmußstraße gebracht, unter diesen fünf eine Frau und ein Kind,

das umgestoßen und getreten wurde. Schwere Stößen in Operationsaal befundene den Ernst der Verwundungen. Es sind besonders Kopfverletzungen und Armfrakturen. Die meisten Verwundeten erklären, daß sie unschuldig in das Gedränge gekommen seien. Unter den Verletzten befinden sich Arbeiter von Siemens und Ludwig Löwe, aber auch ein Konfirmand, dem durch zwei schwache Hebe ein talergroßes Stück der Kopfhaut verloren gegangen und dem außerdem

eine halbe Hand durchgeschlagen

worden ist. Mehrere Personen haben doppelte Kopfverletzungen, darunter schwere Schädelverletzungen.

Die Kämpfe erstreckten sich allmählich bis in die Nähe der Heilandstraße.

Als Antonius Fischer vor Jahren sich auf den erzbischöflichen Stuhl in Köln niederließ, wurde er weder von der Geistlichkeit noch vom Zentrum mit besonders günstigen Augen angesehen. Dem Merus seiner Erzbischöflichkeit galt er als ein gar strenger Oberhirte, der in die Lieben Gewohnheiten der frommen Herren mit unanfechtbarem Eifer hineinfuhr. Dem Zentrum störte er die Kreise durch seine übergroße Ergebenheit der Regierung gegenüber, die sich namentlich auch in einem fast kindisch zu nehmenden Hohenzollernbyzantinismus äußerte. So kam es in den ersten Jahren seiner Amtstätigkeit zu mancherlei Reibereien mit dem Merus und die „Köln. Volksztg.“ behandelte ihn als unbequemem Politiker mit sichtlichem Kälte. Hinter den Kulissen aber bekam seine Eminenz den Unmut des Barchemischen Kreises fühlbarer zu spüren. Das hat sich nun — wann und wodurch weiß man nicht — seit einiger Zeit geändert. Antonius Fischer ist mit den leitenden Leuten der Kölner Zentrumspartei wieder ein Herz und eine Seele und vom erzbischöflichen Palais zum Hause Vadem spinnen sich Fäden der intimsten Art. Damit hat es jedoch wieder Kardinal Fischer mit hohen Häuptern, ja mit dem höchsten Haupt seiner Kirche verdorben. In den letzten Wochen hörte man in Kölner Merikalen Kreisen allerhand seltsame Dinge murren. Man erzählte sich von einem „kanonischen Verfahren“, das gegen Kardinal Fischer schwebte; man tuschelte von einem Briefe, den ein oberhirtlicher Kollege im Osten an eine leitende Persönlichkeit des katholischen Frauenbundes geschrieben hatte; man nannte eine sehr hohe Summe, die von den Leuten der „Kölnischen Volkszeitung“ für die Auslieferung dieses Briefes geboten worden war, und schließlich erzählte man noch, daß ein Segner der Kölner Richtung es verstanden hatte, eine Abschrift des Briefes, der aus dem Osten wider den Westen gerichtet war, in die Hände zu bekommen. Wenn man diesen im engeren Kreise umgehenden Erzählungen glauben darf, muß es in der letzten Zeit unter den Kölner Merikalen wie in einem aufgeregten Ameisenhaufen zugegangen sein.

Daß etwas an der Sache ist, zeigt der Umstand, daß schließlich selbst die „Kölnische Volkszeitung“ nicht umhin konnte, ihrer Bedrängnis Ausdruck zu geben, indem sie Anfang voriger Woche eine gegen die „Herren von der Richtung Berlin“ gerichtete Notiz brachte mit Andeutungen über die Art und Weise, wie jene neuerdings auch im Westen ihre Ansichten zur Geltung zu bringen versuchen: „Sie rufen für sich nach der Hilfe des Episkopats und, wie bestimmt versichert wird, in allerjüngster Zeit fogar nach der des Papstes gegen die von der verhassten sogenannten Kölner Richtung. Sie verdächtigen alle, die nicht mit ihnen gehen, des Modernismus.“

Die „Kölnische Zeitung“ findet die Schweigsamkeit des ultramontanen Blattes, das sich mit diesen wenigen Worten begnügt, auffallend und gibt dann Mitteilungen, die erkennen lassen, daß die oben erwähnten Gerüchte und Gespräche doch nicht ganz aus der Luft geschöpft sind. Die „Kölnische Zeitung“ meint nämlich mit Bezug auf die Notiz der „Kölnischen Volkszeitung“:

„Man wird nicht fehl gehen, wenn man die geheimnisvollen Andeutungen des Blattes in Verbindung bringt mit einem Ereignis, das die Stimmung in den Kreisen der Kölner Richtung vermutlich nicht gehoben hat. Kardinal Kopp hat nämlich seiner Billigung des Interkonfessionalismus und der Verwahrung der Grundsätze des strengen Katholizismus, wie sie im Westen von der Köln-Clabberer Richtung betrieben werde, in einem Privatbriefe Ausdruck gegeben und erklärt, er werde diese Verwahrung des Westens im Osten zu verhindern wissen. Der Kerger und die Entrüstung über diese Stellungnahme des Breslauer Kirchenfürsten war groß, und sie wuchs noch, als die Kurie das Bedürfnis empfand, sich einmal näher über die Zustände im Westen des Deutschen Reiches, die zu der Prägung des Koppischen Schlagwortes geführt hatten, zu unterrichten. Sie bestellte zur Einziehung von Erkundigungen über jene Verwahrung des Westens, die näher als Interkonfessionalismus und Hineintragen protestantischer Grundsätze in den Gedankenkreis der deutschen Katholiken bezeichnet wurde, einen Abgesandten von Rom, den Sekretär der Studienkongregation, Monsignore Dandini, der in Köln eine Untersuchung veranstaltete, bei der neben Vernehmungen von Geistlichen aus der Erzbischöflichkeit Köln aber die Regelung der Pensionsverhältnisse die Beschuldigung auf Modernismus ein Hauptmoment bildete. Der höchste geistliche Würdenträger der Erzbischöflichkeit Köln selber war nämlich, so seltsam es klingen mag, in den Verdacht der modernistischen Gesinnung geraten! Das Ergebnis dieser Untersuchung mußte, soweit es die persönliche Seite der Angelegenheit betrifft, notwendigerweise negativ sein; für die sogenannte Kölner Richtung aber scheint sie nicht gerade erfreulich belaufen zu sein.“

Der Merikalen „Köln. Volksztg.“ sind diese Enthüllungen höchst unangenehm. In ihrer Montagabend-Ausgabe antwortet sie auf die Mitteilungen der „Köln. Ztg.“ in einem Ton, der deutlich zeigt, wie peinlich ihr die gegenseitigen Befindungen der Kardinal Kopp und Fischer sind. Daß ein solcher Brief des Fürstbischöflichen Kopp über die Verwahrung des Westens durch die „Köln. Volksztg.“ und ihren Anhang existiert, wagt das rheinische Zentrumblatt nicht zu bestreiten. So hilft es sich damit, daß es diese Verwahrung leugnet und sich zum Beweise dafür auf das Zeugnis des Kardinals Fischer und des Papstes beruft, also auch diesen mit in die Händel hineinzieht. Wörtlich heißt es in dem Entgegnungsartikel der „Köln. Volksztg.“:

„Das nun den Inhalt des angeblichen Privatbriefes des Herrn Kardinals Kopp anlangt, so möchten wir glauben, daß die Inhaltsangabe der „Kölnischen Zeitung“ unzutreffend sei; jedenfalls ist sie unzureichend, denn man erfährt nicht, aus welchem Anlaß und in welchem Zusammenhang der Herr Fürstbischof von Breslau von einer Verwahrung des Westens gesprochen haben soll. Daß der Herr Fürstbischof den katholischen Westen überhaupt für „verleutet“ erklärt haben könnte, ist doch wohl nicht anzunehmen. Wie sollte der Herr Fürstbischof zu einem solchen Urteile kommen? Er steht den religiös kirchlichen Verhältnissen des Westens jedenfalls ferner, als die im Westen antireligiösen Bischöfe, insbesondere der Herr Kardinal Erzbischof von Köln. Dieser hat aber des öfteren dem kirchlich-religiösen Sinn seiner Erzbischöflichkeit und auch der katholischen Westdeutschlands überhaupt öffentlich ein gutes Zeugnis ausgestellt, zuletzt anlässlich des Kölner Eucharistischen Kongresses, welcher allgemein als eine unvergleichliche, aberaus erhebende Kundgebung katholischen Glaubenslebens in der Metropole des Westens bezeichnet wurde. Und auch das Oberhaupt der katholischen Kirche selbst, Paps Pius X., hat mit seiner Exzellenz nicht ge-

Kargt. Und nun sollte dieser Westen „versucht“ sein!

Zum Schluß wendet sich das rheinische Zentrumblatt gegen die Zentrumspolitik, die der „Köln. Ztg.“ das Material für die Mittelungen aus dem Köppchen Briefe geliefert haben. Allen Anschein nach hat es dabei ganz bestimmte Personen im Verdacht. Es meint nämlich: „Im Interesse der Einheit der deutschen Katholiken ist es höchst bedauerlich, wenn in der Öffentlichkeit zu solchen Vergleichen herausgefordert wird. Die Verantwortung dafür tragen nicht wir, sondern diejenigen, die aus lauter Sorge um den deutschen Katholizismus — der „Kölnischen Zeitung“ das Material zu solchen Polemiken liefern.“

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. September 1910.

Das Zentrum in Nöten.

Als im Frühjahr vorigen Jahres die Richtung Koeren-Sitter die sogenannte Osterdienstag-Konferenz ins Werk setzte und die Nöten Richtung der Fällung des Zentrumsgedankens und der Abweisung des katholischen Volkes bezichtigte, da meinte die „Kölnische Volkszeitung“ herablassend zuversichtlich, daß es sich um die Querirrederie einiger weniger Sonderbündler handle, von deren Absonderlichkeiten man in wenigen Wochen nicht mehr reden werde. Die Ereignisse der Folgezeit haben das Blatt eines anderen belehrt. Tatsächlich gärt es im Zentrum an allen Ecken und Enden, und zwar mit einer Heftigkeit, daß die Parteidiplomaten an der friedlichen Beilegung zu verzweifeln scheinen und auf schärfere Maßnahmen sinnen. Die „Kölnische Volkszeitung“ gibt ohne Einschränkung den Artikel eines süddeutschen Zentrumblattes wieder, worin von den unbequemen Parteikritikern wie Schopen, Montanus usw. gesagt wird:

„Diese Leute erkennen weder Programm noch Organisation der Zentrumspartei an und trotzdem wollen sie als Zentrumsglieder gelten. Hiergegen muß energisch und von Partei wegen eingeschritten werden. Parteirevolution darf es im Zentrum nicht geben. Wer dort den Frieden stört, dem wird die Tür geöffnet. Entweder Disziplin — oder der Betreffende verläßt das Zentrum und kann es unfernweg nachher als Gegner bekämpfen.“

Solche Töne war man bisher im Zentrum nicht gewohnt. Es hat zwar immer an einzelnen Stellen gekracht, aber die Parteiführer ließen doch nichts davon nach außen kommen und vermittelten und verflüchteten, so gut es ging. Das scheint jetzt nicht mehr zu gelingen und man droht mit dem Ausschluß oder beschwört die Weisheit mit dem Hinweis auf die schweren Tage der kommenden Reichstagswahl. So schreibt am Sonntag die „Kölnische Volkszeitung“:

„Die nächsten Reichstagswahlen werden an schicksalsschwerem Ernste den Blockwahlen in nichts nachgeben, ja sie überreffen. Wer kann die Verantwortung dafür tragen, vor einer solchen Entscheidung das Zentrum von innen heraus zu schwächen? Woblich, wer geht an dem Bestehen des Zentrums in seiner alten, kampferprobten Art zu rütteln, an seiner Grundlage oder an den großen Organisationen, die das katholische Volk geschaffen, auch nur zu experimentieren sich unterfangt, der ist bewußt oder unbewußt ein Gegner des Zentrums, ein Zerstörer der Einheit der deutschen Katholiken, ein Selbstzerstörer ihrer Gegner, insbesondere des Liberalismus und der Sozialdemokratie! Wenn der Spat nicht aufhört, der das Werk Windthorst's zu fälschen sucht und sich dabei noch — wie die „Montanus“-Droschüre — mit dem Wilde Windthorst's schmückt, so sind die Folgen nicht abzusehen. Gerade denen, die am fruchtbarsten und erfolgreichsten bisher gearbeitet haben, wird die Arbeit verleidet werden; die Wahrscheinlichkeit des Zentrums, insbesondere auch in den ohnehin schwer kämpfenden Industriegegenden, wird verwirrt, ungeschlüssig, gleichgültig, in ihrer Disziplin erschüttert werden. Und wenn dann über manchen Wahlkreis die rote Fahne gehißt wird, dann mögen diejenigen, die heute Droschüren über Droschüren schreiben, sich fragen, ob diese sich bezahlt gemacht haben, und ob diese ganze nörgelnde und verbitternde Schreiberlei geeignet ist, den deutschen Katholizismus vor schweren Gefahren zu bewahren!“

Ein noch schärferer Ton schlug in einer am Sonntag in Dortmund abgehaltenen Zentrumsversammlung der bekannte liberale Zeitungslieger gegen die Koeren-Sitter'sche Richtung an. Er meinte nach einem Referat des Grafen Praschna, in welchem dieser demagogisch erklärte, das Zentrum werde keine neuen Forderungen an das Heer und Marine mehr bewilligen, wenn dadurch neue Steuern notwendig würden:

„Sagen Sie“ den kirchlichen Behörden, daß das treue katholische Volk in der tiefsten Seele erbittert ist über gewisse Marodeure in unseren Reihen, welche da unsere in jahrelangen Arbeiten festgestellten Organisations- und zurechtbrachten. Unsere Arbeiter gebären zum großen Teil den christlichen Gewerkschaften an. Wir erwarten den Volkverein für das katholische Deutschland, diese Schöpfung Windthorst's, so wie er ist, für eine so notwendige und vortreffliche Einrichtung, daß wir nichts an seiner Organisation geändert zu sehen wünschen, wir sind endlich so stolz auf das Zentrum, seinen Charakter und seine Führer, daß wir es jederzeit für eine Gelonie halten, immer wieder mit abgetragenen Doktorfragen den Anhängern des Zentrums die Freunde umgeben nehmen zu wollen. Das Zentrum ist, was es ist, oder es ist nicht. (Stürmischer Beifall.) Es muß mit diesen Marodeuren im eigenen Lager endlich ein Ende gemacht werden. Ich spreche das offen aus, was Hunderttausende denken, denn es geht ein Schrei der Entrüstung durch unsere Reihen, daß es Leute bei uns gibt, welche durch Verdrängungen aller Art noch oben hin zu wirken und die festgestellten Organisationen der deutschen Katholiken zur Freude der Gegner zu unterwühlen suchen, welche nicht davor zurückschrecken, als Giftmischer in der „liberalen“ Presse aufzutreten.“

Ein bequemes Regierungsmittel gegen die Fleischnot.

Die bayerische Regierung hat ein probates Mittel zur Beilegung der Fleischnot gefunden, das die Öffnung der Grenzen für die Fleisch- und Vieheinfuhr völlig überflüssig macht: die Empfehlung der Kaninchenzucht. Vom Staatsministerium des Innern, Haus- und des Reichens ist den bayerischen Handelskammern und dem bayerischen Industriellenverband nachstehende Entschlieung zugewandt:

Die seit Jahren steigenden Vieh- und Fleischpreise geben Veranlassung, alle Mittel zu ergreifen, die eine Verringerung der Verhältnisse herbeizuführen vermögen. Hierzu gehört u. a. auch die weitestgehende Einfuhr der Kaninchenzucht unter der Arbeiterbevölkerung. Durch sachgemäßen Betrieb der Kaninchenzucht könnten alljährlich große Mengen eines im Nährwert und bei richtiger Zubereitung den übrigen Fleischgattungen nicht nachstehenden Fleisches im eigenen Haushalt billig erzeugt werden. Die Industriezweige können ohne große Kosten durch Be-

hilfen beim Bezug von Schlachtkaninchenzassen, unter Ausschluß der Sportrasen, durch Anlage billiger Kaninchenställe und durch Vereinfachung von Grundstücken zum Anbau des notwendigen Futters ihren sonstigen Wohlfahrtsrichtungen eine neue Einrichtung von großer volkswirtschaftlicher und sozialpolitischer Bedeutung angliedern.

Der drohenden Steigerung der Milchpreise könnte ferner durch Begünstigung der Ziegenhaltung unter der Arbeiterbevölkerung begegnet werden. Auch hier könnte durch Beihilfen bei der Beschaffung von Milchziegen, durch Anlage von Stollungen, namentlich beim Bau von Arbeiterwohnhäusern, durch Aufstellung von Zuchtböden und durch Ablassung von Grundstücken für den Futterbau zum leichteren Bezug und zur Verbilligung eines der wichtigsten Nahrungsmittel durch die Industrie beigetragen werden.“

Einer Anregung des Staatsministeriums des Innern entsprechend wird ersucht, die industriellen Kreise in vorstehendem Sinne zu verständigen und ihnen ein entsprechendes Vorgehen anheimzugeben mit dem Beifügen, daß der Landesinspektor für Tierzucht bereit ist, über den Betrieb der Kaninchen- und Ziegenzucht jegliche Auskunft zu erteilen.

Ein recht billiges Verfahren.

Vieheinfuhr aus der Schweiz in Baden.

Die „Karlsruher Zeitung“ meldet am 14.:

„Mit Rücksicht auf den günstigen Stand der Maul- und Klauenseuche in der Schweiz hat das Ministerium des Innern die Ein- und Durchfuhr von Rindern und Ziegen aus den Kantonen Aargau, Basel, Bern, Freiburg, Neuchâtel, Schaffhausen und Solothurn mit Wirkung vom 22. d. M. ab wieder zugelassen.“

Die Maul- und Klauenseuche in der Schweiz war früher ebenso wenig von Belang wie jetzt. Sie diente der agrarisch gesinnten Regierung lediglich zum Vorwand, die Grenzen zu sperren, um die Fleischpreise im Inlande zu steigern. Jetzt, da die Fleischnot die Regierung zwingt, die Sperre zu mildern, muß ihr der Rückgang einer nie bestandenen Seuchengefahr als Vorwand dienen.

Herr Fuhrmann dementiert.

Die Offenheit, mit der sich der nationalliberale Abgeordnete Fuhrmann in Frankfurt a. O. über das Reichstagswahlrecht ausgesprochen hat, ist der „Nationalliberalen Korrespondenz“ sichtlich unangenehm. Deshalb wird behauptet, Abg. Fuhrmann habe lediglich behauptet, ob die nicht zur Wahl erschienenen Wähler dessen Wahrscheinlichkeit sich angeeignet hätten, das für Bismarck die Voraussetzung gebildet hätte, als er seinerzeit dem deutschen Volke das allgemeine und gleiche Wahlrecht gab.

Demgegenüber hält das „Berliner Tageblatt“ daran fest, daß der Abg. Fuhrmann geäußert habe, ihm kämen Zweifel, ob Bismarck recht daran getan habe, dem deutschen Volke das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht zu geben.

Im Grunde genommen würde ja nicht nur der große „Staatsmann“ Fuhrmann, sondern die meisten seiner nationalliberalen Freunde gerne sehen, daß das Reichstagswahlrecht durch irgend ein plutokratisches Pluralwahlrecht ersetzt würde.

Soldatenmißhandlungen.

Fünf Fälle von Mißhandlung und zwei Fälle von Beleidigung Untergeordneter legte eine am Dienstag vor dem Militärgericht der 1. Gardebataillon verhandelte Klage dem Feldwebel Buschhorn von der 9. Kompanie des 3. Garderegiments zu Fuß zur Last. Den Angaben mehrerer Zeugen zufolge hat Buschhorn, als die Mannschaft im Gliede stand, einen Mann von hinten mit dem Säbel in den Rücken geschlagen. Ein anderesmal hat er beim Weitenbauen einen Mann, der nicht schnell genug fertig wurde, in den Rücken gestochen, daß der Mann umfiel und mit dem Kopf an eine Bajonnette schlug. In einem dritten Falle hat Buschhorn einem Mann von hinten mit dem Säbel einen Schlag zwischen den Beinen aufwärts verfehlt. Dieser Mann mußte sich infolge der Schmerzen, die ihm der Schlag verursacht hatte, am folgenden Tag zu Bett legen. Der Feldwebel, der den im Wette liegenden Mann aufsuchte, gab ihm 50 Pf. In weiteren zwei Fällen hat Buschhorn Soldaten beim Ruhen auf die Finger geschlagen. Als die Mannschaft einer Stube mit Erlaubnis des Kompanieführers vor der festgesetzten Zeit zu Bett gegangen war, hat Buschhorn, der damals Unteroffizier vom Dienst war, die Leute aus den Betten getrieben und sie in der Stube Lausfchritt machen lassen. In seiner früheren Eigenschaft als Kammerunteroffizier hat Buschhorn Leute, welche Sachen umtauschen wollten, angefahren: „Drediges Luder, mach daß Du raus kommst.“

Alle diese Tatsachen sind, wie gesagt, durch Zeugen, die nicht mehr beim Militär stehen, unter Eid bekundet worden. Andererseits traten mehrere Zeugen auf, die bei den Mißhandlungen zugegen waren, aber nichts davon bemerkt haben. Ja, selbst Mißhandlungen, die von anderen Zeugen mit Bestimmtheit angegeben worden sind, wurden von den Mißhandelten selbst ebenso bestimmt in Abrede gestellt. Der Mann, welcher infolge eines Säbelschlages sich ins Bett legen mußte, läßt es dahingestellt, ob ihn Buschhorn mit Absicht geschlagen habe. Der Mann will es für möglich halten, daß ihm der Säbel des Feldwebels zufällig zwischen die Beine geraten sein könne. Die Zeugen, welche in dieser Weise den Angeklagten entlasteten, haben zwar ihre Dienstzeit hinter sich und sollten am Tage der Verhandlung entlassen werden. Aber sie trugen noch den Soldatenrock und standen augenscheinlich noch völlig unter dem Einfluß des militärischen Drills.

Der Vertreter der Klage hielt keine der Mißhandlungen als erwiesen. Er beantragte nur wegen zweier Fälle von Beleidigung eine Woche gelindes Arrest über den Angeklagten zu verhängen.

Das Gericht sprach den Angeklagten völlig frei. Es hielt wegen der entgegenstehenden Zeugenaussagen die Mißhandlungen nicht für erwiesen. Bei der Beleidigung durch die Worte „Drediges Luder“ vermehrte das Gericht die Verurteilung auf bestimmte Personen. Auch daß die Mannschaft aus dem Bett getrieben wurde, könne im vorliegenden Falle weder als Beleidigung noch als vorstrafwürdige Behandlung angesehen werden, denn es habe nicht festgestellt werden können, aus welchem Grunde der Angeklagte den Mannschaften befohlen habe, aus den Betten aufzuspringen.

Oesterreich.

Ein Prozeß des Gottes Kimm.

Vor einem Wiener Bezirksgericht (Einzelrichter) fand durch eine Woche ein Beleidigungsprozeß statt, den der Landes- und Abgeordnete Wieloblawel, Sekretär der Franz-Josef-Stiftung für Kleingewerbetreibende, gegen einen Hausbesitzer angestrengt hatte, der ihm Mißbrauch seiner politischen Rechte zur persönlichen Versicherung nachgesagt hatte. In der Verhandlung wurde u. a. sehr karge stellt, daß zwischen dem Inferieren gewisser Firmen in Wieloblawel's „Volkspresse“ und der Uebersetzung städtischer Verlesungen an diese Firmen merkwürdige zeitliche Zusammenstöße stattfanden. Auch sonst ergab der Prozeß Interessantes über die Zeremonien im Dienste des Gottes Kimm. Da aber natürlich keine Leute anfristen, um zu bezeugen, daß sie sich hätten betrieblen lassen, wurde der Angeklagte Zipperer verurteilt. . . Aber die Inzassen von der unter Wieloblawel's Referat stehenden großen Geisteskrankenanstalt Steinhof durften während des Prozeßes keine Zeitungen erhalten. . .

Ungarn.

Bischof und Pfarrer.

Budapest, 28. September. In politischen Kreisen erteilt es große Sensation und weltliches Aufsehen, daß der Bischof Barany unter Berufung auf das päpstliche Dekret vom 20. August über die Absehbarkheit der Pfarrer durch die Bischöfe an den der Regierungspartei angehörenden Abgeordneten Barany Johann

Nichter die Aufforderung rückte, auf sein Abgeordnetennamandat zu verzichten. Dieser antwortete, daß er die Aufforderung des Bischofs nicht ernst nehmen könne. Infolgedessen wurde der Pfarrer auf 4 Monate vom Amt suspendiert. Derselbe Aufforderung erhielt der Pfarrer Rudnay. Dieser hat bisher noch nicht geantwortet. Beide Abgeordnete haben dem Ministerpräsidenten Mitteilungen über die Angelegenheit gemacht.

England.

Die Flottenhege.

London, 27. September. Lord Charles Dersford hat einen offenen Brief an Premierminister Asquith gerichtet, worin er erklärt, die Sicherheit des Reiches erheische sofortige Vorkehrungen für den Bau von sieben weiteren Dreadnoughts außer den für das nächste Jahr vorgesehenen Neubauten. Dersford führt die Anzahl der Dreadnoughts in den Jahren 1913 und 1914 zur Verfügung stehenden Dreadnoughts auf zum Beweis, daß England sonst in eine äußerst gefährliche Lage gerate. Zur Deckung der hierfür erforderlichen Ausgaben verlangt er die sofortige Emission einer großen Anleihe. Er behauptet ferner, daß die geringe Ueberlegenheit, die England an Schlachtschiffen haben werde, noch dadurch erheblich beeinträchtigt werde, daß es an Mannschaften, Borräten, Docks, Kreuzern und Torpedobooten fehle, während die deutsche Kriegsmarine mit alle dem in bewunderungswürdiger Weise versehen sei. Die Regierung müsse außerdem mit der Notwendigkeit rechnen, eine starke Flotte im Mittelmeer zu halten, wo im Jahre 1915 Oesterreich-Ungarn und Italien acht Dreadnoughts verwendungsbereit haben würden.

Rußland.

Jawolsky Botschafter in Paris.

Der Pariser „Matin“ teilt mit, daß der bisherige Minister des Auswärtigen, Jawolsky, endgültig zum Botschafter in Paris ernannt worden ist. Zu seinem Nachfolger ist der bisherige Botschafter im russischen auswärtigen Amt, Sazonow, bestimmt worden.

Amerika.

Ein Sieg Roosevelts.

In Sabatoga ist am Dienstag der republikanische Staatskonvent (der Parteitag der republikanischen Partei) für den Staat New York zusammengetreten. Es gilt die Vorbereitung der Wahlen für das Repräsentantenhaus, die am 8. November stattfinden. Bei der Wahl des Präsidenten der Tagung kam es zu einem heftigen Zusammenstoß der „alten Garde“ der Partei und den Anhängern Roosevelts, den „Insurgenten“. Die letztere Gruppe vertritt die Interessen der Plutokratie, der Trustmagnaten unvershüllt, während die Insurgenten angeblich der Plutokratie und der Korruption zuleibe wollen. Roosevelt hat sich nach seiner Rückkehr den Insurgenten angeschlossen und in einer großen Agitationsreise im Westen ihre Forderungen auf staatliche Maßnahmen gegen die Trusts und gegen die Korruption laut vertreten. Die „Insurgenten“ des Staates New York stellten ihn nun als ihren Präsidentschaftskandidaten für den Staatskonvent auf, während die „alte Garde“ den Bundesvizepräsidenten Sherman empfahl. Es gab einen heftigen Zusammenstoß, der mit dem Siege der Insurgenten endete. Vor der Abstimmung hatte Oberst Gruber, der Hauptredner der „alten Garde“, heftige Angriffe gegen Roosevelt gerichtet und erklärt, durch dessen Neben sei die Handelswelt von einer Panik ergriffen worden. Als schließlich die Anhänger Roosevelts die Stimme des Redners durch Schreien zu überdönen versuchten, legte sich Roosevelt ins Mittel und verlangte, daß Gruber angehört werde. Die Wahl ergab 567 Stimmen für Roosevelt mit 445 für Sherman; Roosevelt ist also zum zeitweiligen Vorsitzenden des Staatskonvents gewählt. In seiner Antrittsrede wies Roosevelt auf die fortschrittlichen Maßnahmen des Kongresses unter Taft und der gefestigten Versammlung des Staates New York hin, betonte aber andererseits, daß einzelne unter den Republikanern unehrlich gehandelt hätten und es daher die erste Pflicht der Partei sei, der Unehrlichkeit in der politischen und der Handelswelt, die der schlimmste Feind der Republik sei, den Krieg zu erklären.

Daß diesen großen Worten ernsthaftige Taten folgen werden, ist noch sehr zweifelhaft.

Die Justiz als Mehe.

New York, 18. September.

Deutlicher trat wohl noch niemals das Katalienverhältnis der Justiz zu dem kapitalmächtigen Unternehmertum in Erscheinung als bei der Erhebung der auf „Aufforderung zum Aufbruch“ lautenden Anlagen gegen 400 im pennsylvanischen Kohlenbergbaudistrikt Irwin-Greensburg ausständige Vergleute und deren Führer. Zehntausend Mann stark, führen die Vergleuten von acht Bergwerksgesellschaften seit sechs Monaten einen zähen Kampf um die Erringung besserer Arbeitsbedingungen. Der Kohlenbarone Niederlage sichten besiegt. Da derselbe der Dividendenhunger auf ein verzweifelt Mittel, Distriktsanwalt und Grand Jury (die für die Erhebung von Anlagen zuständige Großgeschworenen-Bank) ließen sich als willfährige Werkzeuge gebrauchen. Der öffentliche Ankläger beantragte, 400 Vergleute in Anklagezustand zu versetzen, und die Grand Jury sagte „Ja und Amen“. Das ist nur dann begründlich, wenn man weiß, daß die Bewohner der ganzen Gegend, aus denen die Großgeschworenen entnommen wurden, direkt oder indirekt von den Bergwerksverwaltungen abhängen.

So apporrierten sie denn auch die Klage, wie ihre Herren es befohlen, gleich dreifachen Fünfen, unbestimmt darum, daß die Ausständigen fortgesetzt in scivoler Weise provoziert wurden, daß die Grubenbarone unter den nächstigen Vorwänden durch Privatpolizisten auf Streikende und deren Angehörige hatten feuern und acht Morde hatte verüben lassen, daß die bei dem langwierigen Lohnkampfe von 10 000 Leuten vorgekommenen Gewalttaten des Stonto der Bergwerksgesellschaften belasten.

Am 31. August beantragte der Anwalt H. V. Scandrell als Vertreter von acht Bergwerksverwaltungen wegen „Verstärkung“ die Erlassung von Haftbefehlen gegen Francis Boehan, den Präsidenten, von Ritter, den Vizepräsidenten, und J. Donovan, den Schatzmeister des fünften, das mittlere Pennsylvanien umfassenden Distrikt der United Mine Workers of America (amerikanischer Bergarbeiterverband) und 75 andere organisierte Vergleute. Zur Begründung seines Antrags machte Scandrell geltend: Seitdem die Vergleute des in Frage stehenden Distrikts sich organisiert und den Kampf um bessere Arbeitsbedingungen aufgenommen hätten, seien den klagenden Bergwerksgesellschaften Mehrausgaben und Einnahmehinfortfälle erwachsen. Die zur gewerkschaftlichen Organisation und zur Führung des Streiks notwendigen Verabredungen der Führer der Vergleute wurden als strafbare Verchwörung bezeichnet.

Wenig ein tolles juristisches Jongleurstück! Und doch gingen Distriktsanwalt und Grand Jury noch weiter. Es kam zur Erhebung von 400 Anlagen wegen „Aufforderung zum Aufbruch“.

Sowohl die American Federation of Labor (amerikanischer Arbeiterbund) als auch die United Mine Workers of America führen die Sache der Angeklagten. Sie bringen die für die Verteidigung erforderlichen Summen auf und engagieren gegen teures Geld tüchtige Anwälte. Ob sich damit eine Verurteilung der Angeklagten verhindern läßt, bleibt bei der Allmacht der Grubenbarone in der Gegend von Irwin und Greensburg abzuwarten. Uebrigens ist es den Kohlenbaronen weniger um die Erzielung von Verurteilungen als vielmehr um die einschüchternde Wirkung zu tun, die sie sich von der Massenanklage und der Verhaftung von vierhundert Vergleuten versprechen. Längst vor dem Ende des Strafverfahrens ist die Entscheidung in dem Lohnkampfe gefallen, in welchem die Unternehmer ihre letzte Karte ausspielten, als sie die Strafverfolgung anriefen.

Gewerkschaftliches.

Die Verhandlungen zur Beilegung des Werftarbeiterstreiks.

Berlin, 28. September. Die heutigen Verhandlungen zur Beilegung der Differenzen in der Werftindustrie, die in den Räumen des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller in der Potsdamer Straße stattfanden, endeten mit Vertagung. Die Verhandlungen werden am Montag, den 3. Oktober, in Hamburg fortgesetzt werden. Das Ergebnis der Verhandlungen wird geheim gehalten.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! Der Streik der Hahnenkamm-Monteurs und Helfer bei der Firma Otto-Elevator-Gesellschaft ist beendet. Die Sperre über diesen Betrieb ist hiermit aufgehoben.

Bei der Firma Biechard, Seestraße, dauert der Streik ununterbrochen fort. Obgleich die Firma sich bei ihrer Kundenschaft durch Mundschreiben entschuldigt, daß sie ihren Verpflichtungen im Augenblick nicht nachkommen kann, weil ihre Monteurs und Helfer einen Streik „frivol vom Baum gebrochen haben“, indem sie unerfüllbare Forderungen gestellt hätten. Dabei möchten wir Herrn Biechard einmal fragen, ob er wirklich einen Stundenlohn von 70 Pf. für Monteurs und 45 Pf. für Helfer als unerfüllbare Forderung bezeichnen kann. Nach dazu in der gegenwärtigen Zeit, wo der Arbeiter alle Lebensmittel bis zum äußersten verteuert sind. Wenn Herr Biechard sich mit seiner liberalen Gesinnung gegenüber seinen Arbeitern stets so sehr brüsst, so sind wir der Meinung, es zeugt nicht gerade von Menschenfreundlichkeit, dem Vater seine Stellung zu kündigen, weil der Sohn nicht Streikbrecher werden will. Das eine möge sich auch die Firma Biechard gesagt sein lassen: Ohne ein annehmbares Entgegenkommen von ihr denken die Streikenden gar nicht daran, die Arbeit aufzunehmen.

Wie erjehen deshalb nach wie vor, allen Zugang von der Firma Biechard streng fernzuhalten.
Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Die Rohrerer und Helfer hielten am Dienstag im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine allgemeine Versammlung ab und beschloßen sich zunächst abermals mit dem Arbeitsnachweis in der Gormannstraße. Es war bekanntlich der Wunsch geäußert, man möge bei der Ortsverwaltung des Verbandes vorstellig werden, um die über diesen mit dem Wiesenthal'schen Tarifvertrag zusammenhängenden Nachweise verhängte Sperre aufzuheben. Die Meinung der Jährspracher dieses Gedankens ging dahin, daß durch allgemeine Benutzung des Nachweises am besten mit den dort herrschenden rigorosen Zuständen aufgeräumt werden könnte. Demgegenüber wurde andererseits hervorgehoben, daß kein rechtlich denkendes Verbandemittel für diesen Unternehmensnachweis eintreten könne, obwohl begrifflich sei, wenn in der Zeit der schwersten Wirtschaftskrise hier und da einmal ein Mitglied nach altem schwerer Arbeitslosigkeit von dem Grundgesetz abgewichen sei. Auch könne und werde sich die Ortsverwaltung niemals mit der Aufhebung der Sperre einverstanden erklären können, weil grundsätzlich in seiner Branche die von Unternehmensseite gegährdeten Arbeitsnachweise benutzt werden dürfen. Es treffe auch durchaus nicht zu, daß im Rohrlegergewerbe niemand eingestellt werde, der nicht nach der Gormannstraße gehe. Die Macht des Wiesenthal'schen Vereins und der auf jener Seite stehenden Unternehmer reiche keineswegs so weit und sei im Schwinden begriffen. Der Wiesenthal'sche Tarifvertrag und der Arbeitsnachweis, der ein Stück davon ist, habe nicht nur in die Reihen der Arbeitnehmer, sondern auch in die der Arbeitgeber Uneinigkeit getragen. Wenn der Wiesenthal heute alle die Firmen sperren wollte, die den Nachweis nicht benutzen, würde er gar nicht damit fertig werden. Es liege also kein Grund vor, die Sperre über diesen Nachweis aufzuheben, der von dem Gelde der Unternehmer erhalten wird und in dem den Arbeitern, auch den Wiesenthal'schen Rohrlägern, kein Mitbestimmungsrecht eingeräumt ist. — Nach einer regen, aber durchaus sachlichen Diskussion wurde der Antrag oder Wunsch nach Aufhebung der Sperre zurückgewogen. Der Arbeitsnachweis in der Gormannstraße gilt also nach wie vor als gesperrt.

Die Versammlung beschäftigte sich sodann mit einigen anderen Branchenangelegenheiten. Die Firma Klemme hat auf Wunsch ihrer Rohrläger und Helfer den mit dem Wiesenthal'schen Verein abgeschlossenen Tarifvertrag gekündigt. Darauf wurde von jener Seite die Behauptung verbreitet, daß sei nicht wahr und der Tarif sei fortan geltend bei der Firma. Nun sind die Arbeiter bei dem Firmeninhaber vorstellig geworden, um Klarheit über die Sache zu erhalten, und da ist ihnen die bestimmte Versicherung gegeben worden, daß der Tarif für die Firma nicht mehr besteht. — Ferner wurde die von den Wiesenthalern wegen Nichtanerkennung ihres Tarifs über die Firma Flach verhängte Sperre erwähnt und es wurde erklärt, daß diese Sperre für die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes nicht besteht, entsprechend einem schon früher gefaßten Beschluß, wegen des Wiesenthal'schen Tarifs nicht zu streiken.

Holzblödhauer! Da bisher von den Arbeitgebern kein endgültiger Beschluß eingelaufen ist, wird die am Freitag, den 30. d. M., abends pünktlich um 1/2 7 Uhr im großen Saal des Gewerkschaftshauses stattfindende Versammlung über weitere Maßnahmen beschließen. Wir erwarten einen vollzähligen Besuch.

Sperrest ist die Werkstatt des Zwischenmeisters Kette in der Möbelfabrik Schnell u. Co., Cadmerstr. 21. Näheres in der Versammlung.
Die Kommission.

Die im Glasarbeiterverbande organisierten Glasbleiber, Polierer und Helfer waren kürzlich an die Vereinigung ihrer Arbeitgeber mit dem Ersuchen um Neuregelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen herangetreten. Da in der gestellten Frist mit dem Unternehmerverbande eine Verständigung darüber nicht zu erzielen war, haben die Arbeiter ihre Organisationsleitung beauftragt, den einzelnen Unternehmern einen Lohnarif zu unterbreiten und sie um Anerkennung desselben zu ersuchen. Dieser Lohnarif enthält sehr beachtliche Forderungen. So wird eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 53 auf 52 Stunden gefordert. Es soll künftig an den Sonntagen nur 7 Stunden anstatt wie bisher 8 Stunden gearbeitet werden. Der Minimallohn soll betragen: für Dachstaben und breite Papstschleifer 70 Pf., für Wägen, Walzen und Korastelker 60 Pf. pro Stunde, wenn sie nachweislich zwei Jahre als Schleifer gearbeitet haben. Für Polierer soll, wenn sie ein Jahr als solche gearbeitet haben, 60 Pf. pro Stunde als Minimallohn gezahlt werden. Außerdem sollen die Löhne sämtlicher Arbeiter von Jahr zu Jahr am 1. Oktober um 2 Pf. pro Stunde erhöht werden, ebenso die Minimallohne, so daß dieselben am 1. Oktober 1912 74 bzw. 64 Pf. betragen. Den Akkordarbeitern sollen, mit Ausnahme der ersten 14 Tage bei den in den Betrieb Neueintretenden Arbeitern, die Minimallohne garantiert werden. Außerdem wird noch etwas Selbstverständliches, was aber bisher nicht von allen Unternehmern als selbstverständlich betrachtet wurde, gefordert, nämlich: Lieferung von Handtüchern und Seife und der etwa erforderlichen Lederbürsten und Jacken durch den Unternehmer; auch soll der Arbeitgeber für die Möglichkeit zu sicherer Aufbewahrung der Garderobe der Arbeiter und für tägliche Reinigung der Werkstätten Sorge tragen. Gewünscht wird dann noch die Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises und die Einsetzung einer Schlichtungskommission.

Die Antworten der Arbeitgeber wurden bis zum 27. September erbeten. Am gleichen Abend hatten sich die Arbeiter in Goeters Festhallen in der Weberstraße versammelt, um zu den eingelaufenen Antworten der Unternehmer Stellung zu nehmen. Der Sektionsleiter Schröder konnte berichten, daß der Lohnarif von sieben Arbeitgebern, die etwa 60 Arbeiter beschäftigen, an-
Verantw. Redakt.: Richard Böh, Berlin. Inzeratenteil verantw.:

erkannt worden ist. Die im Unternehmerverbande vereinigten Arbeitgeber haben eine Erhöhung der Minimallohne um 3 Pf. pro Stunde zugestanden; alle besserbezahlten Arbeiter sollen im ersten Vertragsjahre keine und im zweiten und dritten Vertragsjahre eine Lohnzulage von je 1 Pf. pro Stunde erhalten. Bezahlt soll nur die tatsächlich geleistete Arbeitszeit werden. Eine Verkürzung der Arbeitszeit ist abgelehnt worden. Auf alle weiteren Wünsche der Arbeiter geht die Antwort der Arbeitgeber nicht ein. Der Referent sowie die Diskussionsredner bezeichneten diese Zugeständnisse als unzureichend und unannehmbar und die Versammlung lehnte schließlich einstimmig das Angebot der Unternehmer als unzureichend ab und beauftragte die Verbandsleitung, nochmals mit dem Unternehmerverbande in Verbindung zu treten.

Achtung, Former und Glasarbeiter! Die Sperre bei der Firma Knewald in Pankow, Florastraße 8, ist hiermit aufgehoben. Der Streik ist durch Verhandlung beigelegt.
Deutscher Metallarbeiterverband.
Ortsverwaltung Berlin.

Was die Zigarrenmacher sich infolge der Tabaksteuererhöhung alles bieten lassen müssen.

An die Bevölkerung von Woltersdorf, Erkner und Umgegend ist ein Aufruf verbreitet worden, welchem wir folgendes entnehmen: „Seit Jahren versucht der Zigarrenfabrikant W. W. W. in Woltersdorf an seinen Arbeitern und Arbeiterinnen, welche jahrelang bei ihm beschäftigt sind, Schikanierungen und Drangsalierungen auszuüben. . . . Herrn W. sind organisierte Arbeiter ein Dorn im Auge und infolgedessen muß er versuchen, dieselben loszuwerden. Die Notlage, in der die Tabakarbeiter, durch die famose Reichsfinanzreform der Regierung, waren, bot Herrn W. hierzu die beste Gelegenheit. Zuerst galt es den Vertreter der organisierten Tabakarbeiter am Orte loszuwerden und sah sich Herr W. hierauf im geheimen bei der Zollbehörde nach anderen Arbeitskräften um. . . . Er stellte einen Schein aus, daß der betreffende Kollege von ihm entlassen sei. Gleichzeitig vermerkte W. in dem Schein, um dem Vertreter der Organisation der Tabakarbeiter die Staatsunterstützung zu entziehen, daß in den Kiesgruben in Woltersdorf bei Starke u. Pieper Arbeit vorhanden sei. Herr W. wußte, daß unser Kollege gar nicht in der Lage war, diese Arbeit leisten zu können. Tut nichts! Seine Kasse war vorläufig gefüllt. Herr W. glaubte nun, mit den übrigen bei ihm beschäftigten und noch einzustellenden Arbeitern besser fertig zu werden. Er hatte aber in bezug auf die noch einzustellenden Arbeiter die Rechnung ohne die organisierten Arbeiter gemacht, die darauf hinwiesen, daß, solange noch brotlose Arbeiter am Orte sind, diese zuerst von der Zollbehörde berüchtigt werden müssen. Trotz aller versuchten Manipulationen war es dem Herrn W. nicht möglich, die Gründe der Arbeiter bei der Zollbehörde zu entkräften. Er wurde nun vielmehr veranlaßt, die entlassenen Arbeiter, darunter auch den Vertreter der Organisation, wieder einzustellen. Jetzt konnte sein Rachegefühl keine Grenzen mehr. Herr W. entließ nun im Juni seine sämtlichen bei ihm beschäftigten Arbeiter, nicht etwa wegen schlechten Geschäftsganges! Da nun seine beiden Hausarbeiter, welche er noch behalten hatte, die gebräuchlichen Fabrikate nicht alle herstellen konnten, kaufte er nunmehr die Zigarren billig auf. Einen Hausarbeiter namens R. hielt Herr W. zu folgendem Streich, der seinen Charakter näher beleuchtet, an. Dem R. wurde nach seiner eigenen Aussage in der am 14. August in Woltersdorf stattgefundenen Versammlung folgender Inhalt zweier Schreiben von Herrn W. diktiert. (Postkarten, welche den Zweck hatten, an die Zollbehörden in Köpenick gesandt zu werden.)

Rt. 1. Erkner, den 23. 7. 1910.
An das Königl. Zollamt
Gropenitz.

Teile hierdurch mit, daß von der Firma Wilke, Woltersdorf, dem Zigarrenarbeiter Otto Herrmann Heimarbeit angeboten ist und derselbe die Arbeit verweigert.

Achtungsvoll
Grielemann.

Rt. 2. Erkner, den 23. 7. 1910.
An das Königl. Zollamt
Gropenitz.

Hiermit zur gefälligen Kenntnis, daß in Verneuchen bei dem Zigarrenfabrikanten Kühne für mehrere Zigarren- und Wafelmacher Arbeit vorhanden ist und bitte ich, den Woltersdorfer Tabak-Arbeitern, welche Staats-Unterstützung beziehen, die Arbeit anzuweisen.

Achtungsvoll
Grielemann.

Der Name „Grielemann“ ist fingiert. Herr W. hatte also, nach der Aussage des R., nicht den Mut, mit seinem Namen zu unterzeichnen, da er bei der Zollbehörde schon bekannt war. Von einem guten Gewissen zeugt das nicht. Man könnte es sogar Anlehnung zum Betrug nennen.

Wir fügen hinzu, daß die beiden obengenannten Postkarten nicht abgehängt wurden und sich in den Händen des früheren Bevollmächtigten des Ortes vom Verband befinden.

Deutsches Reich.

Die Möbeltransportarbeiter in Brandenburg a. S. befinden sich in Lohnkonflikten. Die Herren Expeditionsunternehmer haben jede Verhandlung abgelehnt und sind die Arbeiter in den Ausstand eingetreten. Die Herren Unternehmer versuchen nun Arbeitskräfte aus Berlin heranzubolen. Die Berliner Möbelträger und Transportarbeiter werden gebeten, Arbeit nach Brandenburg nicht anzunehmen und jeden Zugang fernzuhalten.

Deutscher Transportarbeiterverband.
Ortsverwaltung Brandenburg.
J. A.: Aug. Gebert.

Der Kölner Hafenarbeiterstreik nimmt weiteren Umfang an, da verschiedene größere Reedereien sich weigern, mit den Arbeitern in Tarifverhandlungen einzutreten. Mit allerlei nützigen Einwänden suchen die Unternehmer den Kampf in die Länge zu ziehen, um Zeit zur Veranziehung von arbeitswilligen von auswärts zu gewinnen. Die Arbeiter streiten jetzt bei der Rhein- und Seeschiffahrts-Aktien-Gesellschaft, bei der Kanheimer Lagerhaus-Gesellschaft und bei William Egan u. Cie. Die städtische Hafenspolizei hindert die Arbeiter im Einverständnis, vielleicht sogar auf Anweisung der Kölner Hafenverwaltung um ruhigen Streikpostenstehen. Auch wurde der unter städtischer Regie stehende Zollhafen zur Verrichtung von Streikbrecherarbeiten zur Verfügung gestellt. Im übrigen sind die Erfolge der Gesellschaften bei der Suche nach Streikbrechern kaum nennenswert. Es wird um Fernhaltung des Zugangs gebeten.
(Wiederholt, weil nur in einem Teil der Auflage.)

Porzellanarbeiter! Vorsicht! Die Firma Henschel u. Müller in Meuselwitz S.-Altend. will jetzt Defektloshüge einführen, wogegen sich die Arbeiter wehren. Nach dem Verhalten der Firma ist zu schließen, daß es zum Ausstand kommt. Der Vorstand des Porzellanarbeiterverbandes hat deshalb die Kollsperrre über diesen Betrieb verhängt. Ein Agent, Namens Schedel, soll bereits auf die Suche nach Arbeitswilligen abgereist sein. Man halte Zugang strengstens fern.

Schwere Ausschreitungen von arbeitswilligen Metallarbeitern in Lübeck.

Die Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft hat wie andere Werkstätten ihre Pforte ausgesperrt. Sie ist nun selbst durch diese Aussperrung arg in Bedrängnis gekommen, weil sie eilige Arbeiten nicht ausführen konnte. Die Folge war, daß sie arbeitswillige Elemente für ihren Betrieb warb. Rheinland-Westfalen lieferte mehr als hundert solch nützliche Exemplare für die Gesellschaft. Diese Helfer machen jetzt Lübeck unsicher und bedrohen

Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag, u. Verlagsanstalt

das Leben friedlicher Einwohner. In der Nacht zum Sonntagabend erschien eine aus etwa dreißig Personen bestehende, mit Revolvern bewaffnete Arbeitswilligenhande in verchiedenen Wirtschaften und belästigte Wirt und Gäste. In dem „Varietés-Linverium“ kam es zu einem regelrechten gemeinschaftlichen Nordversuch der Streikbrecher. Sie drangen mit Revolverkesseln auf zwei in der Wirtschaft anwesende, am Kampf auf den Werken gänzlich unbeteiligte Zimmerleute ein, welche sich in den Keller flüchten mußten. Im Keller wurden sie von den arbeitswilligen Revolverhelden, die brüllten, daß sie die beiden töten wollten, beschossen. Mit Wiefässern, die im Keller standen, suchten sich die Angegriffenen zu schützen. Der eine Zimmermann erhielt eine Kugel in die Schulter und recht erhebliche Verletzungen am Kopf. Die herbeigerufene Polizei mußte mit blauer Waffe gegen die Nordbrüder vorgehen, von denen etwa 15 hinter Schloß und Riegel gebracht worden sind. Wie nicht anders zu erwarten war, fällt die bürgerliche Presse diese Erfolge der Streikbrecher in einem Kampf zwischen Streikenden und Arbeitswilligen um, der von ersteren provoziert worden sei. Demgegenüber ist ausdrücklich betont, daß Streikende oder Ausschreitende bei den schweren Ausschreitungen der Arbeitswilligen überhaupt nicht zugegen waren.

Ausland.

Streiks in England im Jahre 1909.

Das englische Arbeitsamt registrierte im Jahre 1909 436 Arbeitseinstellungen, von denen 300 519 Arbeiter direkt oder indirekt beteiligt waren. Der hierdurch entstandene Verlust an Arbeitszeit beläuft sich auf rund 2 1/2 Millionen Arbeitstage. Die Zahl der Streiks ist in den letzten Jahren ständig in der Abnahme begriffen, doch hat die Zahl der beteiligten Arbeiter eine seit dem Generalstreik der schottischen Bergarbeiter (1894) nicht mehr gekannte Höhe erreicht. Nicht weniger wie 148 000 Bergarbeiter oder 49 Proz. aller Streikenden waren an Arbeitsniederlegungen beteiligt, die anlässlich der Inkraftsetzung des Schiffsbauengesetzes für die Bergarbeiter sich ereigneten. Allerdings waren diese Bewegungen meist von nur kurzer Dauer. Im Jahre 1908 waren 295 507 Arbeiter mit 10 834 189 verlorenen Arbeitstagen an 300 Arbeitsniederlegungen beteiligt. In dieses Jahr fielen die heftigen und langen Kämpfe in der Maschinen-, Schiffbau- und Textilindustrie.

Im offiziellen Bericht wird berechnet, daß etwa 1,9 Proz. aller industriellen Arbeiter des vereinigten Königreichs an Arbeitsniederlegungen im Jahre 1909 beteiligt waren (gegen 1,9 Proz. in 1908 und 1,4 Proz. in 1907). 182 Bewegungen oder 42 Proz. aller im Jahre 1909 begonnenen Arbeitsniederlegungen dauerten weniger wie eine Woche, 74 Proz. dauerten weniger wie einen Monat, 85 Proz. weniger wie zwei Monate. Die letzteren umfaßten 95 Proz. aller beteiligten Arbeiter. Von den übrigen Streiks entfielen 26 mit 8588 beteiligten Arbeitern, die 676 001 Arbeitstage einbüßten, auf den Kohlenbergbau, während 13 Streiks in der Metall-, Maschinen- und Schiffbauindustrie und acht in der Textilindustrie sich ereigneten, die sämtlich länger wie acht Wochen dauerten.

Von den 436 im Jahre 1909 begonnenen Bewegungen wurden 271 oder 62 Proz. durch direkte Verhandlungen beendet; eine ständig größer werdende Zahl von gewerkschaftlichen Streitigkeiten dagegen durch Schiedsprüche erledigt. Im letzten Jahre waren dies 26, wovon 13 mit 17 179 Beteiligten in der Kohlen- und Steinindustrie, 4 im Baugewerbe und 4 in der Metallindustrie. Ingesamt waren 59 945 Arbeiter oder 11 Proz. der Gesamtzahl (gegen 8 Proz. im Vorjahre) an Bewegungen beteiligt, die durch Schiedspruch beendet wurden.

Die Ursache der Arbeitsniederlegung waren in 25 Proz. aller Fälle Lohnstreitigkeiten und in 51 Proz. der Fälle Differenzen bezüglich der Arbeitszeit.

Letzte Nachrichten.

Genosse Albert Röske †

Hamburg, 28. September. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Genosse Albert Röske, Abgeordneter der Hamburger Bürgerschaft, ist heute nachmittag an den Folgen einer Leberoperation im Alter von 53 Jahren gestorben.

Röske war früher mehrere Jahre Redakteur der „Holzarbeiter-Zeitung“, dann Gauleiter des Holzarbeiterverbandes, später Parteisekretär in Hamburg. Zuletzt war er Redakteur des „Bauphilosophen“. — In der heutigen Sitzung der Bürgerschaft widmete der Präsident dem Verstorbenen einen ehrenden Nachruf, worin er betonte, daß Röske sich stets fleißig an den parlamentarischen Arbeiten beteiligt habe.

Der Kampf mit dem Windmühlensflügel.

Berlin, 28. September. (B. Z. B.) Leutnant von Schroeder vom Bückeburger Jägerbataillon, kommandiert zur Schloßgarde-Kompagnie, ist heute in der Nähe von Großbeeren bei dem Versuch zwischen den Flügeln einer Windmühle hindurchzugehen, tödlich verunglückt. Er wurde von einem Flügel erfasst und 50 Meter weit fortgeschleudert. Den Anstoß zu dem verhängnisvollen Experiment hatte die Erzählung gegeben, daß ein anderer Offizier glücklich zwischen Windmühlensflügeln hindurchgeritten sei.

Verurteilter Vatermörder.

Gießen, 28. September. (B. Z.) Vor dem Schwurgericht wurde gegen den 23jährigen Maurer Karl Schmidt und dessen Vater, den 29jährigen taubstummen Schuhschneider Wilhelm Schmidt aus Rodheim v. d. G., verhandelt. Die beiden Angeklagten waren beschuldigt, den Vater des Karl Schmidt, Zimmermeister Karl Schmidt II totgedrückt zu haben. Der alte Schmidt hatte wiederholt Frau und Kinder mißhandelt. Das Urteil lautete gegen Karl Schmidt auf 2 1/2 Jahre, gegen Wilhelm Schmidt auf 1 Jahr Gefängnis.

Zehn Güterwagen zertrümmert.

Le Mans, 28. September. (Rech-Zel.) Auf dem Bahnhof von Sablé-sur-Sarthe stieg heute der von St. Nazaire kommende Schnellzug auf einen auf dem Bahnhof stehenden Güterzug. Da der Lokomotivführer des Schnellzuges erst im letzten Augenblick bremsen konnte, war der Zusammenstoß furchtbar. Zehn Wagen des Güterzuges sind vollständig zertrümmert, so daß die nebenliegenden Gleise für den Verkehr gesperrt sind. Im Schnellzug wurden die Reisenden scharf durcheinander gerüttelt; viele von ihnen erlitten Querschnitten und Abschürfungen, Todesfälle sind jedoch nicht zu beklagen.

Zur Streiklage in Südwales.

London, 28. September. (B. Z. B.) Nach endgültiger Feststellung hat sich bei der Abstimmung der Bergleute von Südwales eine Mehrheit von 25 990 zugunsten einer Unterstützung der Arbeiter der Cambrian-Kohlengruben und gegen einen Generalstreik ausgesprochen. Man glaubt, daß der Konflikt auf den Cambrian-Kohlengruben beigelegt werden wird.

Gaul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsspiel.

Die Parteipresse über Magdeburg.

„Nordhäuser Volkszeitung“.

Ein erhebliches, merkwürdiges Stück Weg vorwärts, aber auch aufwärts zu der Erkenntnis der Notwendigkeit der rücksichtslosen Durchsetzung der alten Kampfeskampftaktischen Ideen des Sozialismus innerhalb der Partei ist der Parteitag in Magdeburg gewesen. Welch ein Unterschied gegenüber der Betätigung und Selbstentfaltung des in Nürnberg als richtig auf radikaler Seite Erkannten. Wie hebt sich dagegen vorteilhaft ab, was endlich in den Tagen der Magdeburger Tagung von der Parteimajorität unternommen wurde.

Es war ein Akt der Selbsterhaltung, und alles heuchlerische Augenverdrehen über Rücksichtslosigkeit, über Vergewaltigung der Minorität innerhalb der Sozialdemokratie wird uns selbstverständlich lassen in dem Bewußtsein, das getan zu haben, was zu tun absolut notwendig war im Interesse der Bewegung...

Es half nichts, daß die „Staatsmänner“ der neuen Taktik auf die verschiedenste Art und Weise versuchten, sich ein Hinterbüchlein zu schaffen. Die Majorität war des Gespänkels müde, sie wollte Klarheit haben und verlangte deshalb nicht nur das Mundstille, nein, es sollte geprüffelt werden von revisionistischer Seite, daß es die Genossen im Lande hörten: Die Minorität will sich, dem demokratischen Prinzip entsprechend, den Beschlüssen der Majorität fügen, die Arbeit, auch in den Parlamenten, wird im Sinne der Gesamtpartei geleistet werden. Es ist geschehen, wenn auch nicht in der Form, die die Genossen in großer Anzahl erwarteten, aber in der Sache hat die alte revolutionäre Majorität einen glänzenden Sieg davongetragen.

„Chemnitzer Volksstimme“.

Es ist nicht wahr, daß in der vielbesprochenen Nachsichtigung die Minderheit brutalbergewaltigt worden ist. Es lag unseres Erachtens kein Grund vor, die wiederaufgenommene Verschärfungsresolution Jubel durch das noch an diesem Mittwochsabend zu erwidern, an dem nach eifriger Beratung alle Parteitagsteilnehmer abgespannt und nervös waren. Aber ein Kriminalverbrechen ist die Entscheidung der Mehrheit in dieser wirklich der Erregung unwerten Geschäftsordnungsfrage ebensowenig wie der momentane Proteststreik der Minderheit. Im Augenblick war man erregt; am nächsten Morgen schüttelte man sich lächelnd die Hand. Auf dem Parteitage ist nichts geschehen, dessen wir uns zu schämen hätten, nichts, was die Gegner mit Erfolg gegen uns ausbügeln könnten. Nach 14 Tagen werden sie das selbst zu begreifen beginnen und die aussichtslosen Versuche dazu einstellen.

„Volksblatt für Anhalt“.

Der Magdeburger Parteitag hat einen sachlichen Verlauf genommen. In persönlich zugespitzten Debatten ist es nur in ganz wenigen Fällen gekommen, die in der Fülle der Verhandlungen nicht ins Gewicht fielen.

Deutlich ist der Wille der Partei hervorgetreten, bei aller Auffassungsdifferenzheit in einzelnen eine fest geschlossene Partei den Gegnern gegenüber zu bleiben. Dieser Wille liegt verankert im gleichen Interesse, im gleichen Ziel. Die beiden Richtungen, die in der Partei sichtlich vertreten sind, unterscheiden sich nur dadurch, daß die eine, die radikale, das Grundsätzliche, das auf das Endziel Bezügliche mehr in den Vordergrund rückt, während die andere, die revisionistische, härter das in der Gegenwart Mögliche und Notwendige betont. Beide wollen beides, und darin liegt die Untrennbarkeit beider Richtungen. Die Unterschiede zwischen Materialtheorie und Evolutionismus treten mehr und mehr zurück. An die Katastrophe glauben immer weniger.

Der Hauptgegenstand der Debatten des Magdeburger Parteitages, die Budgetfrage, hat eine befriedigende Lösung nicht gefunden. Es liegt auf der Hand, daß keine gemeinsame Marschroute vorliegt, wenn ein Viertel der Delegierten, die aber speziell die vier süddeutschen Staaten Bayern, Württemberg, Baden und Hessen, die politisch freiesten, fortgeschrittensten Länder vertreten, erklärt, mit dem gefaßten Beschluß nicht arbeiten zu können. Befriedigend war aber auch die Erklärung des Genossen Dr. Frank nicht, wenn er durchdringend ließ, Beschluß nicht unbedingt für die Süddeutschen bindend sein. Wir hätten es lieber gesehen, wenn er erklärt hätte: Der Beschluß ist gefaßt. Er gilt auch für uns. Da er nicht mit ihm arbeiten können, werden

wie von Grund an beginnen, den Beschluß auf legalem Wege wieder umzustößen. Das hätte nach keiner Seite Anstoß erregt, aber doch Eindruck gemacht. Das, was die Studentenkommision leisten sollte, aber als überflüssig von der Mehrheit des Parteitages abgelehnt wurde, muß nun von den Süddeutschen selbständig geleistet werden.

„Brandenburger Zeitung“.

Niemand denkt an eine Trennung unserer geschlossenen gegen den Feind stehenden Kolonnen und laub und blind und stumpf müssen diejenigen sein, die nicht gerade aus den erregten Momenten der am leidenschaftlichsten bewegten Debatte die Blut immerer Entbranntheit gespürt haben, mit der alle um die letzten Endes gemeinsame Sache den „Kampf“ geführt haben.

Wir haben uns freilich aus eigener Beobachtung dem Eindruck nicht entziehen können und wollen auch heute nicht verhehlen, daß die bewußte Nachsichtigung mit ihren teilweise recht stürmischen Szenen bei ruhiger Ueberlegung hätte vermieden werden können. Der Aufbruch Webers und die Passivität des ganzen Parteivorstandes gab ja deutlich genug das Zeichen dazu. Aus der angenommenen Resolution ging doch mit erfreulicher und unzweideutiger Klarheit hervor, wie die Gesamtpartei über die Budgetbewilligung denkt und wie scharf sie (mit Recht!) den Disziplinbruch beurteilt. Konnte dann auch Genosse Dr. Frank seine Erklärung sehr mißverständlich gedeutet werden, so mußte man doch aus seiner zweiten Deklaration, wie aus verschiedenen anderen, von uns bereits erörterten Umständen entnehmen, daß in Zukunft die badische Fraktion sich dem Mehrheitswillen fügen werde. Darum war der in der Nacht überföhrte angenommene Zusatzantrag überflüssig, wenn er auch gerade kein Unglück war, da er im Grunde nur Selbstverständliches besagte. Die süddeutschen Genossen wählten auch ohnedies, daß ihnen bei einem erneuten Disziplinwärtigen Verstoß gegen die Nürnberger Resolution der Ausschluß aus der Partei droht. Die von uns und nachträglich auch im „Vorwärts“ wieder-gegebene Erklärung, die Genosse Frank privatim von einigen Genossen, aber leider nicht vor dem Parteitag abgab, bestätigt unser von vornherein abgegebenes Urteil, daß wir uns auch auf unsere badischen Genossen verlassen können.

„Der Proletarier aus dem Ostengebirge“.

Das schwerste Stück Arbeit des Magdeburger Parteitages war die Regelung des zukünftigen Verhaltens der sozialdemokratischen Vertreter in den Parlamenten bei den Schlußabstimmungen über die staatslichen Etats (Haushaltungsveranschlagungen). Dieses Stück Arbeit ist jetzt geleistet, und zwar so, wie es anders gar nicht geleistet werden konnte.

Wir gehören zu denen, die diese Frage als eine grundsätzliche auffassen. Alle Staatsformen in gegenwärtigen Deutschland beruhen auf der Klassenherrschaft, die sich überall gegen die Interessen des Proletariats richtet, was eben unter Klassenherrschaft gar nicht anders sein kann. Dieser Klassenherrschaft grundsätzlich die Existenzmittel zu bewilligen und ihr damit in den meisten Fällen also auch noch das Vertrauen auszusprechen, ist so ziemlich das schlimmste, was wir uns gegen die Interessen des Proletariats vorstellen können. Durch die in Nürnberg und einige Male vorher mit großer Mehrheit beschlossene Resolution war für unsere Parlamentarier die Richtlinie gegeben. Diese Richtlinie ohne zwingende Not, bewußt und gewollt, außer acht lassen, das ist eben einmal Bruch der Parteidisziplin. Was demgegenüber jetzt beschlossen ist, war, wie gesagt, unumgänglich notwendig und hätte schon früher geschehen sollen.

„Königsberger Volkszeitung“.

Die Befristung, die Annahme der Resolution Jubel könnte zur Spaltung der Partei führen, eine Befristung, die man vielleicht 24 Stunden lang haben konnte, scheint uns durch die letzten Ereignisse auf dem Parteitag widerlegt. Gatten in der dramatischen Nachsichtigung vom Mittwoch die Süddeutschen auch den Parteitag verlassen, so beantworteten sie doch die Annahme des Antrages Jubel doch nicht etwa mit einem Aufruf zur Gründung einer neuen gegenwärtigen Partei. Und als die preussische Wahlrechtsfrage erörtert wurde, sicherten unsere süddeutschen Genossen uns ihre tatkräftige Unterstützung zu. Auch Genosse Frank und so treffende Worte, daß ihm auch diejenigen, die ihm zwei Tage vorher auf das schärfste entgegengetreten waren, nach dem uns vorliegenden Bericht den „stürmischen Verfall“ nicht verweigerten, den diese Kundgebung des süddeutschen Proletariats gegen die schandbaren preussischen Zustände verdiente.

Hauptkommissionen Absprache zu nehmen, aber persönlich dem Zustand abgeneigt sei. Ein neues Rendezvous wurde auf den Mittag des nächsten Tages angesetzt. Lagarde bemühte nun die Zeit, um die Minister und insbesondere Jules Simon aufzufinden, der ihm zwei Briefe vom 7. und 8. April mitteilte, von denen der eine von Darbois selbst herrührte. Beide Briefe nahmen Bezug auf die Erziehung der gefangenen Kommunisten und stellten Thiers an, diesen „barbarischen Akt“ ein Ende zu machen. Das Erlaunen des Abbe Lagarde war groß. Thiers hatte ihm eben die Existenz dieser Briefe verweigert. Als Lagarde Thiers wieder sah, vertastete dieser ihn auf Sonnabend, Sonnabendmittag blieb Thiers, der gerade von der Ministerkonferenz kam, bei Lagarde stehen und sagte ihm: „Ich bedauere, Ihnen mitteilen zu müssen, daß meine Räte einstimmig den Austausch abgelehnt haben“. Thiers vertastete ihn dann noch einmal auf Montag. Am Montag wurde Lagarde eröffnet, daß Thiers noch immer nicht in der Lage sei, ihm eine Antwort zu geben. Lagarde berückelt weiter, daß er dem Erzbischof über die Verzögerung seiner Rückkehr Bericht erstatten habe. Gemeinsam mit anderen Geistlichen suchte er für die Befreiung des Erzbischofs an anderen Stellen zu intervenieren. In Paris bemühte sich der Advokat Plou, die Freilassung zu erwirken und durfte sehr auf Erfolg rechnen. Der Delegierte des Kriegswesens Cluseret war mit der deutschen Armee in Verhandlungen, die den Erzbischof betrafen, eingetreten. Aber die Projekte zerfielen sich alle. Cluseret trat zurück. Plou wurde vom Gefängnis ferngehalten, das diplomatische Korps erklärte sich ohnmächtig und am 23. April ließ Jules Simon Lagarde rufen und übergab ihm die Antwort des Präsidenten in einem geschlossenen Brief. Der Generalvize, der einen offenen Brief überbracht hatte, teilte sich als Antwort einen geschlossenen zu übernehmen. — Unterdes brachten die Pariser Mütter Artikel über das Ausbleiben Lagardes, das sie als feigen Verräter bezeichneten, und Darbois, der, wie Lagarde behauptet, aus seinen Briefen nur das erfahren haben soll, was ihm der Gefängnisdirektor mitteilte, richtete scharfe Briefe an ihn, die die Zeitung reproduzierten. Am 2. Mai schrieb Abbe Lagarde, er könne nach Paris nur unter der Bedingung zurückkehren, daß ihm der Erzbischof das Vertrauen öffentlich zurückgebe. Dieser beleidigte Stolz war ungewöhnlich eine äußerst vorläufige Gemütsregung. Trotzdem setzte er aber seine „Interventionen“ fort, bis ihn General Cluseret am 28. Mai telegraphisch aus Paris von der Erziehung des Erzbischofs benachrichtigte und hinzusetzte: „Ihre Anwesenheit wäre hier sehr nützlich.“ Da sie auch unglücklich war, folgte Lagarde der Einladung. — Auch seine Nachsichtigung“ genügt, wie man sieht, nicht, den Schaiten, der auf seinem Charakterbild liegt, zu entfernen. Aber wenn er ein trauriger Schwächling war, so war Thiers eine infame, lächerliche Kanaille. Der arme Darbois hat sich indes auch geirrt, als er sagte, die öffentliche Meinung werde die Ablehnung nicht begreifen. Er sah die Gemeinheit nicht voran, mit der die bürgerlichen Preßbanditen und ordnungsfreundlichen „Historiker“ lange genug imande waren, die ganze Verantwortung für die Katastrophe dem durch erbarmungslos Regieren aufs äußerste empörten revolutionären Paris zuzuschreiben.

Ein Blödsinn ist es, wenn ein Teil der bürgerlichen Presse von einem „Gewaltakt“ oder einem „Bruch der Geschäftsordnung“ sprach, der am Mittwochsabend durch die sofortige Verhandlung des Antrages Jubel seitens der Mehrheit verübt worden sein soll. Die Geschäftsordnung sah zwar die achtstündige Arbeitszeit für den Parteitag vor, aber die Mehrheit kam die Geschäftsordnung stets ändern und eine Verlängerung der Verhandlungszeit beschließen. So hat es jeder Parteitag gehandhabt.

Das

„Hamburger Volksblatt“

macht sich den Artikel des „Hamburger Echo“ zu eigen, der es selbst begreift, daß der Magdeburger Parteitag durch den in der Nachsichtigung vom Mittwoch gefaßten Beschluß endlich die notwendige Klärung geschaffen habe und mit den Worten Webers schloß: „Seht den Führern auf die Finger, seht den Redaktoren auf die Finger!“

„Bergische Arbeiterstimme“-Zeltingen.

Mit innerer Befriedigung kann die deutsche Sozialdemokratie auf den Verlauf ihres Parteitages zurückblicken, den sie in der letzten Woche in den Mauern Magdeburgs abgehalten hat. Wer daran zweifeln möchte, der lese nur die bürgerliche Presse aller Schattierungen. Vom politisch farblosen „Generalanzeiger“ über die liberale Presse hinweg bis zu den Blättern der Regierungen und der offenen Reaktion findet sich eine wahre Flut von Schmähungen, Verhöhnungen und direkten Verleumdungen über die Magdeburger Tagung, der sicherste Beweis, daß die bürgerlichen Hoffnungen auf sie gründlich getrübt worden sind. Entweder erweist sich die Sozialdemokratie als unfähig, ihre bisherige straffe Geschlossenheit allen Verleumdungen gegenüber zu wahren, oder aber es kommt zur Spaltung, in beiden Fällen ein immenser Gewinn für die bürgerlichen Parteien, auf diese Rote waren die Spekulationen der gesamten bürgerlichen Presse gestimmt. Nun ist aber alles anders gekommen. Der gelockerte Ring der Disziplin ist in Magdeburg wiederum so fest und sicher um die Partei geschmiebt worden, daß sie noch nie so weit von einer Spaltung entfernt gewesen ist als gerade jetzt. Wie die betrübten Lohgerber, denen die Helle fortgeschwommen sind, stehen die bürgerlichen Preßbanditen nun da. Kein Wunder, daß sie sich nunmehr aufs Schimpfen verlegen und einzelne Vorkommnisse auf dem Parteitage ins Maßlose zu übertreiben und verzerrten suchen, wobei sie mit bekannter Stumpfsinnigkeit die Wahrheit fälschen und auf den Kopf stellen. Vergebens veruchte man von seiten der Budgetbewilliger und ihrer Freunde, in die Geschlossenheit des linken Flügels Breche zu legen, er blieb fest, und so kam es auf dem Parteitage bei den Abstimmungen zu klaren Entscheidungen, aus denen die Genossen im Lande wie ihre Gegner unzweideutig ersehen können, wie die Partei steht.

So bedauerlich es war, in dieser Weise vorgehen zu müssen, so bitter notwendig war es andererseits. Der Revisionismus mußte in seine Schranken zurückgewiesen werden, damit er nicht mehr scheint als er ist. Jetzt ist es auch ein für allemal vorbei damit, daß er wiederum als organisierte Minderheit die unorganisierte Mehrheit des Parteitages terrorisieren kann. Die Mehrheit wird künftig stets bereit sein, jeden solchen Versuch abzuschießen, und diese Bereitschaft wird — nachdem in Magdeburg einmal ihre Wirkung erprobt ist — für die Zukunft schon ganz allein genügen, um die Minderheit zu veranlassen, ihr provozierendes und terrorisierendes Verhalten einzustellen. So wird von Magdeburg ein Gesundungsprozess bahnen, der für unser ganzes Parteileben die heilsamsten Folgen haben muß. Weniger denn je kann jetzt von einer Spaltung der Partei die Rede sein. Die Proletarier in Süddeutschland denken gar nicht daran, und diejenigen ihrer Führer, die mit dem Gedanken zu spielen schienen, dürften nach Magdeburg endlich wissen, daß jeder Spaltungsversuch nur ihre eigene Kaltestellung, aber sonst nichts im Gefolge haben würde.

„Magdeburger Volksstimme“.

Kein Zweifel, daß ohne Franks schwere Entgleisung der Vorfall nicht gekommen wäre. Mit der Annahme der Vorstandesresolution hätte es sein Bewenden gehabt; die Debatte, die groß und wichtig verlaufen wäre, wäre groß und wichtig abgeschlossen worden. Sucht man nach dem Schuldigen, so ist er also in Frank gegeben. Die Entgleisung des einen

Dürfen die Frösche nichts quaken? Daß dieses Problem nicht nur wichtig, sondern auch mit großen Schwierigkeiten verknüpft ist, zeigen die mehrfachen Bemühungen der deutschen Gerichtshöfe, eine der Themis gemäße Antwort zu finden. Der Besitzer eines Sanatoriums hatte gegen den Pächter eines Teiches Klage auf Schadenersatz erhoben, weil in dessen Teiche nachts die Frösche ein so ohrenzerreißendes Konzert anzustellen pflegten, daß die ihrer Nachtruhe beraubten immunkalifornischen Gäste schließlich die Teiche verlassen, an der sie vergeblich Klage vor dem Arm der Großstadt gesucht hatten. Doch der Kläger wurde zweimal abgewiesen, denn nicht der Pächter des Teiches quakte nachts, sondern die Frösche und dies stelle nur ein schädliches Einwirken von Naturgewalten dar. Doch das Reichsgericht war wiederum anderer Ansicht und glaubte, daß der Beklagte die Frösche nachts am Quaken hindern müsse. So wird dieser Streit wohl noch geraume Zeit die deutschen Gerichtshöfe beschäftigen. Um auch zur Beilegung des Problems beizutragen, sei einem weisen und gerechten Richter vorgeschlagen, zu entscheiden, der Inhaber des Sanatoriums sei berechtigt, das Fröschequaken auf Frösche im Teiche des Beklagten auszuüben. Die Gäste des Sanatoriums, befreit von dem rubeulösen Lärm, finden obendrein beim Diner ein delikates Gericht von Froschkeulen.

Der neue Leipziger Bahnhof. Eines unserer gewaltigsten Bauwerke ist der neue Leipziger Hauptbahnhof, der im Jahre 1913 dem Verkehr übergeben werden soll. Die „Lusthaus“ berichtet darüber: Sechs riesige brüdenähnliche Bögen bilden insgesamt die Grenze des 270 Meter langen Querbahnsteigs, von dem die Perrons zu dem Hügel ausgehen. Vor diesen erhebt sich das Hauptgebäude des Bahnhofs. Die nordwärts sich anschließenden Hallen für die Züge werden in Eisen und Glas ausgeführt. Auf 28 Gleisen werden alle Linien einmünden. Die Kellerebene wird 300 Meter breite, die Tiefe, entlang den Bahnsteigen, 320 Meter betragen. Eine wichtige Erneuerung wird auch ein besonderer Postbahnhof werden. Auf 32 Gleisen können gleichzeitig 132 Postpostwagen verpackt und abgefertigt werden. Die Kosten des gewaltigen Verkehrsinstituts beziffern sich auf 130 Millionen Mark.

Kunstziehung in New York. Ein bedeutsamer Versuch, das Evangelium der Kunst unter den New Yorker Schulkindern zu verbreiten, wird von dem Direktor des Metropolitan Art Museums, Edward Robinson, unternommen. Den ganzen Winter hindurch sollen mit den Kindern aller öffentlichen Schulen monatliche Museumsgänge unternommen werden. Die einzelnen Klassen werden von den Direktoren und Kuratoren des Museums von Raum zu Raum geleitet und über die technische Herstellung und den ästhetischen Wert der Kunstwerke unterrichtet. „Ich betrachte dies als eine der wichtigsten erzieherischen Unternehmungen, die von dem Museum bisher ausgegangen sind“, sagte Robinson. „Diese Museumsgänge, methodisch durchgeführt, werden einem jeden New Yorker Schulkind ein Verständnis für die wichtigsten Gegenstände der Kunst vermitteln.“

Kleines feuilleton.

Neue Dok.

sozialistischen Elemente über den Tod des Erzbischofs Darbois. Die Befangene bürgerliche Schriftsteller haben die Vorgeschichte der in wesentlichen als Weisel festgenommenen Erzbischofs Darbois in seiner Regierung scharf. Man weiß, daß die Kommune der Vergegen den einen von Austausch Darbois und vier anderer Weiseln anqui vergebens angeboten hat. Man weiß auch, daß die Weiseln Thiers' durchaus den Wünschen der jesuitischen und monarchistischen Clique entsprach, der der gallianische Regierung verdrängte und ausgesprochen demokratische Erzbischof verhaft war.

Eine neue Darstellung des Falles, die Gauthier's: das bekannte „Mag. Darbois“ (Paris, bei Plou) gibt, ergänzt durch die hinterlassenen Papiere des Generalvikars des Erzbischofs Lagarde zugrunde, der die Verhandlungen in Versailles geführt hat. Dieser Geistliche spielt in den früheren Darstellungen eine wenig günstige Rolle. Lagarde hatte nämlich dem Erzbischof versprochen, nach Beendigung seiner Mission in das Gefängnis von Mazas, wo er mit Darbois zusammen inhaftiert gewesen war, zurückzufahren. Er blieb aber in Versailles, was vielleicht nicht ehrenvoll, jedenfalls aber gesund für ihn war. Lagarde bemüht sich in seinen Aufzeichnungen, eine Rechtfertigung seines Verhaltens zu geben, die indes nicht besonders überzeugend ausgefallen ist. Aber auch eine Erzählung der Begebenheiten charakterisiert die infame Heuchelei Thiers', die auch noch in seinen hinterlassenen Erinnerungen zutage tritt.

Ein Dekret der Kommune verfügte, daß jeder Erziehung eines Gefangenen durch die Verfall der Erziehung einer dreifachen Zahl von Weiseln folgen sollte. Bekanntlich wurde dieses Dekret nicht ausgeführt, immerhin wurden Weiseln festgenommen: als erster der Erzbischof am 4. April. Abbe Lagarde erzählt, daß sich der Parteibeschluß nicht auf ihn bezogen habe, daß er aber freiwillig dem Erzbischof begleitet habe. Am 10. April erhielt Darbois den Besuch eines Freundes von Blanqui, Benjamin Flotte, der ihm nahelegte, bei Thiers den Austausch in Vorschlag zu bringen. Am 12. April schrieb der Erzbischof einen Brief, worin er u. a. sagte: „Es gibt nur achtzig Urlassen der Zwietracht und der Erbitterung zwischen uns. Da sich nun eine Gelegenheit zu einer Vereinbarung bietet, die im übrigen nur die Personen und nicht die Prinzipien betrifft, wäre es nicht weise, sie zu ergreifen und so die Verurteilung der Gemüter vorzubereiten? Die öffentliche Meinung würde vielleicht eine Ablehnung nicht begreifen.“ Abbe Lagarde wurde beauftragt, diesen Brief der Exekutivgewalt zu übergeben. Er kam in Versailles am 14. an und begab sich sofort zu Thiers, dem er die Mittelungen über die „schrecklichen Absichten der Kommune“ machte, ohne indes zu bewirken, daß bei Thiers' das verächtliche Lächeln der Rundwinkeln verschwand, das bei ihm die Ungläubigkeit anzeigte. Nach beendeter Lektüre erwiderte Thiers, daß er in einer so beklagten Affäre verpflichtet sei, mit den Ministern und den Mitgliedern der

zählte aber sofort eine Entgeißelung der vielen. Nicht mehr Dieh, sondern der Horn präbilitate. Und der Horn ist ein schlechter Präbilitate, wie er ein schlechter Ratgeber ist.

Schon parlamentarisch ist es unzulässig, nach erfolgter Abstimmung in die erledigte Materie zurückzutreten. Wenn es aber mal geschehen sollte — die Geschäftsordnung des Parteitages verbietet es nicht ausdrücklich —, dann war der Donnerstagvormittag früh genug dazu. Die Mittwochsitzung dauerte schon 11 Stunden; für viele Angehörige beider Richtungen lediglich unterbrochen von einer Mittagspause, die durch Sitzungen der Subpartei auf eine halbe Stunde zusammengeknüpft war. Die Nerven aller vibrierten. Die Schläfen hämmerten. Dem aus Sozialdemokraten sind nur Menschen. In einer solchen Stunde trifft man keine Entscheidungen, die von weittragender Bedeutung werden können. Die Tatsache, daß es doch geschehen, beweist lediglich das eine: bis zu welchem Grade in jener frühen Nacht die Leidenschaften erregt waren.

Das Gros der Partei hat sich nun in aller Ruhe und Rührtheit mit dem Beschluß abgefunden. Was ist durch die Budgetdebatte erreicht worden? Es ist erreicht, was bezweckt worden: in Süddeutschland wird sich ein Disziplinbruch nicht wiederholen. Dazu hätte aber die Vorstandesresolution vollkommen ausgereicht; es bedurfte nicht mehr des zweiten Antrags Zubeil, durch den übrigens der Entscheidung eines jeden Schiedsgerichts vorgegriffen wird, was für ein jedes gerichtliche Verfahren durchaus unzulässig ist.

Ein Disziplinbruch wird nicht mehr vorkommen. Sind wir dadurch aber vor jeder Wiederholung einer Budgetdebatte gesichert? So oder so.

„Dresdener Arbeiter-Zeitung“.

„Solche Vorgänge sind noch auf keinem Parteitage dagewesen und ganz gewiß muß es aufs tiefste bedauert werden, daß es dazu gekommen ist. Gleichwohl sind wir der Meinung, daß das Vorkommnis doch nicht als allzu folgenschwer angesehen werden darf. Es konnte ja einen Augenblick lang so scheinen, als sei der Disziplinbruch innerhalb der Partei bis zum äußersten gediehen, als sei ein gutes Zusammenarbeiten nun nicht mehr möglich. Tatsächlich aber stehen die Dinge anders. Es scheint, als ob erst einmal der Höchstgrad der Erregung erreicht werden mußte, um den Streit der Meinungen zu beendigen und wieder einen besseren Zustand herbeizuführen. Nach der Schwüle des Streits mußte das Gewitter ausbrechen. Dann kann der Himmel um so reiner strahlen.“

Es hat jetzt keinen Zweck, über die Budgetfrage noch weitere Erörterungen anzustellen. Es wäre unseres Erachtens auch nicht empfehlenswert, wenn unsere Genossen jetzt in den einzelnen Parteiveranstaltungen nochmals übermäßig über das für und wider sowie über die einzelnen Vorkommnisse auf dem Parteitage sich auseinandersetzen wollten. Der Parteitag hat seine Aufstellungswort ausgesprochen. Er hat durchaus abgelehnt, den einzelnen Landesfraktionen und Landesorganisationen eine eigene Entscheidung in den einzelnen Fällen der Budgetabstimmung zu gewähren. Er fordert unbedingte Zuneigung des Beschlusses, Ablehnung des Budgets, abgesehen von dem in der Rürnberger Resolution vorgesehenen Ausnahmefall. Also ist die Angelegenheit als erledigt anzusehen. Der Minderheit bleibt natürlich das Recht gewahrt, falls neue Momente in dieser Frage hervortreten sollten, ihre Ansicht wieder geltend zu machen. Aber sie muß den Mehrheitsbeschlüssen respektieren, und wir sind überzeugt: sie wird ihn respektieren.“

„Braunschweiger Volksfreund“.

„Es wäre alles in der friedlichsten Weise ausgegangen, wenn Frank in seinem Schlusswort eine Erklärung abgegeben hätte, daß sich die Badener dem Parteitagsbeschlusse fügen. So gab er aber diese Erklärung nicht nur nicht ab, sondern ließ recht deutlich durchblicken, daß in der Budgetfrage die Badener auch künftig sich um Parteitagbeschlüsse nicht kümmern würden. Es wäre also nach dieser Erklärung alles beim alten geblieben. Um endlich klare Bahn zu schaffen, mußte der Parteitag die Erklärung abgeben, daß bei einer weiteren Nichtbeachtung des Parteitagsbeschlusses der Antrag zur Einleitung des Ausschließungsverfahrens vorliege, zum Parteitagsbeschlusse. Damit, daß die Budgetbewilliger den Saal verlassen, bewiesen sie, daß sie die Erklärung abgeben, die die Unterzeichner des Antrags Zubeil zur Bedingung der Zurückziehung ihres Antrags gemacht hatten, nur als weiße Salbe ansehen und unbrauchbar lassen wollten. Wäre die Erklärung abgeben nicht zum Parteitagsbeschlusse erhoben worden, so ständen wir nach Magdeburg noch auf demselben Fleck, wie vor Magdeburg...“

„Besiegelt wurde der Friede zwischen der rechten und der linken Richtung schon am Freitag, als die süddeutschen Gruppen einmütig den preussischen Wahlrechtskämpfern ihre Sympathie ausdrückten. Auch der Freitag brachte einen radikalen Erfolg mit der Annahme der Zuzugung der Massenfreierresolution. Das war noch ein viel schärferer Prüfung für die radikale Stimmung in der Partei, als die Budgetfrage. Also: die Sozialdemokratie ist aus den Verhandlungen des Magdeburger Parteitages einig und geschlossen hervorgegangen, ohne nur das geringste Zugeständnis nach rechts gemacht zu haben. Es geht jetzt wieder mit Vollkraft vorwärts gegen den gemeinsamen Feind.“

„Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“.

„Scharf plagten bei den Auseinandersetzungen die Meinungen aufeinander, aber trotz aller Schärfe, ja trotz mancher dramatischen Szene war die Debatte doch streng sachlich. Und wäre nicht die ungeschickte Erklärung Dr. Franks erfolgt, dann wäre sowohl die Sachsituation als auch der Ausmarsch der Revisionisten nicht möglich gewesen; diese Erklärung aber durfte die Mehrheit nicht ruhig hinnehmen. Sie war es der Partei schuldig, unabweisbar zum Ausdruck zu bringen, daß diese sich nicht verhalten läßt. Es war überhaupt ein erfreuliches Zeichen, daß die Mehrheit geschlossen und entschieden auftrat. Nur wegen der mangelnden Geschlossenheit der Mehrheit und der sentimentalen Rücksicht, die sie stets genommen hat, war die Rolle möglich, die der Revisionismus auf früheren Parteitagen gespielt hat. Nur geschlossen und entschieden brauchte die Mehrheit, die hinter sich die übergroße Mehrheit in der Partei hat, aufzutreten und der Revisionismus lag besiegt am Boden.“

„Dresdener Volkswacht“.

„Wenn auch die Verhandlungsgegenstände der letzten Tage, besonders die Beratung des Wahlrechtskampfes, ihren hohen Wert haben, so konzentriert sich doch das Hauptgewicht der Debatten und Beschlüsse auf die Verhandlung über die badische Budgetbewilligung, die nicht nur die Zeit des Parteitages am längsten in Anspruch nahm, sondern auch den heftigsten Zusammenprall der Meinungen, die geistvollsten Kontroversen und das Ringen der verschiedensten Argumente in einer Weise herbeiführte, die auf den Besten der zeitigen Kräfte in unserer Partei den heftigsten Lichtschein wirft. Im großen und ganzen hat sich der Kampf der Ansichten auch in streng sachlicher Manier abgehalten und es ist seiner aufgefunden, der von seinem Gegner behauptet hätte, daß er nicht nach seiner Anschauung das Beste für die Sache des deutschen Proletariats gewollt habe. Bis zum Nachmittag des zweiten Tages mußten sogar feindselige Mächte die Rührigkeit der kämpfenden Parteien hervorheben, und dies Bild ist nur etwas getrübt worden durch die forcierte Nachsicht, die, entstanden aus einer unglücklichen Erklärung des badischen Redners Frank, doch hätte vermieden werden sollen, nachdem derselbe Genosse hervorgehoben hatte, daß die zukünftige Haltung seiner Kollegen mit den Rürnberger Beschlüssen nicht in Widerspruch stehen wird. Und wenn es auch eine arge Übertreibung des württembergischen „Redar-Ges“ ist, so schreiben: „Die Mehrheit des Parteitages zeigte, daß sie aus Polizei-Beuten stammt“, so bleibt doch der Eindruck solcher hiesiger Debatten und überstürzter Beschlüsse immer ein unangenehmer und erleichtert die Propagierung unserer Ideen nicht. Was die

Mehrheit im Antrag Zubeil schließlich beschloß, mag man mit Weibel als überflüssig ansehen, eine Änderung in der Organisationslage erzielt es nicht, und deshalb lohnte es nicht der Aufregung auf beiden Seiten. Wir hoffen, daß nach den nun festgelegten Wünschen der Gesamtpartei die süddeutschen Genossen einen Weg finden werden, der ihre Haltung in Einklang mit diesen Beschlüssen bringt. Ihre abweichende Meinung in der Diskussion zu vertreten, ist ihnen nicht verwehrt, ebenso wenig der Versuch, die Mehrheit zu ihrer Anschauung zu belehren. Wenn wir es aber der politischen Entwicklung zunächst einmal überlassen, der Zukunft die Wege zu weisen, bleiben uns diese Debatten hoffentlich eine Zeitlang erspart.“

„Weimarerische Volkszeitung“.

„Was dem Magdeburger Parteitag aber seinen besonderen Stempel aufdrückt, sind die Verhandlungen über die Budgetfrage. Wochenlang hat die Empörung der Parteigenossen über den badischen Disziplinbruch helle Flammen geschlagen, man empfand den Vorstoß der badischen Landtagsfraktion als eine Provokation. Man war sich aber nicht minder auch der tiefere Ursache dieses Vorgehens der badischen Genossen bewußt. Der Verlauf des Budgetstreits zeigte deutlich, wozu die Fahrt gehen sollte und Genosse Kolb hat es dann ja auch auf dem Parteitag durchblicken lassen, daß der Revisionismus die Partei auf eine andere Taktik, die des Fortschritts hindrängen wollte. Und als dann im Schlusswort Genosse Frank gar noch erklärte, wenn auch unter Verdrängung, daß die Badener sich in bezug auf Parteitagbeschlüsse zur Budgetabstimmung nicht festlegen ließen, da wäre es eine erbärmliche Schwäche des Parteitags gewesen, wenn er der ewigen Quereiterei der revisionistischen Seite nicht ein Paroli geboten hätte durch Annahme der Resolution Haast-Zubeil. Gerade dieser Beschluß erfüllt uns mit besonderer Genugtuung. Künftliches Ausweichen um des lieben Friedens willen hätte erst recht geschadet. Gerade das energische Zugreifen der Parteitagsmehrheit hat in den weitesten Kreisen unserer Genossen ein Gefühl der Sicherheit ausgeübt, daß die große Masse der Genossen an der altbewährten Taktik festhält und den Klassenkampfcharakter nicht verwässert haben will. Es hat sich aber auch gezeigt, daß die revisionistische Richtung doch nicht entfernt so stark ist, als sie sich den Anschein geben konnte.“

„Halle'sches Volksblatt“.

„In Magdeburg ging es nicht nur gegen die Budgetbewilligung, gegen eine „Entgeißelung“ wäre in fünf Minuten Abhilfe geschaffen. Rein, es ging um die gesamte revisionistische Taktik, die unbedingt, wie wir wiederholt nachwies, zur Budgetbewilligung, Hofgänger, reinem Parlamentarismus, Autonomie der Landtagsfraktionen und schließlich der Wahlkreise und der einzelnen „Parlamentarier“ führen muß. Da aber die Rürnberger Resolution wenigstens eine der praktischen Bedingungen revisionistischer Taktik verbietet, konnte sie nur durch einen Disziplinbruch ausgeübt werden, der freilich am Karren zeigte, welche furchtbare Gefahr für die Partei der Revisionismus im Grunde bedeuten kann.“

Diese Gefahr wurde von der erdrückenden Mehrheit der Partei glänzend abgelehnt. Doch bei dem harten und zähen Ringen trat deutlich genug zutage, wie anmaßend und planlos der ganze Vorstoß unternommen war. Die angelegte Taktik spielte sich als Anklage auf! Sie hatte die Parteigelehrte bewußt gebrochen, hat nun aber nicht um Entschuldigung und eventuelle nachträgliche Genehmigung (Indemnität), sondern forderte barich die Aufhebung des gebrochenen Gesetzes und damit Anerkennung ihrer Taktik als der kommenden Taktik der Gesamtpartei. Als der Versuch ausfällt, sollte das bindende Gesetz für „strittig“ erklärt und sein erneutes „Studium“ durch eine „Studienkommission“ durchgeführt werden. Hätte der Parteitag im gegenwärtigen Moment auf diesen Vorschlag geblieben, so wäre der Disziplinbruch grundsätzlich für gerechtfertigt erklärt worden. Da war es in der Tat das mindeste, daß der Parteitag einen unerbittlichen Riegel vorsetzte und ausdrücklich festlegte, daß ein nochmaliger Disziplinbruch ein zwingender Grund sei, den Ausschließungsparagraphen in Funktion treten zu lassen. Um diesen selbstverständlichen Beschluß zu hinterziehen, versuchten sich die Anhänger der Revisionisten sogar bis zum terroristischen Mittel der Parteiostraktion. Da war es in der Tat höchste Zeit für den klaren Beschluß...“

„Noch einmal: der Parteitag war milde genug, nicht die Personen, sondern nur ihre Taktik ein für allemal auszuschließen. Das war eine Tat, die dem Magdeburger Parteitage wachsende Bedeutung sichert. Die Massen der Partei bekennen sich zur schärfsten Klassenkampftaktik und lassen an ihrer revolutionären Arbeit nicht rütteln. Das hat Freund und Feind zu beachten.“

Die Nachwahl im vierten Landtagswahlkreise und die politische Lage

beschäftigte eine öffentliche Wählerversammlung, die am Dienstag im großen Saal des Hofjäger-Palastes stattfand. Der sozialdemokratische Kandidat des vierten Landtagswahlkreises, Genosse Max Grunwald, referierte. Er bezeichnete es als ein freudiges Ereignis, trotz allem Elend des Wahlsystems, daß man bei dieser Nachwahl gehen könne, daß wir da seien und wie wir da seien. So wollten wir sie begrüßen und versprechen, daß jeder an seinem Platz seinen Mann stehen und seine volle Schuldigkeit tun werde. Jede Wahl der letzten Zeit habe freizügig gezeigt die nach Freiheit trachtende Gesinnung des deutschen Volks. Die Oppositionsrichtung der Bevölkerung, die sich auch darin zeigt, daß auch Nichtsozialdemokraten für die Sozialdemokratie stimmen, nähmen wir mit Dank an. Denn jene Wähler stimmten nicht zum mindesten deshalb für uns, weil wir die einzige Partei seien, auf die sie sich verlassen könnten. Jedes besondere politische Ereignis treibe die Bevölkerung geradezu mit Ruten in die Reihen der sozialdemokratischen Wähler. Wenn nun jene Steuererhebung, die so aufdrückend gewirkt habe, im wesentlichen vom blau-schwarzen Blod gemacht sei, so dürfe doch nicht vergesen werden, daß auch die Freisinnigen bereit gewesen seien, eine große Masse indirekter Steuern mit in Kauf zu nehmen, wenn ein bißchen Geschäftssteuer dazu gekommen wäre. — Bei Erfassung der politischen Situation brauche man sich auch hoch erinnern des Kontrasts der „Wahlreform“, das dann verscharrt wurde. Man brauche sich hoch erinnern, was jene Vorlage und die Kämpfe um sie uns an Mut und Gefährnis gekostet hätten. Auch das solle für uns wirken; es müsse uns jeden ernstlich freidenkenden Nichtsozialdemokraten zutreiben. Mit Stichworten nur brauche ferner erinnert werden an das, was in Königsberg und Marienburg gegen das Volk, gegen die Beschlüsse von Parlament und Volksversammlung getrieben worden sei. Die bevorstehende Wahl solle auch ein Protest sein gegen die Worte des Kaisers; sie werde eine Abstimmung über die Kaiserrede bedeuten. Man könne dann sagen: für die Kaiserreden hätten so und so viel Liberale, dagegen so und so viel Sozialdemokraten und andere wirkliche Demokraten gestimmt. — Das unehrliche Ausnutzen gewisser Vorgänge auf dem sozialdemokratischen Parteitage dürfte in dem Wahlkampf im vierten Landtagswahlkreise leicht eine Rolle spielen. Zunächst sollte aber jeder Gegner so ehrlich sein und sagen, die internen Angelegenheiten einer Partei gingen nur diese Partei etwas an. Wenn man die Ehrlichkeit bei den Freisinnigen nicht voraussetze, so wollten wir sie doch bei anderen voraussetzen. Jeder ehrliche Mensch müsse sich sagen: Bewiß, man habe sich nicht gerade mit Glacéhandschuhen angefaßt in Magdeburg, aber es seien ehrliche Brüder, die ihre Organisation, ihre Partei, ihre Sache über alles und über jede Person stellen. Nur ein böswilliger Gegner könne solche eheliche Meinungsäußerung und eine solche energische Verteidigung einer bestimmten Gesinnung einer Partei zum Vorwurf machen. — Im vierten Landtagswahlkreise habe man es nur mit dem Freisinn zu

tun. Wo ist ihr Kandidat? Sie haben noch keinen. Dem gewählten Wahlmännern überlassen die Bestimmenden es, ihn aufzustellen. Wenn die Freisinnigen einen Kandidaten demokratischen Gefühls hätten, dann würden sie die Aufstellung den freisinnigen Umwählern überlassen. Statt dessen machten sie es hierbei im Sinne von Junkern und Junkerzöglingen, im Sinne der Wäter des indirekten Wahlsystems. Wenn sie also den Kandidaten aus indirekter Wahl hervorgehen ließen, so sei dies äußerst charakteristisch bei den Freisinnigen, die sich manchmal als Anhänger eines direkten Wahlsystems ausgeben. — Die Unterlassungs- und Vorgehenssünden des Berliner Kommunalfreisinnigen gaben dem Redner noch reichlich Stoff zur Kennzeichnung der Liberalen. Er hob dabei auch hervor, daß man sich das Tempelhofer Feld, das nun wüster Terrainpekulation ausgeliefert sei, hat wegschnappen lassen, anstatt rechtzeitig nach seinem Besitz zu trachten und eine Lunge Berlin zu erhalten. In seiner ganzen volksfeindlichen Gesinnung zeige sich der Freisinn ferner bei der Beratung der famosen Luftfahrtssteuerentwürfe. — Wir Sozialdemokraten, aber auch alle anderen freisinnig gerichteten Männer, müßten jetzt in diesem Wahlkampf die günstige Situation auf dem allgemeinen politischen Gebiet und die Sünden der Freisinnigen in Berlin ausnutzen zugunsten einer wahrhaft volksfreundlichen Wahl. Es sei zu agitieren und aufzuklären, wo es geht. Die Umwähler seien auch dahin aufzuklären, daß, wenn sie durch die Abstimmung für und ihre Stellung verlieren würden, sie lieber zu Hause blieben, als einen anderen zu wählen. Und soweit der engere Kreis der Parteigenossen in Frage komme, sei es Ehrenpflicht der gesamten deutschen Partei gegenüber, zu zeigen, daß wir selbst in diesem Wahlkreise und selbst unter diesem elenden Wahlsystem unser Möglichstes getan hätten, den Kreis zu erobern. Daß am 8. November bei der Abgeordnetenwahl die rote Fahne auch über diesen Wahlkreis hinweg emporgesogen werden könne, das sei die Hoffnung und der Wunsch, womit wir in den Kampf gehen wollen. (Stürmischer Beifall.)

Genosse Schwemke ermunterte dann nochmals die Versammelten, am kommenden Montag in den Urwahlbezirken, wo Wahlmänner-Erfahrungswahlen stattfinden, ihre Schuldigkeit zu tun. (Beifällige Zustimmung.)

Soziale Zustände in Elsaß-Lothringen.

Der Jahresbericht der Gewerbeaufsichtsbeamten und Bergbehörden in Elsaß-Lothringen zeigt uns, in so trockener Amtssprache er auch verfaßt ist, wie es hinter den Kulissen der so patriotisch-erstickten Unternehmern aussieht. Es ist wirklich deutes Reichsland geworden, denn all die Mißstände, über die in anderen Bundesgeboten wird, finden sich in Elsaß-Lothringen auf einem Haufen. Nach dem Bericht für Unter-Elsaß, einem von der Milch frommzentralmischer Denungsort erfüllten Bezirk, werden in 64 Betrieben 263 Jugendliche über die gesetzlich zulässige Zeit hinaus beschäftigt. Es seien einige dieser Anstellungen spezialisiert. Es wurden beschäftigt: 15 Kinder 10 Stunden in einer Glaschleiferei und drei Zigarrenfabriken, 8 Kinder 11 Stunden in einem Sägewerk und einer Schaufelwerk, 4 Kinder 11 1/2 Stunden in einer Kunstlederfabrik, 11 1/2 Stunden 13 junge Leute in einem Sägewerk, 11 1/2 Stunden 13 junge Leute in einer Kunstlederfabrik, einem Sägewerk, einer Getreidemühle und einer Buchdruckerei. 18 Jugendlichen wurde keine Vormittagspause gewährt, 106 Jugendliche hatten teils keine Vormittags-, teils keine Nachmittagspause. Die Beschäftigung Jugendlichen an gefährlichen Holzbearbeitungsmaschinen mußte wieder öfter unterlag werden.

Recht idyllische Zustände. Der Kapitalismus halbiert dem Worte: Basse! die Kinder zu mir kommen und wecket ihnen nicht. Ein besonderes Kapitel könnte man der Hausarbeit — Haarneyfräseiden — widmen. Hier ist es wieder die Rot der mit Kindern reich gesegneten Arbeiterfamilien (Baldarbeiter usw.), welche von Handlern und Fabrikanten ausgebeutet wird. Die auf das Stricken verwendete Wolle und Zeit steht in keinem Verhältnis zu dem Erlös aus dieser Arbeit, so berichtet der Aufsichtsbeamte, nicht vielleicht ein unzufriedener, heftiger Sozialdemokrat. Es kommen z. B. ein elf-, ein zwölf- und vierzehnjähriges Mädchen bei der Aufzucht eines Dugend Haarney innerhalb zweier Tage, bei etwa 3/4 stündiger täglicher Arbeitsdauer, auf 52 Pf. Verdienen. Kleine Kinder von vier bis sechs Jahren machen die Vorkarbeiten, d. h. sie knüpfen die Haarenden zusammen. Eine Arbeit, welche sicher dem Augenlicht der Kinder „sehr zuträglich“ ist. Die gesetzlich festgesetzte Arbeitsdauer wird häufig überschritten, und zwar nicht nur von Kindern über 12 Jahre, sondern auch von den unter dem Schutze stehenden Kindern. Häufig wird in den zwischen den Unterrichtsstunden liegenden Mittagspausen und abends bis 9 Uhr, von älteren Kindern auch bis 10 Uhr gearbeitet, von 9 Uhr meist, nachdem sie von etwa 5 1/2 bis 7 1/2 Uhr, mit einer Unterbrechung für die Abendmahlzeit, für das Vieh Futter geschnitten und den Stall in Ordnung gebracht haben.

Von schwarzen Käsen bei den Ziegeleibehältern weiß der Brief folgendes zu erzählen: Bei den Ziegeleibehältern einer Gemeinde (den Namen nennt der Beamte nicht), kann nur der Arbeiter innerhalb 14 Tagen nach seinem anderweitigen Austritt Arbeit erhalten, wenn er einen Ablehrschein besitzt. Einigen Arbeitern, welche wegen Lohnunterschieden das Arbeitsverhältnis lösten, wurde der Ablehrschein vorenthalten. Der Gewerbebeamte schreibt dazu: Da dieser Ablehrschein, soweit ich ermitteln konnte, nach einem bestimmten Schema ausgestellt zu werden scheint, erreichte mein Hinweis des Ziegeleibehälters auf § 118 der Gewerbeordnung nur einen teilweisen Erfolg und wurde den bei mir vorkommenden Arbeitern der gerichtliche Weg anempfohlen. Wir möchten den Betroffenen außerdem dringen, anempfohlen, sich ihrer Berufsorganisation anzuschließen, um solchen Treiben ein Ende zu machen.

Aus Industrie und Handel.

Aufruf zur Anhörung des Volkes!
Die Krupellost, auf Erwerbung ungezügelter Jagd- und geräthete demagogische Agitation, die der Hund der Landwirte seit fast zwei Jahrzehnten betreibt, konnte naturgemäß nicht ohne böse Folgen bleiben. Und die Wirkungen sind erschreckender Art. Sie zeigen sich in einer kaum glaublichen intellektuellen und moralischen Verwildrung. Welche Verwüstungen die Predigten der Lebensmittelpolitik angerichtet haben, davon zeugt ein Aufruf, den ein landwirtschaftlicher Verein im Magdeburger „Generalanzeiger“ (Nr. 246) veröffentlicht. Er lautet:

Landwirtschaftliche Produktionskosten.
In diesem Jahre haben wir laut genossenschaftlichen Bericht 200 Millionen Tonnen Weizen mehr als im Vorjahre auf unseren Markt erhalten, wodurch die Preise aller Getreidearten gesunken sind, ca. 100 Mark pro Tonne unter den Produktionskosten. Wenn ein anderer Getreidebetreiber immer unter den Produktionskosten Ware verkaufte, so würde er in eine Irrenanstalt gebracht, während es beim Landwirt immer geschieht, und die Sorge wird beim Landwirt immer größer, da es scheint, als gäbe es hierzu keine Hilfe, und doch kann diesem Umstand entgegengehandelt werden dadurch, daß es heißt, es ist soliel Bestand von Lebensmitteln da, daß wir weniger Früchten bebauen müssen, ja, es ist nötig, hierin Wandel zu schaffen, daß wir nicht durch die Willkür der Landwirte in unserer Lage bedroht werden, denn hier und dort sind Hunderte von Morgen Wald urbar gemacht und es geschieht weiter und weiter. Außerdem gehe jemand durch die Dörfer und sehe, wieviel Morgen Braue heute bestellt sind. Während früher in jeder Dörfer 100 bis 200 Morgen Braue lag, wird heute alles bestellt, was Ueberproduktion zur Folge haben muß, denn Menschen sind in dem Maße nicht mehr geworden als Getreide, Fleisch und Kartoffeln mehr an den Markt gebracht wird. Die Folge muß ein Preisrückgang werden, da es nicht konsumiert werden kann. Es muß also die Regierung gebeten werden, der Ausfuhr entgegenzutreten sowie der Aberrückung

Biehkauf, und muß heißen: von 100 Stück sollen nur 90 jeder haben, also 10 Proz. weniger, und so fort. Hierdurch kommen andere Preise niedriger, und dem Landwirt ist geholfen, während sich der Landwirt plakt und hat nichts davon. Der Konsument aber lacht sich ins Häuschen und denkt: warum ist der Landwirt so dumme. Hat doch der Herr Justizminister Ellerbrod im landwirtschaftlichen Verein im Bortrag festgestellt, daß 1 Zentner Rindfleisch dem Landwirt 45 Mark zu produzieren kostet, also warum sollen wir zu 30 bis 38 Mark verkaufen? Der Milch-Kontrollverein zu Weimburg stellte aber fest, daß dem Landwirt 1 Pfund Butter circa 1,50 Mark kostet und 1 Liter Milch 15 Pf., also warum unter den Produktionskosten verkaufen? Wenn nur alle Landwirte nach diesen Vorschriften handeln wollten, so würde die Not bald ein Ende nehmen. Ferner ist durch Prof. Howard festgestellt, daß in circa 200 Wirtschaften 1 Zentner Kartoffeln dem Landwirt 2 Mark, ja bis 3,24 Mark kosten, und doch werden zu 1,50 M. und noch darunter Kartoffeln verkauft.

Landwirtschaftliche Vereinigung in Voitsche.

Das Blatt hat den Aushungerungsaufruf in den „Sprechsaal“ hervorgehoben; das ändert nichts an der menschenfreundlichen Absicht der Einsender. Die Auszeichnungen sind von und. — Man weiß nicht, soll man mehr staunen über die Unwissenheit, die der Aufsatz bekundet, oder über die Frechheit in dem Aussprechen handgreiflicher Unwahrheiten. Die Landwirte müssen ja ganz verteilte Kerle sein: sie legen dauernd Geld zu und erfreuen sich wachsenden Wohlstandes; sie können ihre Söhne studieren lassen und ihre Töchter sind begehrte Heiratsobjekte für höhere Beamten usw. geworden. Dabei zahlen manche von den ehrenwerten Landwirten keine Steuern, aber sie können Kapital in Hypotheken jinsitzend anlegen. Und dann fordert man obendrein noch auf, das Volk mehr noch als bisher anzupflandern. Dieser Wille in die agrarische Seele wird hoffentlich nicht verfehlen, die Protestbewegung gegen die Pländer-Wirtschaftspolitik mächtig zu fördern.

Große Lokomotivbestellungen. Das Igl. Eisenbahn-Zentralamt in Berlin ist beauftragt worden, wegen Übernahme der Herstellung von 510 Lokomotiven für die bestehenden Bahnen und für die im Rechnungsjahre 1911 zu eröffnenden Neubaulinien der preussischen Staatseisenbahnen sowie von 10 Lokomotiven für die Reichseisenbahnen in Elbst-Verträgen mit den beteiligten Lokomotivbauanstalten zu verhandeln. Die Lieferungen sollen am 30. September 1911 beendet sein.

Steigerung der Dividende. Der Aufsichtsrat der Maschinenfabrik Kappel schlägt für das Geschäftsjahr 1909/10 die Verteilung einer Dividende von 30 Prozent vor gegen 23 Prozent im Vorjahre.

Die Börsenspekulation und der Verkauf des Tempelhofer Feldes. Am Dienstag, als der Verkauf als perfekt angesehen werden konnte, wurden besonders die Aktien der Deutschen Bank mit der Begründung in die Höhe geholt, dieses Institut habe die Führung in dem Finanzkongress inne. Daneben sollen auch die in der Nähe gelegenen Brauereien Vorteile von der Bebauung haben wie die Berliner Brauerei, die Brauerei Königstadt und die Schultheis-Brauerei. So werden jetzt schon Gewinne gemacht in der Erwartung des fortgesetzten Bodenzwangs.

Niesengeschäfte der deutschen Lebensversicherung.

Die deutschen Lebensversicherungsgesellschaften repräsentieren heute eine gewaltige wirtschaftliche Macht. In der folgenden Tabelle stellen wir das Nominalkapital der Unternehmen dem wirklich eingezahlten Kapital gegenüber, setzen die jüngste Dividende daneben und fügen dazu dann noch die im Besitz der einzelnen Gesellschaften befindlichen Aktien an. Es ergibt sich dann das folgende Bild:

Lebensversicherungs-Gesellschaft	Nominalkapital in 1000 Mark	wirkl. ein-ges. Kap. in 1000 Mark	Dividende in %	Anteil in Mill. M.
Lübeck	1.550	153	62 1/2	88
Berlinische	8.000	600	32 1/10	105
Bayerische Versicherungsanstalt	10.000	2.500	30	111
Franfurter	5.100	514	23 1/2	47
Janus	8.000	525	46 1/2	67
Teutonia	1.800	450	16	106
Concordia	30.000	6.000	8 1/2	120
Magdeburger	6.000	1.200	14	101
Thuringia	9.000	1.800	60	71
Germania	9.000	1.800	30	395
Viktoria	6.000	1.200	60	748
Preussische	3.000	600	20	71
Friedrich Wilhelm	6.000	1.500	36	153
Rordstern	7.200	1.800	24	177
Bremer	3.000	750	8	40
Wilhelma	3.000	3.000	30	98
Hilfsverein	3.000	600	10	11
Deutschland	7.000	1.750	10	33
Arantia	3.000	754	10	6
Arantia	5.000	1.254	20	41
Atlas	10.000	2.500	6	16
Deutscher Anker	8.000	2.000	6 1/2	13
Vita	3.000	750	8	7
Prudentia	3.000	750	8	11
Deutsche Lebensversicherungs-Anstalt	3.000	750	15	36
Verbindungs-Versicherungsgesellschaft	3.000	3.000	1	8

Mit einer Ausnahme — Wilhelma — arbeiten die Gesellschaften nur mit einem Bruchteil des Nominalkapitals. Die Dividende wird natürlich auf das Nominalkapital berechnet! Sie beträgt also z. B. bei der Lübecker Lebensversicherungsgesellschaft für die wenigen Aktienhaber nicht nur 62 1/2 Proz., sondern, da auf das Nominalkapital nur der zehnte Teil eingezahlt ist, in Wirklichkeit 625 Prozent; bei der Berlinischen Lebensversicherungsgesellschaft nicht 32 1/10, sondern 187 1/2 Prozentum. Bei der Viktoria sind es 300 Proz. Mit einem Kapital von 1.200.000 M. beherrscht sie 748 Millionen Mark. Der Gesamtüberschuss der 43 deutschen Lebensversicherungsgesellschaften betrug für 1909 auf 129,32 Millionen Mark, gleich 23 Proz. der Prämienentnahme! Die sogenannte „keine“ Versicherung, die Volksversicherung wächst sich immer mehr zum stärksten Geschäft der Unternehmer aus. 1903 machte sie nur 8,6 Proz. aller Versicherungen aus, 1907 waren es schon 10,1 Proz. und 1909 sind es 11,14 Proz. geworden. Ende 1909 waren 7.767.070 Personen in der kleinen Lebensversicherung mit 1.408.873.244 M. versichert. Bei den beiden größten Gesellschaften dieser Art — Viktoria und Friedrich Wilhelm — sind es 3.888.320 und 2.513.118 Personen. Welche Geschäfte damit gemacht werden, ergibt sich schon allein daraus, daß aus der Aufgabe der Versicherung vor Ablauf desselben für das Jahr 1909 für alle Gesellschaften ein Abgang von 440.941 Policen mit einer Versicherungssumme von 105.272.426 M. erfolgt ist. Die Viktoria entsand zu einer Versicherung an Volksversicherung für 28,9 Millionen, die Friedrich Wilhelm einer solchen von 39,9 Mill. Mark. Die Lebensversicherung ist ein feines Geschäft!

Zur galizischen Petroleumkrise. Die österreichische Regierung, deren Verwaltungsmehrheit es nicht gelang, den amerikanischen Druck hinanzuziehen, beschließt nun, die gesamte österreichische Produktion zu kartellieren. Die Produzenten sind bereits im „Landesverband der galizischen Rohölproduzenten“ vereinigt; nun sollen auch die Raffinerien zusammengeschlossen werden. Die österreichischen Raffinerien bilden den „Klub“, dessen Verträge ein I. L. Sektionschef (etwa Vortragender Geheimrat) abschließt. Widerstand leistete die Vacuum Oil Company und die französische Raffinerie in Limanowa und gegen beide richteten sich die bekannten Zwangs- und Verordnungsmaßnahmen. Diese sollten

gleich aufhören, wenn man bereit sei, sich zur Verteilung im Inland zusammenzutun mit den I. L. Delpatrioten; im Ausland hätte man so billig wie man wollte verkaufen können. Nun hat aber die französische Regierung im Interesse des bedrohten Limanowaprofits gedroht, die österreichische Petroleumindustrie durch einen Zollzuschlag unmöglich zu machen. Dies dürfte die österreichische Regierung zum Einlenken zwingen. Und wenn es mit dem staatlichen Kartell nicht ist, dann wird man vielleicht doch auf die anderen Vorschläge zurückgreifen, die die Sozialdemokraten Diamant und Wihl im Volkswirtschaftlichen Ausschuss gemacht und die man natürlich abgelehnt hat. Nur in der Verteilung, in der Forderung des Kartells und in der Einschränkung der ausländischen Produktion durch Sozialreformen kann die Sanierung gefunden werden.

Aus der Frauenbewegung.

Die Frauorganisation in Deutsch-Böhmen.

Im Dezember 1908 wurde hier über eine Konferenz der Genossinnen Deutsch-Böhmens berichtet, die vom österreichischen Frauen-Reichs-Komitee einberufen worden war, um die politische Organisation der Arbeiterinnen Deutsch-Böhmens anzubahnen. Diese Konferenz konnte nur über ganz schwächere Versuche zur Organisation berichten. Die wichtigsten und größten Kreise hatten noch keine sozialdemokratisch organisierten Frauen. Man war sich noch nicht klar, wie man organisieren sollte. Die Beschlüsse, die aber gefaßt wurden, bewährten sich als so gut, daß sich zur zweiten Konferenz, die am Sonntag, den 18. September, in Aulitz tagte, schon Vertreterinnen von 58 Organisationen einfanden, die von 3670 politisch organisierten Frauen delegiert waren. Diese Zahlen sagen aber nicht nur, wie fleißig gearbeitet wurde, auf welchem guten Boden der Organisationsgedanke liegt, sie sagen auch, wieviel noch zu geschehen hat. Nord- und Westböhmen, mit der großen Textil-, Glas- und Porzellanindustrie, wo die weibliche Arbeiterkraft vorherrscht, muß die Sozialdemokratie weit mehr weibliche Mitglieder zuführen.

Die Genossinnen berichteten über ihre Tätigkeit, bei allen kam Hoffungsstimmung und Arbeitslust zum Ausdruck. Einzelne Gebietskreise erhoben die alte Klage, daß es zu wenig weibliche Agitationskräfte gebe. Wenn in einem größeren Kreis nicht wenigstens eine Genossin eine wirtschaftlich unabhängige Stellung besitzt, um ihre ganze Kraft der Agitation widmen zu können, geht es schlechter vorwärts. Und doch ist die Anstellung von weiblichen Agitationskräften nicht immer möglich, es scheitert nicht nur an den Mitteln, sondern sehr oft auch daran, daß geeignete Personen fehlen.

Wieviel Heroismus und wirkliche Begeisterung gehört dazu, wenn Frauen, die einen Haushalt leiten, Kinder zu erziehen haben und erwerbstätig sind, dennoch die Zeit gewinnen, in Versammlungen und Sitzungen zu erscheinen, Reden zu halten und Organisationen zu leiten. Solche Genossinnen gibt's aber allerorten, sie müssen nur „gesund“ und zum Bewußtsein ihres Könnens gebracht werden.

In Deutsch-Böhmen haben fast alle wichtigeren Orte politische Frauenorganisationen und selbst in den kleinsten Orten werden Gründungen vorgenommen. Eine schwere Frage ist immer die Festlegung der Beiträge. Die Beitragsfrage ist aber wichtig, weil davon die Leistungsfähigkeit der Organisation abhängt. Bei der ersten Konferenz in Deutsch-Böhmen wurde der monatliche Beitrag auf 30 Heller festgesetzt, womit zugleich ein Abonnement auf die „Arbeiterinnen-Zeitung“ bezahlt ist. Mitglieder, die noch einer Gewerkschaft angehören, sollten nur 10 Heller bezahlen. Trotz dieses Beschlusses der Konferenz haben viele Organisationen 40 und 50 Heller festgesetzt, da sie fürchteten, mit niedrigeren Beiträgen nicht aktionsfähig zu sein. Die zweite Konferenz in Aulitz hat nun beschlossen, daß der Beitrag für alle Mitglieder so hoch sein soll. Von den 73 anwesenden Genossinnen haben nur 5 gegen die Erhöhung gestimmt.

Über die nächsten Aufgaben der Frauenorganisationen erstattete Genossin Popp ein Referat, dem Zustimmung zu folgendem Antrag folgte:

Die Frauenorganisationen haben sofort eine Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder einzuleiten. Zu diesem Zweck sollen Versammlungen gegen die Feuerung und zur Propaganda für die politischen Rechte und für erhöhten Mutter- und Kinderzuschuß abgehalten werden. Der Beschluß der Internationalen Frauenkonferenz in Kopenhagen zur Abhaltung eines Frauentages in allen Ländern soll überall besprochen werden.

Lesen und Diskussionsabend sollen abgehalten werden, um die Genossinnen über das Wesen des Sozialismus aufzuklären.

Um den Genossinnen nicht nur Belehrung, sondern auch Gelegenheit zu bieten, sollen Frauenabende mit erstem und heilerem Programm veranstaltet werden. Als weitere Aufgabe der Frauenorganisationen erachtet es die Konferenz für notwendig, die erwerbstätigen Frauen und Mädchen den gewerkschaftlichen Organisationen zuzuführen. Den politisch organisierten Frauen wird es zur Pflicht gemacht, nicht nur an allen politischen und wirtschaftlichen Kämpfen teilzunehmen, sondern die Arbeiterinnen auch zur Teilnahme an den Wahlen zu Krankenkassen und Gewerbebezirken, den einzigen Institutionen, wo ihnen das Wahlrecht zusteht, heranzuziehen, und zum Besuch der von der Partei veranstalteten öffentlichen Versammlungen anzuhalten.

Auch die Bedeutung der Presse wurde gewürdigt und von Genossin Uta Koesche ein treffliches Referat erstattet. Das neugewählte Landeskomitee besteht aus trefflichen, agitatorisch tüchtigen Genossinnen, so daß von der Konferenz reiche Früchte erwartet werden dürfen.

Soziales.

Vertrauensarzt?

Der 67 Jahre alte Arbeiter Georg St. erlitt am 3. Oktober 1908 einen Betriebsunfall. Er fiel von einem Wirtelwagen herab und schlug mit der rechten Schulter und der rechten Brustseite auf eine danebenstehende Mauer. Wegen der Beschädigung der Schulter bezog er von der Nordböhmer Bauergewerkschaft eine Rente von 50 Proz.

Am 5. August 1907 verstarb St. Der behandelnde Arzt stellte die Diagnose: „Chronisches Lungeneiden“. Die Witwe stellte nunmehr bei der Nordböhmer Bauergewerkschaft den Antrag auf Gewährung der Hinterbliebenenrente, weil das Leiden auf den Unfall zurückzuführen sei. Die Berufsgenossenschaft lehnte aber den Antrag ab, weil nach Ansicht ihres Vertrauensarztes ein ursächlicher Zusammenhang zwischen dem am 3. Oktober 1906 erlittenen Unfall und dem am 5. August 1907 eingetretenen Tode des St. nicht bestehe.

Die Witwe legte gegen den Abweisungsbescheid beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung für den Regierungsbezirk Potsdam Berufung ein. Sie machte geltend, daß ihr Ehemann bei dem Unfall nicht nur eine Verletzung der rechten Schulter erlitten hätte, sondern daß auch der Brustkasten selbst getroffen worden sei. Bei dem Fall sei der Verstarbene mit der rechten Brustseite auf die Mauer ausgefallen und sei von einem anderen Arbeiter aus der Mauer bewußtlos herausgehoben worden. Er habe auch fortgesetzt über Brustschmerzen geklagt.

Das Schiedsgericht hörte den behandelnden Arzt Dr. S. Dieser erklärte nur, daß er den St. vom 3. April 1907 bis 5. August 1907 wegen chronischen Lungeneidens behandelt habe und St. an diesem Leiden auch verstorben ist. Das genügt indessen dem Schiedsgericht, um die Witwe mit ihrem Anspruch ebenfalls zurückzuweisen.

Die Witwe legte gegen das oberläsliche Urteil beim Reichsversicherungsamt Rekurs ein. Begründend wurde ausgeführt, der Verstarbene habe unmittelbar nach dem Unfall über Brustschmerzen geklagt, der Arzt indessen erklärt: die würden sich schon wieder legen. Die rechte Brustseite habe auch blau und grün gefärbte Stellen als Zeichen einer Quetschung aufgewiesen. Für ihre Angaben benannte die Witwe einige Zeugen. Das Reichsversicherungsamt

erhob weiteren umfangreichen Beweis. Die Beweisaufnahme ergab die Richtigkeit der von der Witwe gemachten Angaben. Besonders die Mitarbeiter des Verstarbenen bestätigten, daß der Verstarbene mit der Brust auf den Karrenrand aufgeschlagen sei. Darauf wurde noch ein ärztliches Obergutachten von dem Prof. Dr. St. vom Krankenhaus am Friedrichshain darüber eingeholt, ob der ursächliche Zusammenhang des Todes mit dem Unfall anzunehmen sei. Der Obergutachter kommt in seinem am 5. Februar 1910 erstatteten ärztlichen Gutachten zu dem Ergebnis: „daß mit ausreichender Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist, daß das Leiden, dem der Arbeiter St. am 5. August 1907 erlegen ist, ursächlich auf den Unfall vom 3. Oktober 1906 zurückzuführen oder durch denselben verschlimmert worden ist“.

Nunmehr ließ es die Nordböhmer Bauergewerkschaft-Verufsgenossenschaft nicht erst zur Verhandlung kommen, sondern erkannte den Tod als Unfallfolge an.

Die Witwe erhält jetzt ihre Rente. Sie hätte sie schon 3 1/2 Jahre früher erhalten, wenn der „Vertrauensarzt“ der Berufsgenossenschaft und das Schiedsgericht etwas größere Gründlichkeit bei ihren Untersuchungen hätte walten lassen.

Gerichts-Zeitung.

Als Leiter eines Demonstrationzuges

waren die Genossen Taubmann, Fuhrmann und Kohl aus Weihensee angeklagt, Fuhrmann außerdem wegen groben Unfugs, begangen durch ein Hoch auf das freie Wahlrecht. Das Schöffengericht Weihensee hat Taubmann und Fuhrmann als Leiter eines Zuges zu je 30 M. verurteilt. Kohl wurde freigesprochen. Auch hielt das Gericht in bezug auf Fuhrmann groben Unfug nicht als vorliegend. Wegen dies Urteil haben die beiden Angeklagten Berufung eingelegt und auch die Staatsanwaltschaft, welche Fuhrmann noch wegen groben Unfugs verurteilt wissen will.

Die Verhandlung, welche gestern vor dem Landgericht III stattfand, ergab folgenden Tatbestand. Am 13. Februar fand im „Schloß Weihensee“ eine Wahlrechtversammlung statt. Während der Versammlung fand die Polizei in telephonischer Verbindung mit der Geschäftsleitung des „Schloß Weihensee“. Der Buchhalter Dreßler teilte der Polizei mit, daß „etwas beschäftigt“ sei. Nach Schluß der Versammlung nahm eine Anzahl der Teilnehmer ihren Weg durch die Sedanstraße. In der vordersten Reihe der Heimkehrenden schritten die Genossen Taubmann, Fuhrmann und Kohl. Gendarmen mit gefülltem Gewehr traten ihnen entgegen. Jemand, der ein Hoch auf das freie Wahlrecht ausgebracht hatte, wurde festgenommen. Die Gendarmen forderten die aus etwa 300 Personen bestehende Menge auf, auseinanderzugehen. Die Teilnehmer haben sich dann auch langsam zerstreut. Schließlich haben Taubmann und Fuhrmann mit ausdrücklicher Einwilligung eines Gendarmen die Genossen aufgefordert, ruhig nach Hause zu gehen.

Sechs Gendarmen wurden in der Berufungssitzung als Belastungszeugen vernommen. In der Hauptsache handelte es sich darum, ob die heimkehrenden Versammlungsteilnehmer einen von den Angeklagten geführten Zug bildeten. Die Gendarmen meinten, es sei so gewesen. Tatsachen, welche diese Meinung zu stützen geeignet sind, konnte jedoch keiner der Zeugen anführen. Lediglich der Umstand, daß die Angeklagten vorn gingen, kennzeichnete sie nach Ansicht der Gendarmen als Leiter eines Zuges. Eine Ansicht, welcher der Vorsitzende mit der Bemerkung begegnete: „Ja, irgendeiner muß doch der erste sein, wenn Leute aus einer Versammlung heimgehen“. Auch die Tatsache, daß die Angeklagten, um Zusammenstöße mit den Gendarmen zu vermeiden, die Menge zum Nachhausegehen aufforderten, sollte sie als Leiter charakterisieren. Ja selbst der staltliche Abpernungsbefehl des Genossen Taubmann erschlief dem Staatsanwalt als belastendes Moment. Taubmann ist sehr dick, er kann deshalb nur langsam gehen. Wenn nun die hinter ihm Gehenden sich dem langsamen Tempo der Fortbewegung Taubmanns anpaßten, so geht daraus hervor, daß sie sich seiner Führung unterordneten. So folgerte der Staatsanwalt. Doch er hatte mit dieser erhellenden Logik ebensowenig Erfolg wie mit den Angaben der Belastungszeugen. Dessen Aussagen zeigten die Unhaltbarkeit der Anklage schon so deutlich, daß das Gericht auf die Vernehmung der Entlastungszeugen verzichtete.

Nachdem der Staatsanwalt die Aufrechterhaltung des ersten Urteils und Bestrafung Fuhrmanns wegen groben Unfugs beantragt hatte, plädierte der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Heinemann, auf völlige Freisprechung. Er legte dar, daß nicht bewiesen sei, daß im Zug stattgefunden habe, daß es hierauf aber gar nicht ankomme, da nicht der geringste Beweis dafür vorläge, daß die Angeklagten Leiter eines Zuges gewesen seien. Auch daß Fuhrmann durch Ausbringung eines Hochs groben Unfug begangen habe, sei nicht erwiesen.

Das Gericht folgte den vom Verteidiger vorgetragenen Gründen und sprach die Angeklagten völlig frei.

Streifprozesse

wurden auch gestern wieder vor mehreren Abteilungen des Schöffengerichts Berlin-Mitte verhandelt. Sie zeigten ebenso wie die früher verhandelten Fälle, daß die Polizei Streifende mit anderem Raub nicht als sonstige Leute, die Übertretungen begangen.

Wenn jemand auf der Straße angerepelt wird, so kann er den, der ihn angerepelt hat, wegen Verleumdung verklagen. So ist es unter gewöhnlichen Umständen. Der streifende Schmielb Markgraf aber, der den Sohn eines Schmiedemeisters Max leicht anrepelte, erhielt eine polizeiliche Strafverfügung, die ihm wegen groben Unfugs eine Strafe von 30 M. auferlegt. Vor Gericht zeigte sich, daß keines der Tatbestandsmerkmale des groben Unfugs vorliegt. Selbst der Staatsanwalt erkannte das an und ließ die Anklage fallen. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Oskar Cohn, beantragte außer der Freisprechung auch die Erstattung der notwendigen Auslagen, die dem Angeklagten durch das Vorgehen der Polizei erwachsen sind. Der Verteidiger bezog sich auf das Vorgehen als eine leichtfertige gegen Gesetz und Recht veranlaßte Anklage. Diesen Antrag lehnte das Gericht ab, in der Sache selbst erkannte es auf Freisprechung, weil grober Unfug nicht vorliegt, denn es ist nicht das Publikum durch den Angeklagten belästigt worden. Der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Wagner, fühlte sich veranlaßt, die Polizei gegenüber der Kritik des Verteidigers in Schutz zu nehmen, die Handlung des Angeklagten aber als pöbelhaft und rüpelhaft zu bezeichnen. Eine Ansicht, für welche die Beweisaufnahme nicht den geringsten Anhalt geboten hatte. Auch das tat der Richter in der Urteilsbegründung, so daß sich der Angeklagte gegen diesen ganz unberechtigten Vorwurf nicht mehr verwahren konnte. — Rechtsanwalt Cohn versuchte zwar, den Angeklagten gegen den Ausfall des Vorsitzenden zu verwahren, dieser schritt dem Verteidiger aber das Wort ab mit der scharfen Bemerkung: Die Sache ist zu Ende! Hoffentlich legt der Freigesprochene Verurteilung ein.

Vor einer anderen Abteilung war der Buchdrucker Warbahl des Bergens gegen § 153 der Gewerbeordnung und der Verleumdung angeklagt. Er ist in einer Druckerei beschäftigt, deren Fenster nach dem Hofe des Schmiedemeisters Langer in der Wusterhausener Straße gehen. Aus dem Fenster heraus soll er dem bei Langer beschäftigten Arbeitswilligen Bilinski zugerufen haben: „Was machst Du da, Du Streifkrieger, Du Lump!“ Der Angeklagte, den

Rechtsanwalt Dr. Oskar Cohn verteidigte, bestreitet, diesen Ausdruck gebraucht zu haben. Der Schmeichelemeister und sein Arbeitswilliger wollen die Worte aus dem Munde des Angeklagten gehört haben. — Der Vorsitzende des Gerichts gab schon während der Verhandlung seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß in diesem Falle überhaupt eine Anklage aus § 153 erhoben worden ist. — Der Rechtsanwalt aber erhielt die haltlose Anklage aufrecht und beantragte 3 Wochen Gefängnis. — Der Verteidiger beantragte Freisprechung. — Das Gericht hielt die dem Angeklagten zur Last gelegte Äußerung für erwiesen und verurteilte ihn wegen öffentlicher Beleidigung zu 20 M. — Ein Vergehen gegen § 153 hielt das Gericht nicht für vorliegend.

Eine dritte Anklage ist auf einen Streik der Mühlenarbeiter eines Betriebes zurückzuführen. — Die Arbeiter Preuß und Teichmann, welche Streikposten standen und sich auf Aufforderung eines Schutzmanns nicht mit der von der Polizei verlangten Schleunigkeit entfernten hatten, erhielten Strafverfügungen über je 30 M. Vor Gericht bekundete der betreffende Schutzmann, daß die Angeklagten niemand belästigt, sich auch sonst nicht ungebührlich benommen haben, aber andere hätten bei jenem Streik Ausschreitungen begangen, deshalb habe er die Streikposten fortgewiesen. Somit war also ein Fall gegeben, wo nach der Rechtsprechung des Kammergerichts der Schutzmann gegenüber einem Streikposten über Recht und Gesetz gestellt wird. — Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Heinemann, wendete sich hauptsächlich gegen die ganz unbegründete Höhe des Strafmaßes. — Das Gericht setzte die Strafe auf 10 M. herab.

Prozess Bruhn.

Zur Verhandlung des bekannten Strafprozesses gegen den Herausgeber der „Wahrheit“, Reichstagsabgeordneten Wilhelm Bruhn, dessen Bruder Paul Bruhn und die für die Redaktion verantwortlichen Redakteure Weber und Sommer ist nunmehr vor dem ersten Straßengericht I Termin auf den 24. Oktober und folgende Tage angesetzt worden. Die Anklage ist aus dem Presseprozess entstanden, der im Oktober v. J. gegen den inzwischen verstorbenen Redakteur Dohls verhandelt wurde und mit dessen Verurteilung zu 1½ Jahren Gefängnis endete. Die Beweisaufnahme soll eine sehr umfangreiche werden. Man rechnet damit, daß die Verhandlung etwa drei Wochen dauern wird.

Die Affäre des praktischen Arztes Dr. Egon Hartung

in Rixdorf, dessen Verhaftung wegen des Verdachts des Verbrechen der Rotzucht seinerzeit großes Aufsehen erregt hatte, sollte gestern vor der 2. Strafkammer des Landgerichts II unter Vorsitz des Landgerichtspräsidenten von dem Hagen ein gerichtliches Nachspiel haben. Gegen Dr. H. war bekanntlich ein Ermittlungsverfahren wegen Rotzucht eingeleitet worden, da er von zwei Mädchen beschuldigt wurde, sich an ihnen unter Anwendung von Gewalt vergangen zu haben. Das eingeleitete Strafverfahren wegen Rotzucht wurde wieder eingestellt und der Angeklagte aus der Haft entlassen. — Gegenstand der jetzigen Anklage gegen Dr. H. wegen Freiheitsberaubung und Verführung einer Minderjährigen bildet folgender Vorkfall. Eines Tages im Juli oder August soll die Jungfrau Westphal ihre Freundin, die Empfangsdame des Arztes, besucht haben und von Dr. H. in Empfang genommen worden sein. Dr. Hartung soll sofort die Türen abgeschlossen und die W. mit unsittlichen Anträgen belästigt haben. Ferner wird Dr. H. beschuldigt, die fünfzehnjährige Gertrud Konrad verführt zu haben. — Bei Beginn der Verhandlung machte Rechtsanwalt Bahn als Verteidiger des Dr. H. die Mitteilung, daß dieser sich in einem Sanatorium in Ensheim in der Pfalz aufgehalte und nicht in der Lage sei, zum Termin zu erscheinen. Staatsanwaltschaft Dr. Bahst beantragte gegen den Angeklagten Haftbefehl zu erlassen, da er fluchtverdächtig erscheine. Rechtsanwalt Bahn beantragte, die Verhaftung von der Stellung einer Kaution abhängig zu machen. Das Gericht beschloß die Verhaftung des Dr. H., falls dieser nicht binnen 5 Tagen eine Kaution von 10 000 Mark stellt.

Aus aller Welt. Fleisch für das Volk.

Ein gemeingefährliches Subjekt hatte sich vor der Strafkammer in Duisburg in der Person des schon mit Justizhaus verurteilten Metzgermeisters Josef Littel aus Mülheim (Ruhr) - Sthrum zu verantworten. Ihm wurde zur Last gelegt, fortgesetzt ein Tierarzneimittel an Fleisch fälschlich angebracht und krankes Fleisch verkauft und verworfen zu haben. Ein früherer Gefelle des Angeklagten bekundete als Zeuge unter 25 anderen Zeugen, daß einmal eine halbe Kuh in das Schlachthaus des Angeklagten gebracht wurde, die inwendig völlig verdorben und ganz grün war. Von eingebrachten und von dem Angeklagten verarbeiteten Schweinefleisch sagte der Zeuge dasselbe aus. Auch Pferdefleisch wurde verarbeitet. Des weiteren wurde festgestellt, daß der Mensch sich von einer

Abzuckerer Kababer beschaffe und in die Wurst bearbeitete. Weiter hat er nachgewiesenermaßen fortgesetzt Fleisch, das verworfen und im höchsten Grade als gesundheitschädlich bezeichnet war, mit einem gefälschten Stempel versehen. Nach den Aussagen eines Gendarmen Höhner muß Littel diese Schweineereien schon seit langen Jahren betreiben. Höhner bekundete u. a. folgendes: Im Jahre 1897 wurde mit von einem Landwirt mitgeteilt, daß zwei Metzger, der Angeklagte und ein Gefelle, eine kreierte Kuh frühmorgens abgeholt hätten. Ich habe Anzeige erstattet, es ist aber nichts daraus geworden. Ich habe gegen Littel wiederholt Anzeige erstattet und Fleisch beschlagnahmt; es ist aber nie etwas daraus geworden. Der Bürgermeister wollte mit der Sache nichts zutun haben. Vom Louisenhof in Broich bei Mülheim, wo zur Zeit die Maul- und Klauenseuche war, wurden einmal 13 kranke Kühe von dem Angeklagten aufgeladen. Als er diesem nachgeritten, sei er mit dem Schlachtmesser auf ihn eingedrungen. Zeuge Gendarm Höhner behauptete dann noch, daß er nur dieser Sache wegen seinerzeit nach Walsum veretzt worden sei. Das Urteil lautete auf 9 Monate Gefängnis und 1500 M. Geldstrafe.

Der Angeklagte setzte seine gemeingefährliche Ware fortwiegend an Arbeiterfamilien ab. — Wie stellen sich denn die vorgehenden Behörden zu dem eiblichen Aussage des Gendarmen? Es ist dringend zu erwarten, daß gegen diejenigen, die eventuell Interesse an der Vertuschung der Schweineereien hatten, strafrechtlich vorgegangen wird.

Abstürze mit dem Aeroplan.

Bei einem Flugversuch in der Nähe von Mülhausen im Elsaß stürzte der Ingenieur Bloche mit seinem Apparat ab. Er erlitt außer einem doppelten Beinbruch noch schwere innere Verletzungen, daß wenig Hoffnung besteht, ihn am Leben zu erhalten. — Auf dem Griesheimer Griezlerplatz bei Frankfurt a. M. erlitt der Aviatiker Haller bei Flugübungen einen schweren Unfall. Wie die ärztliche Untersuchung ergeben hat, trug Haller bei seinem Sturze eine schwere Gehirnerschütterung davon.

Eine Schreckensfahrt im Automobil.

Ein schweres Automobilunglück ereignete sich Dienstagabend in der Nähe der Arbeiterkolonie der süddeutschen Juteindustrie in Sandhofen bei Mannheim. Ein Automobil der Firma Benz, das mit mehreren Insassen besetzt war und sich auf einer Probefahrt befand, kam in sehr raschem Tempo die Kaiserthaler Straße entlang gefahren und fuhr in eine Gruppe von Arbeitern. Das 4½ Jahre alte Kind der Arbeiterin Heinz wurde getötet; die Mutter, die dem Kinde zu Hilfe eilen wollte, wurde von dem Auto ebenfalls erfasst, zu Boden geschleudert und lebensgefährlich verletzt. Einem fünfjährigen Mädchen wurden beide Beine abgefahren. Ein Insasse des Automobils erlitt, als das Automobil gegen eine Telegraphenstange rannte, ebenfalls schwere Verletzungen. Die übrigen Insassen kamen mit Hautabschürfungen davon. Das Automobil ist teilweise zertrümmert.

Eisenbahnunfälle in Spanien.

Auf dem Bahnhof, der in der Nähe von Madrid gelegenen Ortschaft Cercadilla stehen gestern zwei Güterzüge zusammen. Die Gleise wurden vollständig aufgerissen. Ein Bahnangestellter wurde getötet, zwei andere verletzt. Der Schaden ist sehr bedeutend. Zu gleicher Zeit entgleiste zwischen den Stationen Casas und Alena auf der Bahnlinie von Sevilla nach Cordoba ein gemischter Zug. Fünf Güterwagen stürzten einen Abhang hinunter und wurden vollständig zertrümmert. Von den im Zuge befindlichen Personenzügen stürzten zwei den Abhang hinunter, während sieben auf dem Gleise stehen blieben. Von den Reisenden sind nur einige leicht verletzt worden. Ein Bahnangestellter wurde getötet.

Kleine Notizen.

Vom Posten erschossen. Bei einem zur Festung Meh gehörigen Post Kletterer ein Koller auf das Festungsgelände und wurde vom Posten verhaftet. Bei einem Fluchtversuch wurde er dann, als er auf die Galtrufe des Postens nicht stand, von diesem erschossen.

Eine bewaffnete Zigeunerbande überfiel in dem galizischen Dorfe Mas das einsam gelegene Gehöft eines Landwirts. Die Zigeuner ermordeten den Besitzer, dessen Frau, die Schwiegertochter und ein neun Monate altes Kind. Einem größeren Gendarmereiaufgebot gelang es, die Räuberbande zu verhaften.

Durch eine schwere Explosion wurden im Alexanderbergwerk in Jekaterinoslaw sechs Bergleute getötet und vier schwer verletzt.

Auf entsetzliche Weise nahm sich ein 23jähriger Fischer in dem italienischen Orte Ventimiglia das Leben. Er legte sich eine Dynamitpatrone auf den Unterleib und brachte das Geschloß zur Explosion. Die Wirkung war eine furchtbare. Einzelne Fleischstücke klebten an den Wänden seines Zimmers; seine Wohnung wurde zum großen Teil durch die Explosion zerstört.

Die älteste Frau Wiens gestorben. Gestern ist im israelitischen Versorgungshause in Wien im 112. Lebensjahre eine Frau Karoline Lustig gestorben, welche die älteste Bewohnerin Wiens war. Sie war am 2. Dezember 1798 zu Szerdahelyi in Ungarn als Tochter eines armen Handelsmannes und als das achte von zehn Geschwistern geboren.

Inserem Genossen Hermann Salomon u. Frau, Kottbuser Straße 40, die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit! Die Genossen des 655. Bezirks.

Sozialdemokratischer Wahlverein Nieder-Barnim.
Bezirk Ober-Zandowwe.
Nachruf.
Am Sonntag, den 25. September verstarb nach schwerem Leiden unser Mitglied, der Wehrgewer **Max Buhl.**
Ehre seinem Andenken!
238/19 Die Bezirksleitung.

Zentral-Verband der Lederarbeiter.
Zentrale Berlin I.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Wehrgewer **Leonhard Maiß** im Alter von 49 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 20. September, nachmittags 8 Uhr, vom Trauerhause, Frontheimer Straße 12, aus nach dem Scharlaken-Richhof, Reinickendorf, Humboldtstraße statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Zentral-Verband der Steinarbeiter.
Zentrale Berlin.
Nachruf.
Am 21. September starb unser Kollege **Hugo Hiepe** an den Folgen eines Verkehrsunfalles.
Ehre seinem Andenken!
N.B. Die Zeit der Beerdigung konnte nicht rechtzeitig angegeben werden.
Die Erdbewahrung.

Dankfagung.
Sage hiermit allen Teilnehmern bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter, insbesondere den Mitgliedern des Sparvereins „Fortschritt“ und „Konfordia“ unseren herzlichsten Dank.
Paul Brozeit nebst Kindern.
CHARLOTTENBURG
Uhren und Goldwaren
F. Stabenow, Berlinerstr. 146

Todes-Anzeige.
Am 26. September verstarb nach 12jährigen schweren Leiden meine innigstgeliebte Frau, unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter **Luise Mertens** geb. Wunder.
Die Beerdigung findet am 30. September, nachm. 3½ Uhr, auf dem Zentral-Friedhof in Friedrichsfelde statt. 11202
Im Auftrage der Familie:
Wilhelm Mertens.

Dankfagung.
Für die so rege Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Mannes **Hermann Dömling** spreche ich allen Kollegen, Genossen, Freunden und Bekannten meinen aufrichtigen Dank aus. 11428
Die trauernde Witwe
Anna Dömling.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise und die liebevolle Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter, sagen wir allen, insbesondere dem Gesangsverein der Garbierherren „Freie Vereinigung“ unseren besten Dank. 11182
Emil Majewski nebst Kindern.

Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“.
Wanderfahrten
am Sonntag, den 2. Oktober:
I. Jänkling-Birkenwerder. Abf. 10 Uhr. Treffpunkt 6 Uhr vorm.
II. Kaulsdorf-Birchparken. Treffp. 10 Uhr. Treffpunkt 1 Uhr nachm.
Gäste willkommen. 2/15
Ausführliche Programme bei Besuche, Sonntag, 19. zu haben.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4
Große Firma vergibt
Teppiche, Gardinen, Stores, Steppdecken, Portieren
auf Teilzahlung ohne Anzahlung.
Steine Kalkbrenn. Chiffre S. 100. Vorkaufs-Epedition, Kugelsitz, 60.

Nibles Fest-Säle
Dennewitzstraße 13.
Jeden Donnerstag, Sonnabend und Sonntag:
Großer Ball.
10558
C. Nible.

Kaufhaus Gebr. Preuß

Beussel-Straße, Ecke Hutten-Straße. **MOABIT** Beussel-Straße, Ecke Hutten-Straße.

Zur gefälligen Kenntnissnahme, daß wir mit

Streikbrechern

in keinerlei Geschäftsverbindung stehen.
Hohe Belohnung demjenigen, der uns das Gegenteil nachweist.

1121L

Verantwortlicher Redakteur Richard Barty, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Bloße, Berlin. Druck u. Verlag: Compagnie-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Danaergehenke.

London, 25. September. (Fig. Ver.)

Man wird sich erinnern, mit welchen schwingvollen Phrasen die englischen Liberalen im vorigen Jahre die staatlichen Arbeitsnachweise einfuhrten, wie sie dem Volke versicherten, das diese Arbeitsnachweise die Keime groBer künftiger Entwicklungen in sich trugen, das sie das Grundwerk einer kommenden groBartigen liberalen Sozialreform bildeten. Zwar beschränkten sich die Minister, die doch im Unterhaus Rede und Antwort stehen müssen, nur darauf, den eminenten organisatorischen Wert der Arbeitsnachweise zu betonen, aber die liberale Presse, die bei ihrem groBen Einfluß auf die Arbeiterschaft dieser die liberale Politik zurechtlegt, behauptete schlanke, das die staatlichen Arbeitsnachweise selbst schon eine groBartige Reform bedeuteten und nicht versehen würden, die Arbeitslosigkeit, wenn auch nicht ganz aus der Welt zu schaffen, so doch beträchtlich zu mildern, eine Behauptung, die sie in der letzten Zeit durch eine Manipulation der Arbeitslosenstatistik zu beweisen suchten.

Schon gleich bei dem Inkrafttreten dieser liberalen Reform wurde an dieser Stelle darauf hingewiesen, in welcher Weise die Einführung der staatlichen Arbeitsnachweise der Arbeitslosigkeit in Großbritannien abgeholfen hat. Die Liberalen benötigten die neue Einrichtung, wie sie die Aufstellung des Grundkatasters benötigt haben, nämlich um ihre Macht zu befestigen. Verdienstvolle liberale Parteigänger und Arbeitersekretäre, die Gefahr liefen, von den Mitgliedern ihrer Gewerkschaften bald an die Luft gefeht zu werden, bekamen lukrative Posten, wodurch ohne Zweifel der allgemeinen Arbeitslosigkeit etwas abgeholfen wurde.

Die Arbeiter, die von den Arbeitsnachweisen eine Wendung zu besseren Verhältnissen gehofft hatten, waren recht bald enttäuscht. Die Kritiker hatten recht behalten. Ja, die Tatsachen haben bewiesen, das die Kritik der liberalen Arbeitsnachweise noch viel zu milde beurteilt hat. Denn wenn dem Dokument, das vor einigen Tagen unserem Londoner Bruderblatt „Justice“ auf den Tisch geschoben ist, eine allgemeine Bedeutung zukommt, was mehr als wahrscheinlich ist, so haben sich die gepriesenen staatlichen Arbeitsnachweise zu einer Art Streikbrecherdepot entwickelt. Das Dokument, das von dem Arbeitsnachweis in Bradford an die Unternehmer der Wollindustrie geschickt worden ist, ist für die liberale „Sozialpolitik“ sehr charakteristisch, weshalb hier einige der Sätze wiedergegeben werden mögen. Es fängt an: „Seitdem der Arbeitsnachweis am 1. Februar 1910 eröffnet wurde, haben zwei Streitigkeiten in der Wollkammerindustrie stattgefunden; im Verlaufe dieser beiden unglückseligen Vorkommnisse haben einige Arbeitgeber den Arbeitsnachweis um Arbeiter ersucht und in beiden Fällen waren wir bereit, ihnen in jeder Weise gemäß den Bestimmungen des Arbeitsnachweisgesetzes beizustehen.“ Es folgt dann ein Appell an die Arbeitgeber, nun, da die Streitigkeiten beigelegt worden seien, den Arbeitsnachweis nicht im Stich zu lassen und ihm ihre Aufträge für die menschliche Ware zukommen zu lassen, die in einer Liste aufgeführt wird.

Unterzeichnet ist der Brief von dem Geschäftsführer des Arbeitsnachweises, einem gewissen Alfred Seaton, dessen Name am Ende dieses köstlichen Dokuments erscheint, bis letzten November der Vertreter des „Arbeiter-Munizipalverbandes“ im Stadtrat zu Bradford für den Bezirk Allerton war. Bis zu der Zeit als er seinen jetzigen Posten erhielt, war er Distriktssekretär der Nationalen Gewerkschaft der Färber und Zurechter und er ist auch Mitglied der T. S. P. Wir zweifeln nicht, das ihn diese Körperschaft von der Mitgliederliste streichen wird. Was sie anlangt, so ist sie in keiner Weise verantwortlich für diesen schändlichen Verrat, der an der Arbeiterklasse für die liberale Bestechung von 300 Pfund Sterling“ begangen worden ist.“

Die von den neoliberalen Sozialpolitikern geschaffenen Arbeitsnachweise, einem gewissen Alfred Seaton. Die „Justice“ schreibt hierzu: „Es erübrigt sich nur noch, hinzuzufügen, das der Geschäftsführer Alfred Seaton, dessen Name wir oben schon genannt haben, ein Mann von dem grünen Holze des englischen Liberalismus geistert, was wirds am dünnen Holze des deutschen Liberalismus erst werden?“

Aus der Partei.

Die Rainzer Genossen zum Parteitag.

Rainz, 28. September.

(Privattelegramm des „Vorwärts“.)

Die Parteiversammlung, die Stellung zum Parteitag nahm, hat eine Resolution angenommen, worin sie sich in Anbetracht der bevorstehenden schweren Kämpfe und im Interesse der Einheit der Partei mit den Magdeburger Beschlüssen einverstanden erklärt und ihre strikte Befolgung fordert!

Der Gauvorstand von Nordbayern gegen die „Münchener Post“.

In der „fränkischen Tagespost“ erscheint folgende Protest-erklärung:

Die „Münchener Post“ hat in der Streitfrage der Genossen Walther und Auer in ihrer Nr. 219 der Zuschrift eines Anonymus Aufnahme gewährt, der, ohne das es ihm oder der „Münchener Post“ eingefallen wäre, auch nur den Schalten eines Beweises anzuführen, unserem Sekretär, dem Genossen Walther, Eigenschaften nachsagt, die ihn ungeeignet machen, nicht nur fernerhin einen Vertrauensposten in der Partei zu bekleiden, sondern überhaupt der Partei anzugehören. Diesem unerhörten Verfahren gegenüber haben wir folgendes zu erklären:

Der Gauvorstand der Sozialdemokratischen Partei Nordbayerns nimmt mit Entrüstung von den persönlichen Ausfällen der „Münchener Post“ gegen den Gausekretär Genossen Walther Kenntnis, weist mit Entschiedenheit die beleidigenden und unmotivierten Angriffe gegen ihn zurück und spricht dem Genossen Walther, den er einstimmig wiederum in den Landesvorstand delegiert hat, sein rückhaltloses Vertrauen aus.

Der Gauvorstand des Gaues Nordbayern.

Fortschrittler wandte sich ein Redner gegen den Antrag, man solle dafür die Subvention für den „neutralen“ bürgerlichen Ausschuss für Volksvorlesungen — die 13 800 M. beträgt — erhöhen. Bei der Abstimmung spalteten sich die Fortschrittler, und so fand der Antrag Annahme.

Die dänische Arbeiterhochschule.

Der von der sozialdemokratischen Partei und dem Verband der Gewerkschaften Dänemarks eingesehene Ausschuss zur Förderung der Aufklärungsarbeiten und zur Errichtung einer Arbeiterhochschule hat jetzt, soweit dieser Punkt in Frage kommt, seine Tätigkeit vorläufig beendet. Die Arbeiterhochschule wird am 28. September in Kopenhagen eröffnet. Die Kurse dauern drei Monate mit wöchentlich dreimal zwei Unterrichtsstunden. Die Lehrgegenstände sind: Rationalökonomie, materialistische Geschichtsauffassung und Geschichte des Sozialismus, Statistik, die Gewerkschaftsorganisation, Arbeiterbewegung, Verwaltung in Staat und Gemeinden und Dänisch. Als Lehrer werden folgende Genossen tätig sein: Gustav Bang, Gerson Trier, Sven Trier, Martin Olsen, Jakob Lindberg, A. M. Klausen und Carl Bramsnäs. Die Hochschule kann vorläufig nur 20 Schüler aufnehmen. Die Kurse sind schon im voraus alle besetzt. Die Schüler sind von den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen ausersuchen, die auch die Kosten, 90 Kronen pro Schüler, tragen.

Der Deutsche Sozialdemokratische Leseklub in Paris.

Nach 33jährigem Bestehen ihrer Organisation bezogen unsere deutschen Genossen in Paris eigene Vereinsräume, bestehend aus einem 300 Personen fassenden großen Saal für ihre regelmäßigen Sonnabendversammlungen und einem kleineren für 50 Besucher, der ständig den Genossen als Unterrichtsraum, Leses-, Sitzungs- und Bibliothekszimmer dient. Die Räume sind geschmackvoll und zweckentsprechend eingerichtet. Ein Mitglied der Redaktionmission ist abends zur Auskunftserteilung anwesend. Einen Arbeitsnachweis besitzt der Klub nicht. Die im Hause befindliche Restauration der sozialistischen Aromengenoossenschaft „Maison Commune“ liefert gute Speisen und Getränke zu billigen Preisen. In Paris einzig dastehend ist die Abschaffung des Trinkgeldzwanges. Besuche von Frauen und anderen Geschlechtswildigkeiten finden jeden Sonntag unter Führung eines Sachverständigen statt; gefällige Zusammenkünfte und Ausflüge werden unternommen. Es ist jedem nach Paris kommenden Genossen zu empfehlen, sich an den Deutschen Sozialdemokratischen Leseklub, 40, Rue de Bretagne, zu wenden.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die Presse vor der Revisionsinstanz.

Das Reichsgericht verwarf am 27. September die Revision des Genossen Schiller von der „Dresdener Volkskraft“ gegen das Urteil des Landgerichts Breslau vom 19. Mai, das ihn wegen Verleumdung des Fürsten Pleh mit 75 Mark Geldstrafe belegte.

Aus der Reichsversicherungsordnungs-Kommission.

Sitzung am Mittwoch, 28. September.

Der Abschnitt über die Unfallverhütung

wurde in der Sitzung erledigt. Zunächst wurde ein Antrag der Nationalliberalen, den Höchstbetrag der Strafen bei Zuwiderhandlungen für die Versicherten von 6 M. auf 20 M. festzusetzen, gegen die Stimmen der Nationalliberalen, Konservativen und des Abg. Tri abgelehnt.

Ein sozialdemokratischer Antrag, das der Vorstand unter Mitwirkung der Arbeitervertreter abjählich Stellung zu den Berichten der technischen Aufsichtsbeamten nehmen und die Maßnahmen anregen soll, die zur Verbesserung der Unfallverhütung geboten erscheinen, wurde nach der Begründung durch den Genossen Hoch einstimmig angenommen.

Nach der Vorlage sollen die Vertreter der Versicherten nach wie vor von den Ausschüssen der Versicherungsanstalten gewählt werden. Die Sozialdemokraten beantragten, das die Vertreter der Versicherten in geheimer, gleicher und direkter Wahl nach dem Verhältniswahlverfahren von den Versicherten gewählt werden. Genosse Molkenbühr legte eingehend dar, wie unpraktisch das jetzige Wahlverfahren ist. Das mußte auch Ministerialdirektor Caspar anerkennen. Trotzdem wurde aber der Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Liberalen und des Polen abgelehnt. Dafür wurde ein Antrag Lehrens und der Nationalliberalen angenommen, nach dem die Wahl durch die Vertreter bei den Oberversicherungsämtern erfolgen soll; die Knappschaftsberufsgenossenschaft kann durch Satzung bestimmen, das die Vertreter der Versicherten Knappschaftsälteste sein müssen, in diesen Fällen werden die Vertreter von den Knappschaftsältesten gewählt.

Die Berufsgenossenschaften sollen berechtigt und auf Verlangen des Reichsversicherungsamts verpflichtet sein, technische Aufsichtsbeamte in der erforderlichen Zahl anzustellen, um die Befolgung der Unfallverhütungsvorschriften zu betheiligen. Hierzu beantragten die Sozialdemokraten den Zusatz: Die Berufsgenossenschaften müssen so viele Aufsichtsbeamte einstellen, das jede in der Genossenschaft versicherte Betriebsgruppe mindestens einmal im Jahre besucht wird. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Ebenso geschah es mit einem weiteren Zusatzantrag der Sozialdemokraten, nach dem von den technischen Aufsichtsbeamten mindestens ein Viertel in dem betreffenden Gewerbebezuge als Arbeiter beschäftigt gewesen sein müssen. Dafür wurde auf Antrag des Abgeordneten Mugdan der Zusatz angenommen, das die Genossenschaften als technische Aufsichtsbeamte in den betreffenden Betrieben beschäftigt gemene Arbeiter anstellen können.

Gastung der Unternehmer.

Eine Ausnahmebestimmung gegen die Arbeiter soll aus dem geltenden Gesetz in das neue übernommen werden mit dem Paragrafen, nach dem der Unternehmer den Versicherten und den Hinterbliebenen gemäß den sonst geltenden gesetzlichen Vorschriften zum Erloß des Unfallschadens nur dann verpflichtet ist, wenn strafrechtlich festgestellt worden ist, das er den Unfall vorsätzlich herbeigeführt hat. Diese Bestimmung soll auch gegen die Hinterbliebenen gelten, die keinen Anspruch auf eine Rente haben. Die Sozialdemokraten beantragten, das die Bestimmung nur auf die Personen angewendet wird, die einen Anspruch auf Rente haben und das in diesen Fällen die Unternehmer den Unfallschaden ersetzen müssen; nicht nur, wenn sie den Unfall vorsätzlich, sondern auch wenn sie ihn fahrlässig verschuldet haben. Genosse Molkenbühr zeigte an einer ganzen Reihe von Fällen, das die jetzige Ausnahmebestimmung zu schweren Ungerechtigkeiten gegen die Angehörigen verunglückter Arbeiter führt. Trotzdem lehnte die Kommission den Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten ab.

Die übrigen Bestimmungen für die Gewerbeunfallversicherung werden ohne bedeutende Veränderungen angenommen. Bei dem Punkt Landwirtschaftliche Unfallversicherung wurde die Sitzung auf Donnerstag vertagt.

Aus der Justizkommission.

Sitzung vom Mittwoch, den 28. September.

Die Anträge der Freisinnigen, die auf eine Einschränkung und Aufhebung des Hilfsrichterwesens hingingen und die ferner fordernden, das der Vorsitzende im Schöffengericht und der Vorsitz im Landgericht nur ein angestellter Richter sein darf, wurden abgelehnt.

Eine Aenderung bringt der § 23* des G. B. O., nach welcher es künftig der Staatsanwaltschaft anheimgestellt ist, auch andere Sachen, die nicht ohne weiteres zur Zuständigkeit der Amtsgerichte gehören, vor dieselben zu bringen, so in Fällen des Vergehens gegen die Sittlichkeit, Beleidigung, Nötigung, Diebstahl im Rückfall usw., wenn die zu erwartende Strafe sechs Monate Gefängnis oder Geldstrafe in Höhe von 1500 Mark nicht übersteigt. Nach einem nationalliberalen Antrag wurde der § 23* dahin geändert, das den Schöffengerichten alle Sachen überwiesen werden können, die nicht in erster Instanz vor das Reichs- oder Schwurgericht gehören, wenn keine höhere Strafe als sechs Monate Gefängnis oder 1500 M. Geldstrafe zu erwarten ist.

Eine lebhafte Diskussion entspann sich beim § 23*, der im zweiten Absatz die Zustellung von Schöffeln bei der Aburteilung für Uebertretungen oder Vergehen, für die nicht über 300 M. Geldstrafe erkannt wird, unterlassen will. Unsere Genossen beantragten die glatte Streichung dieser Bestimmung. In der Begründung dieses Antrages wiesen unsere Redner auf die Gefährlichkeit hin, wenn nicht allein in leichten Uebertretungsfällen, sondern auch in den bekannten Fällen des „groben Unfugs“, der „Streibergehen“, Vereinsgesetz-Uebertretungen usw. an Stelle der Schöffeln der Einzelrichter tätig ist. Die Freisinnigen schlossen sich zum Teil diesen Forderungen an und auch der Abg. Groeber stellte sich vollkommen auf den Boden des sozialdemokratischen Antrages. Vor allem stimmte dieser Redner den Ausführungen unserer Genossen darin bei, das namentlich in allen Fällen der Uebertretung der Arbeiterschutzbestimmungen die Unterichter noch viel milder fortzukommen würden, wie bisher.

Von der Regierung wurde der sozialdemokratische Antrag bekämpft, wenigstens zugegeben werden mußte, das die Statistik ergeben habe, das wegen Vergehen gegen die Arbeiterschutzebestimmungen ungemein geringe und nur Geldstrafen verhängt worden sind. — Gegen die 9 Stimmen der Konservativen und Nationalliberalen wurde der sozialdemokratische Antrag angenommen.

Nach dem § 78 soll die Zuständigkeit der Strafkammern sich u. a. auch auf Unzuchtverbrechen, schwerer Urkundenfälschung, Amtsverbrechen, Konkursverbrechen von Personen unter 18 Jahren begangen, erstrecken. Ein sozialdemokratischer Antrag verlangte, das in diesen Fällen nicht die Strafkammer, sondern das Schwurgericht zuständig sein soll. Der Entwurf bedeutet eine Einschränkung der bisherigen Wirksamkeit der Geschworenengerichte. Mit diesem Antrag wurde zu gleicher Zeit der freisinnige Antrag zum § 80 beraten, der in seiner Hauptfuge besagt: Die Schwurgerichte urteilen über die mittels eines Preherzeugnisses verübten Verbrechen und Vergehen, mit Ausnahme der Verdätsche gegen die Verbots- und Beschlagnahmeverfügungen, der auf Antrag zu verfolgenden Beleidigungsdelikten und der Privatklagedelikten. Die Vertreter der Regierung bekämpften den Antrag, Konservative, Nationalliberale und Zentrum schwiegen sich aus und gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Polen und des Zentrums wurde der Antrag abgelehnt.

Die Zusammensetzung der Strafkammer in erster Instanz soll nach dem Regierungsentwurf, § 77, aus zwei Berufsrichtern und drei Schöffeln bestehen. Des weiteren ist die Verurteilung gegen die Strafkammer zulässig. Damit sind die Konservativen und Nationalliberalen einverstanden, aber sie beantragen, die Strafkammern nur mit einem Landgerichtsdirektor und zwei Schöffeln zu besetzen. Ein Antrag Groeber will auch in der Verurteilunginstanz die Strafkammer aus zwei Berufs- und drei Laienrichtern bestehen sehen, während ein sozialdemokratischer Antrag fordert, das die Strafkammer mit einem Richter und vier Schöffeln besetzt werden soll. In ausführlicher Weise werden diese Anträge begründet. Die Beratung wird dann abgebrochen und auf Donnerstag vertagt.

Soziales.

Die Verbindlichkeit der Tarifverträge.

1. Am Dienstag Nagte vor dem hiesigen Innungschiedsgericht der Köpfer K. gegen den Köpfermeister Paul Damm. Er hatte auf Material warten müssen und will nun jede Wartekunde mit 1 M. vergütet erhalten. Nach den Angaben eines Zeugen hat der Kläger tatsächlich 11 Stunden warten müssen. Das Schiedsgericht spricht dem Kläger 11 M. zu, weil der Tarif die Entschädigung der Wartezeit in der geforderten Höhe vorsieht.

2. Gegen den Köpfermeister Engler Nagten 12 Gesellen. Sie verlangen Akkordlohnbeiträge von 50 Pf. bis 12,05 M., zusammen 58,10 M. Der Beklagte will für einige verrichtete Nebenarbeiten nicht die tarifmäßigen Lohnsätze zahlen und will das auch den Klägern vor Uebernahme der Arbeit gesagt haben. Das Schiedsgericht vertritt die Ansicht, das der Beklagte, auch wenn solche Abrede getroffen sein sollte, nach Tarifätzen zu entlohnen habe und verurteilt ihn zur Zahlung der geforderten Beträge.

Preussische Beamtengehälter.

Die Kreisliste von Nieder-Barnim in Berlin, hinter dem Viehhause, sucht laut Annone zu baldigt einen Kassengehilfen bei einem Jahresgehalt von 600 M. Kann man sich wundern, wenn bei der jetzt herrschenden Teuerung mit einem so geringen Gehalt, von dem wohl noch Beiträge für Altersversicherung usw. abgehen, ein Mann, der vielleicht eine Familie zu ernähren hat, wenn ihm noch Unglücksfälle treffen, damit nicht auskommen kann, und dann in der größten Not sich an dem ihm täglich durch die Hände gehenden Gelde vergreift? Wer ist dann wohl schuld an der Veruntreuung? Aber wenn in Berlin mit seinen teuren Mieten ein so niedriger Gehaltsfuß als angemessen erscheint, dann denken die kleinen Gemeinden in Nieder-Barnim, das sie ihren Bureaugehilfen noch weniger zu bieten brauchen. So sucht die Gemeinde Wiedorf baldigt einen Bureaugehilfen bei einem Jahresgehalt von 720 M. und der Amtsvorsteher in Wittenwerder sucht gar einen Registrator bei 600 M. Gehalt! Auch anderwärts kommt man auf ähnliche Gehälter für unsere Beamten. Der Landrat des Kreises Reichenheim sucht sofort einen Bureaugehilfen, gewandten Stenographen, bei einem Gehalt von 720 M., steigend bis 900 M. Man denkt nicht daran, das bei so geringen Gehältern die betreffenden ja förmlich auf Tringelbörnen und Durchstodereten angewiesen sind. Kommen dann Angehörigkeiten zur amtlichen Kenntnis, so entrüstet man sich über die ungetreuen, unwürdigen Beamten, aber an Gehaltsverbesserungen denkt man nicht.

Städtische Subvention für den Frankfurter Arbeiterbildungsausschuss. Das Stadtverordnetenkollegium in Frankfurt a. M. nahm am Dienstag einen Antrag des Schulsausschusses an, den Magistrat zu ersuchen, in den nächstjährigen Etat 1000 M. als Zuschuß für unseren Arbeiterbildungsausschuss einzusetzen. Von den



Theater und Vergnügungen



Donnerstag, 28. September.

Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues königl. Opern-Theater.
Regimentskapelle. Die Gassenhauer.
Königl. Schauspielhaus. Nobile und die Seinen. Kartoffel.
Anfang 8 Uhr.

Deutsches Schauspiel.
Kamerapiele. Das Kloster.
Leitung. Einmalen Reußen.
Königliche Oper. Der Arzt wider Willen.
Anfang 8 Uhr.

Berliner Musikantenmädel.
Neues. Das gewisse Etwas.
Königl. Schauspielhaus. Kartoffel.
Der v. Borrecaunas.
Nobiles. Noblesse oblige.
Klein. Die verfluchten Frauenzimmer. 1. Klasse.

Thalia. Königliche Wirtschaft.
Schiller O. (Wagner-Theater.)
Die Kreuzschreiber.
Schiller-Charlottenburg. Robert und Bertram.

Friedrich-Wilhelmstädtisches.
Klein. Nobile.
Berliner Volkoper. Kartha.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)
Luisen. Othello.

Wespen. Die schönste Frau.
Nobiles. Die beste der Frauen.
Trianon. Pariser Witwen.
Neues Operntheater. Der Graf von Luxemburg.

Lustspielhaus. Der Feldherrnhügel.
Luisen-Theater.
Anfang 8 Uhr. Neuenstadtlerung:
Othello.
Freitag: Durchgezogene Erben.
Sonnabend 4 Uhr: Kinder-Orbit.
Die Schwannenspringerin. 511. Symant.
Sonntag 3 Uhr: Othello. 8 Uhr:
Die schöne Ungarin. Montag: Neun.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Othello.
Trauerspiel in 5 Akten von Shakespeare.
Freitag, Sonnabend: Die gute Partie.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Koffkappchen.

WINTERGARTEN
Vorletzter Tag!
Das
Eröffnungs-Programm!
Der Gipfel der
Illustren Varieté-Kunst.
Sonntag, den 2. Oktober:
Wiederbeginn
der
Nachmittags-Vorstellungen.
Kleine Preise! Anfang 3 1/2 Uhr.

Urania.
Wissenschaftliches Theater
Taubenstraße 48/49.
Heute abend 8 Uhr:
In den Dolomiten.
Lustspielhaus.
Heute abend 8 Uhr:
Der Feldherrnhügel.
Luisen-Theater.
Anfang 8 Uhr. Neuenstadtlerung:
Othello.
Freitag: Durchgezogene Erben.
Sonnabend 4 Uhr: Kinder-Orbit.
Die Schwannenspringerin. 511. Symant.
Sonntag 3 Uhr: Othello. 8 Uhr:
Die schöne Ungarin. Montag: Neun.

Lessing-Theater.
Donnerst. 8 U.: Einmale Menschen.
Freitag 8 Uhr: Tantris der Narr.
Sonnab. 3. 1. M.: Wenn der junge
Wein blüht. Lustp. v. Störcken.

Berliner Theater.
Heute 8 Uhr: Gastspiel Hans Niese.
Das Musikantenmädel.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Das gewisse Etwas.
Freitag und folgende Tage: Die
goldene Hittigkeit.

Theater des Westens.
Anfang 8 Uhr.
Die schönste Frau.
Sonnab. 3 1/2 Uhr: Ein Walzertraum.

Modernes Theater
(früher Hobbeltheater).
Heute und täglich 8 Uhr:
Die beste der Frauen.

**Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.**
Donnerstag, 29. Sept., abends 8 Uhr:
Kletten. Zum Schluss: Niobe.
Donnerstag: Kletten. Niobe.
Sonnabend zum 1. Male: **Revo-
lutionshochzeit.**

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Noblesse oblige.
Schwan in 3 Akten von D'Annunzio
und Weber.
Morgen und folgende Tage 8 Uhr:
Noblesse oblige.
Sonntag, den 2. Oktober, 3 Uhr:
Die 300 Tage.

Berliner Volkoper
Belle-Alliance-Straße 7/9.
Abends 7 1/2 Uhr:
Martha.

Neues Operetten-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Graf von Luxemburg.
Operette in 3 Akten von H. R. Blücher
u. R. Bobandig. Musik v. Franz Lehár.

Apollon Theater
Letzte Tage
des sensationellen Programms.
9 1/2 Uhr:
Verbotene Frucht.
Sonnabend, den 1. Oktober 1910:
Debüt
Rudolf Schildkraut.

Metropol-Theater.
Murra!!!
Wir leben noch!!!
Große Ausstattungsrevue in 7 Bildern
v. A. Freund. Musik v. B. Holländer.
In Szene gesetzt von Dir. R. Schulz.
Anfang 8 Uhr.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wagner-Theat.)
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Kreuzschreiber.
Bauernkomödie mit Gesang in 3 Akten
von L. Angenreder. Ende 10 1/2 Uhr.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Kreuzschreiber.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Wallensteins Tod.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Robert und Bertram.
Pöffe mit Gesang in 4 Akten
von Gustav Koeber. Ende 10 1/2 Uhr.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Braut von Messina.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Kreuzschreiber.

Brauerei Friedrichshain
Am Königstor.
Größter Konzertsaal Berlins!
Vom 28. September bis 2. Oktober 1910 täglich:
Gastspiel-Konzerte von Johann Strauß aus Wien
mit seiner gesamten Kapelle.
Anfang Wochentags 7 Uhr, Sonntags 4 Uhr. Entree Wochentag 50 Pf., reserv. Platz 75 Pf., Sonntags 1 M. — Billets im Vorverkauf zu ermäßigten Preisen (Entree 40 Pf., reserv. Platz 60 Pf., Sonntags 75 Pf.) in den „Vorwärts“-Speditionen Zucht, Immanuelkirchstraße 14, Nahlisch, Auguststraße 50 und Mann, Petersburger Platz 8.

Freie Volksbühne
Heft 1-5 der Monatschrift Freie Volksbühne (Jahrgang 1910/11) kann von allen Mitgliedern aus ihrer Zahlstelle abgeholt werden. 241/18

Thalia-Theater
Kampf.
Neues Schauspielhaus
Ueber unsere Kraft.
Herrnfeld-Theater
Der Herr Senator.
Extravorstellung
im Lessing-Theater
Sonntag, 20. November:
Hartleben:
Rosenmontag.

Lessing-Theater
Das Konzert.
Residenz-Theater
Die 300 Tage.
Abendabteilungen
im Neuen Schauspielhaus.
2. Serie.
3., 10., 17., 24. Oktober
Tartuff.
3. Serie.
31. Oktob., 7., 14., 21. November
Ueber unsere Kraft.

Neue Mitglieder können sich in allen Zahlstellen anmelden. Sammelt für den Kampffonds! Der Vorstand. I. V. G. Winkler.

Achtung! Eltern! Achtung!
Tanz-Lehr-Institut
Richard Heinrich
Gewerkschaftshaus, Engelufer 15.
Sonntag, den 2. Oktober, nachm. 3 Uhr
beginnt der
Hauptkursus für Damen und Herren
Anmeldungen sind vor Beginn des Unterrichts an mich sowie in meine Wohnung Wrangelstraße 107, Amt IV, 10 381, zu richten.
Hochachtungsvoll
Richard Heinrich.

Zirkus A. Schumann.
Donnerstag, 29. September,
abends 7 1/2 Uhr:
Der Kreisel-Globus.
Neuere Kreation des Direktors
A. Schumann.
Apachen zu Pferde
geritten von Hl. Dora Schumann
und Herrn Karl Hoff.
**Bellonis wunderbar dressierte
Kakadus.**
Mirano Brothers
und das mit kolossalem Beifall
aufgenommene
September-Programm.

CIRCUS
Cyrril Hatle
Lichtenberg, Berlin-Ost,
Möllendorfsstraße, dem Rath-
hause gegenüber, nächst
Frank Allee, a. Ringbahn.
Nur noch 9 Tage.
Täglich abends 8 1/2 Uhr
Gala-Vorstellung.
Mittwochs und Sonntags
2 Vorstellungen 2
nachm. 4 u. abends 8 1/2 Uhr.
Fernruf:
Amt Licht. 805

Walhalla-Theater
Weinbergweg 19/20.
Wegen Vorherbereitung geschlossen.
Sonnabend, den 1. Oktober:
Premiere
Bravo! — Da capo!
Neu eröffnet!
Mila-Festsäle
Schönhauser Allee 130, Milastraße 3
durch den Garten.
Heute Donnerstag:
Gr. Kavalier-Ball.
Herren: Entree, Garderobe u. Tanz
50 Pf. Damen frei. Anfang 8 Uhr.
Karl Elsner.

Sonnabend, 1. Oktober:
Eintrittspreis 50 Pf. Eintrittspreis 50 Pf.
GROSSER POPULÄRER GALATAG.
MÜNCHNER OKTOBERFEST.
Festdekoration des Parks und des bayerischen Dorfes.
Konfettischlacht. Luftschlangen.
GROSSES BRILLANT- U. FRONTFEUERWERK.
Apothose: Niagara-Wasserfall.
Herrlicher Magnesiumeffekt.
3 Kapellen 3. Programmänderungen vorbehalten.

Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Volle Pension.
Neuer bunter Zell.
Der schwarze Schimmel
Vorverkauf 11-2, abends ab 6 Uhr.

Puhlmanns Theater
Schönhäuser Allee 148. Ins. H. Titus.
Donnerstag: „**Graf-Berlin**“
Theater- und Varieté-Ensemble.
Wir lassen uns scheiden.
Räte u. Karl Reich i. d. Hauptrolle.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

Jugendausschuß für Groß-Berlin
Sonntag, den 2. Oktober, abends 6 Uhr, im Moabiter Gesellschaftshaus
Wielef-Straße 24:
Jugend-Feier
Festredende Schriftsteller Richard Wagner-Braunschweig
Emil Kühne, Rezitator
Männerchor „Moabit“ (M. d. Arbeiter-Sängerbundes)
Dirigent: Herr Wehrich
Garderobe 10 Pf.
Alle Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, insbesondere die Schülertlassen sind zu dieser Feier freundlichst eingeladen. 290/16

Gr. Berliner Kunstausstellung 1910
30. April bis 2. Oktober.
Im Park täglich Doppel-Konzert.
Eintritt: 10-6 Uhr 1 R., a. 6 Uhr ab
50 Pf., Sonntags 50 Pf. Danert. 6 R.

Ausstellungshallen am Zoo
Riesen-Kinematograph.
6-11 Uhr.
Rauchen überall gestattet

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich:
Großes Militär-Konzert.
Eintritt 1 Mark.
von abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder
unter zehn Jahren die Hälfte.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum Schluss, neu:
„**Im Hauseloch**“.
Müll. Humor. v. Weibel.
Anfang
wochentags
8 Uhr
Sonntags
7 Uhr.

Zirkus Busch.
Donnerstag, den 29. September,
abends 7 1/2 Uhr:
Große Gala-Vorstellung.
Mons. Velancho
mit sein. fußballspielenden Hunden.
Reiterfamilie Frediani. Hr.
Alfred Ott, Schutzeiter, usw.
Um 9 1/2 Uhr, zum 12. Male:
„**VENEZIA**“
Original-Manegeschaustück.
Sonntag, 2. Okt.: 2 große Gala-
Vorstellungen, 3 1/2 Uhr, 7 1/2 Uhr.
In beiden Vorst.: **Venezia**
(ungekürzt).

Moabiter Gesellschaftshaus
Wielefstr. 24. Emdener Str. 40.
Größtes
Kientopp-Theater
Moabits.
Wöchentlich zweimal neues Programm.
Täglich Vorstellung. Anfang 6 Uhr.

Karl Haverland-
Theater. Kommandanten-
platz, 8 Uhr. Straße 77/79.
Nur noch kurze Zeit

Hugo Römer mit neuen
Schlagern
ab Sonnabend neue Spezialitäten.

Burgtheater-Kinematograph
norm. Groterjan, Insab.: Rud. Merz,
Schönhäuser Allee 129. Tel. 3, 2833.
Lebende Photographien.
Eintritt 30 u. 40 Pf., Kinder die Hälfte.
Anf. 7 U., Sonnab. 4 U. Vorzugskarten,
nur modern gültig, 25 Pf. auf allen
Plätzen. Stets reich. Programm.
Dienstags u. Freitags v. 4-6 1/2 Uhr
Rindervorstellung. Rinder 10 Pf.
Erwachsene 20 Pf. Jeden Sonntag
im Oberaal: **Kunstkonzert.**
Entree 15 Pf. Garderobe 10 Pf.

Theater Sanssouci.
Hobbahnstation Kottbuser Tor.
Vorlehtes Auftreten
des mit stürmischem Beifall
aufgenommenen
Varieté-Eröffnungs-Programms!
Dazu die Pöffe:
„Nu hat's geschmuppt!“
Von Oskar Saba.
Musik von Paul Lincke.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Sonnabend, den 1. Oktober:
Premiere.

Herrnfeld Theater
Zwei Schlager:
Eine verlorene Nacht
Ein lustiger Trauerspiel in 2 Akten
von Anton und Donat Terrasch.
Der Derby-Sieger
Sportkomödie von August Reibhardt.
Anf. 8 Uhr. Vorverk. 11-2 (Theaterl.).

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Hans Reich-Ensemble.
Donnerstag, den 29. September 1910:
Othello
der Mohr von Venedig.
Trauerspiel in 5 Akten
von William Shakespeare.
Othello. Dir. Hans Reich.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung: **Tanz.**

Casino-Theater
Lothringers-Str. 87. Täglich 8 Uhr.
Die urkomische Pöffe
Der Schneidige Rudolf.
Rudolf Schneidermann: Dir. O. Berg.
Vorher das glänzende bunte Progr.
Nur Uraktionen ersten Ranges.
Sonnab. 3 1/2 Uhr: **Der Hochmutseitel.**

Königstadt-Kasino.
Goldmarkstr. 72, Ecke Alexanderstraße.
Franz Sobanski.
Elsa Para, Walter Klär, Geschwister
Herrmann, Matr. Adolphi, Geschwister
Alitta, Tengelwe.

Um 9 Uhr
das Lustspiel: **Im Herbstmanöver.**

Gr. Berliner Kunstausstellung 1910
30. April bis 2. Oktober.
Im Park täglich Doppel-Konzert.
Eintritt: 10-6 Uhr 1 R., a. 6 Uhr ab
50 Pf., Sonntags 50 Pf. Danert. 6 R.

Ausstellungshallen am Zoo
Riesen-Kinematograph.
6-11 Uhr.
Rauchen überall gestattet

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich:
Großes Militär-Konzert.
Eintritt 1 Mark.
von abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder
unter zehn Jahren die Hälfte.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum Schluss, neu:
„**Im Hauseloch**“.
Müll. Humor. v. Weibel.
Anfang
wochentags
8 Uhr
Sonntags
7 Uhr.

Zirkus Busch.
Donnerstag, den 29. September,
abends 7 1/2 Uhr:
Große Gala-Vorstellung.
Mons. Velancho
mit sein. fußballspielenden Hunden.
Reiterfamilie Frediani. Hr.
Alfred Ott, Schutzeiter, usw.
Um 9 1/2 Uhr, zum 12. Male:
„**VENEZIA**“
Original-Manegeschaustück.
Sonntag, 2. Okt.: 2 große Gala-
Vorstellungen, 3 1/2 Uhr, 7 1/2 Uhr.
In beiden Vorst.: **Venezia**
(ungekürzt).

Moabiter Gesellschaftshaus
Wielefstr. 24. Emdener Str. 40.
Größtes
Kientopp-Theater
Moabits.
Wöchentlich zweimal neues Programm.
Täglich Vorstellung. Anfang 6 Uhr.

Karl Haverland-
Theater. Kommandanten-
platz, 8 Uhr. Straße 77/79.
Nur noch kurze Zeit

Hugo Römer mit neuen
Schlagern
ab Sonnabend neue Spezialitäten.

Burgtheater-Kinematograph
norm. Groterjan, Insab.: Rud. Merz,
Schönhäuser Allee 129. Tel. 3, 2833.
Lebende Photographien.
Eintritt 30 u. 40 Pf., Kinder die Hälfte.
Anf. 7 U., Sonnab. 4 U. Vorzugskarten,
nur modern gültig, 25 Pf. auf allen
Plätzen. Stets reich. Programm.
Dienstags u. Freitags v. 4-6 1/2 Uhr
Rindervorstellung. Rinder 10 Pf.
Erwachsene 20 Pf. Jeden Sonntag
im Oberaal: **Kunstkonzert.**
Entree 15 Pf. Garderobe 10 Pf.

Theater Sanssouci.
Hobbahnstation Kottbuser Tor.
Vorlehtes Auftreten
des mit stürmischem Beifall
aufgenommenen
Varieté-Eröffnungs-Programms!
Dazu die Pöffe:
„Nu hat's geschmuppt!“
Von Oskar Saba.
Musik von Paul Lincke.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Sonnabend, den 1. Oktober:
Premiere.

Verband der handgewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands. Zweigverein Berlin u. Umgegend. (Sektion der Rohrer.)

Achtung! Rohrer! Achtung!
Freitag, den 30. September, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus Engelauer 15, Saal 11:

Mitglieder-Versammlung
Tages-Ordnung:
Bericht der Schlichtungskommission über die Verhandlungen mit den Unternehmern und unsere Stellungnahme dazu.
Es ist Pflicht jedes Rohrer, in dieser Versammlung zu erscheinen.
30/13 Der Zweigvereinsvorstand.

Zentral-Verband der Glasarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.
Achtung! Glasschleifer, Polierer, Geleger! Achtung!
Freitag, den 30. September, abends 8 Uhr, bei Voelter, Weberstr. 17:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
Die Antwort auf die Vorschläge der Unternehmer.
Es ist Pflicht aller Mitglieder, zu erscheinen.
73/10 Die Ortsverwaltung. J. U. A. Schröder.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands

Zweigverein Berlin. — Sektion der Gips- u. Zementbranche.
Gipsbaubranche: Pußer, Träger u. Rabißspanner.
Freitag, 30. September, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 (großer Saal):

Mitglieder-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Berichterstattung über das Ergebnis der Bauteilkontrollen am 8. und 9. September. 2. Die Arbeits- und Organisationsverhältnisse im Gipsbaugewerbe, und wie sind dieselben zu verbessern? 3. Verschiedenes.
Kollegen! Sorgt für einen guten Versammlungsbesuch; die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Kollegen.
Ausgabe der Tarifverträge.
138/17 Der Sektionsvorstand.

Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.
Gewerkschaften! Achtung! Vereine!
Der Arbeitsnachweis des Zentralverbandes der Stillberufsmusiker Deutschlands befindet sich jetzt im „Rosenthaler Hof“, Rosenthaler Str. 11/12, Rest. Schilling. Tel.: Amt III, 2488. 50/15*

An diesem Schild sind die Läden erkennbar, in denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden.



Mustergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
BERLIN, Leipziger Straße 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Wichtig für! auf der Linie des Erfolges



Koronoer aus den Tabak-Fabriken
J. Goldfarb Press. Stargard
gegründet 1839.
Tabac russe à priser, goût de Kowno.
Prawdziwa tabaka do zazywania „Kownoer“

Cigarren-Händlern
bequemsten Einkauf zu billigen Preisen bietet das größte und reichhaltigste Assortiment
Tabak-, Cigarren- u. Cigaretten-Engros-lager Carl Röcker, Berlin O. 27,
Grüner Weg 112 (Fernspr. VII, 3801).
Offiziere folg. Marken z. Original-Fabrikpreis von 100 St. an einer Sorte:
Berliner Marken: Garbini, Herzstoll, Jofelli, Manoli, Problem, Phänomen, Kapitän, Carmen Sylvia, Graf von Königsmark, Freya, Dreiecker Marken: Salem Kleikum, Luna, Bolero, Semif, Neulion, Kaiserin.
Ferner: Egyptian Comp., Österreichische und ungarische Regie-Tabake u. v.
Generalvertrieb für Deutschland der dänischen Kapitän-Tabake, Rauch- und Schnupftabake; Hauptniederlage der Kautabak-Fabriken G. H. Ganevader und Grimm & Triepel in Nordhausen; Bröder, Braun in Kopenhagen, Joh. Dannehl, Reichow, sowie J. Goldfarb's Schnupftabake, St. Stargard.
Bei Neueinrichtungen von Cigarren-Geschäften bitte mein bestsortiertes
Cigarren-Engros-lager zu besichtigen. Ich führe nur gutgelagerte, feinste Qualitäten in allen Preislagen. 3032*

GEGR 1867



Demnächst Eröffnung FILIALE RIXDORF

BERG: STRASSE 25-26

Möbel-Lechner
am Rosenthaler Tor Brunnenstraße 7, am Rosenthaler Tor
Wohnungseinrichtungen auf Kredit
— Riesen-Auswahl. —
1 Stube und Küche v. M. 200.— an, Anzahlung v. M. 15.— an
2 Stuben und Küche v. M. 525.— an, Anzahlung v. M. 40.— an
Mod. Schlafzimmer v. M. 350.— an, Anzahlung v. M. 30.— an
Mod. Herrenzimmer v. M. 500.— an, Anzahlung v. M. 45.— an
Mod. Speisezimmer v. M. 550.— an, Anzahlung v. M. 50.— an
Bunte Küchen, großes Lager.
Einzelne Möbelstücke von 5 M. Anzahlung an.
Wochenraten nach Uebereinkunft. — Lieferung auch nach auswärts.
Vorseiger dies. Inserats erhält b. Kauf 5 M. gutgeschrieben.
Sonntags geöffnet v. 8—10 u. 12—2 Uhr.

Möbel auf Kredit zu **Kassa-Preisen.**
Nächstes Kredithaus der östl. Vororte
ganze Wohnungseinrichtungen schon mit 15 M. Anzahlung, bis zu den elegantesten, Abzahlung i. 2, 3 M. usw. — bei
A. Kretschmann & Co., Koppenstr. 4 (Ecke Madajstraße, Am Schles. Bahnhof), Fahrgelegenheit n. allen Stadtteilen
Fabrgeld wird vergütet.

Möbel liefert auf **Teilzahlung** bequem bei kleinster Anzahlung in bekannter Güte (mit größter Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit)
E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58
Eigene Fabrikation im Hause!



Möbelfabrik
Julius Apelt, Tischler-Meister
6. Adalbertstraße No. 6 Hochbahnhof Kottbuser Tor
Komplette Wohnungseinrichtungen
zum Preise von 500, 600, 700, 800, 900, 1000 M. usw. in modernster Ausführung von den einfachsten bis zu den elegantesten in meinen großen Fabrik- und Verkaufsräumen. ΔΔΔ Auf Wunsch Zahlungsvereinerung.

Anststellung
der Fürsorge für Geistes- und Nervenkrankt im Abgeordnetenhaus vom 3. bis 10. Oktober: Bilder, Modelle, Arbeitszeugnisse der Kranken. Leben und Treiben in der modernen Irrenanstalt. Ausstellung eröffnet von 10 Uhr morgens bis 5 Uhr nachmittags. Abends populäre Vorträge mit Lichtbildern und Demonstrationen:
Dienstag, 4. Oktober, abends 8 Uhr: Prof. Bindwanger-Vena: Wie erhalten wir unsere geistige Tätigkeit gesund?
Dienstag, 4. Oktober, abends 9 Uhr: Prof. Weber: Lähmt sich eine Zunahme der Geisteskranken geltend?
Donnerstag, 6. Oktober, abends 8 Uhr: Prof. Alt-Lichtspringe: Nerven-Anstaltsleben.
Donnerstag, 6. Oktober, abends 9 Uhr: Direktor Kluge-Vollbaum: Fürsorge für Kinder und Jugendliche.
Eintrittskarten bei H. Wertheim, Leipziger Straße, und beim Portier des Abgeordnetenhaus.

Gartenstadt Hohen-Neuendorf
Wald (Nordbahn), Wasser, billigstes, schönstes Gelände rund um Berlin. — Arz., Gas-, Wasserleitung, Gemeinde- u. höh. Schulen Am Schützenhaus 6 herri. Hochwald-Landbaustellen. Qu.-R. 12 M. an! 10% Anzahl. Tilgung des Restes in 10 jährl. Rat. Roge Bau-tätigkeit. Wohnungen per 1. 4. 11 zu verm.
Illustr. Broschüre gratis! Berlin, Haus Wollenberg, Königstr. 71. Fernspr. VII, 3038

Hygienische
Bedarfsartikel, Neues Katalog n. Empfehlung von Prof. Dr. H. Unger, Gesundheitsrat Berlin NW. Friedrichstr. 91/9

Gardinen-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin, Oranienstr. 158
Wunderbare Neuheiten, Gardinen, Stores, Vitrages, Tüllbettedecken etc. in allen Stilarten. **Fracht-Katalog** ca. 650 Illustrationen gratis und franko. Reste von 2 bis 6 Fenster spottbillig.
Mein Gardinen-Apparat patent ermöglicht in 5 Minuten Besichtigung von ca. 300 Original-Mustern. 6531*

Möbel auf Kredit!
Wohnungseinrichtungen.
Ausstellung einfacher u. singulärer Schlaf-, Herren- und Speisezimmer. Mod. farbige Küchen-Einrichtungen
auf Abzahlung und auch gegen Bar.
Einzelne Möbelstücke und Polsterwaren **bei kleinster Anzahlung evtl. ohne Anzahlung**
Ferner empfehle: Tapplata, Portiären, Gardinen, Steppdecken, Bilder, Uhren, Gas- u. Petroleum-Kronen, Fertige Betten, Leib- und Bettwäsche,
Sport- und Kinderwagen.
Garderobe für Herren, Damen und Kinder
Größte Auswahl, billigste Preise, neuester Schnitt.
Pelz-Stolas **Wochenrate**
1 Mk.
S. Dorn
3' Altes Schönhauser Str. 3' Ecke Linien-Strasse

Schöne freundliche **Wohnungen**
2 große Zimmer, Balkon, Küche, event. auch Kammer, sowie Bad, sehr billig sofort zu vermieten. 0192*
Friedrichsfelde, Nicolaikir. 8, 7 Min. v. Stadtbahnhof Köpenick.

Nur noch bis **1. Oktober Ausverkauf**
unserer Lagerbestände, bestehend in **Anzugstoffen, Paletotstoffen, Damentuchen, Kostümstoffen** usw.
für jeden Preis!
Koch & Seeland Gesellschaft m. b. H.
Koch-Strasse 2.

Erklärung.
Die bei den Bergmannischen Arbeitern verbreitete Meinung, mein Lokal wäre bevolktert, ist eine irrige, da ich mit dem im selben Hause befindlichen Saal-Lokalitäten nichts zu tun habe.
Vinzenz Czerny, Gastwirt
Malpagnet- u. Liebenwälder Str. Ecke Karl-Schröder-Haus.

Partei-Angelegenheiten.

Marlendorf. Heute, Donnerstagabend 8 1/2 Uhr, öffentliche Wählerversammlung bei Preuß. Sturfsfürstenstraße. Tagesordnung: 1. Die bevorstehende Gemeindevahl. Referent Genosse Reichardt. 2. Diskussion. 3. Aufstellung der Kandidaten. Die Parteigenossen, die am Montag, den 3. Oktober, bei der Wahl helfen können, wollen sich nach Schluß der Versammlung melden. Der Vorstand.

Niederlehme. Die geplante Wahlvereinsversammlung am Sonntag, den 2. Oktober fällt, da an dem Tage eine öffentliche Versammlung vom Fabrikarbeiterverband stattfindet, aus. Der Wahlabend findet wie immer statt.

Berliner Nachrichten.

Mit dem Ankauf des Tempelhofer Feldes durch die Gemeinde Tempelhof wird sich die heutige Stadtverordnetenversammlung beschäftigen. Von verschiedenen Gruppen der Versammlung liegen Dringlichkeitsanträge vor, den Magistrat um Auskunft über die Verhandlungen mit dem Fiskus über den Erwerb und die Eingemeindung des Tempelhofer Feldes zu ersuchen. Dabei dürfte auch zur Sprache kommen die Rolle, die der Stadtverordnete und Kommerzienrat Haberland dabei gespielt hat. Herr Haberland, der auf dem Gebiete der Terraingeschäfte sehr versiert ist, ist zu den Verhandlungen zugezogen worden, die im Auftrage der Gemeinde Tempelhof und des Kreises Teltow mit dem Kriegsministerium geführt worden sind. Die Gemeinde Tempelhof ist in der ganzen Frage nur vorgeschoben, genau so, wie man in manchen Fällen Strohmänner vorschreibt. Im Hintergrunde stehen Finanzkonjunkte. Herr Haberland ist ausserdem als Direktor einer neuen Terraingesellschaft: der Tempelhofer Feld-Aktien-gesellschaft. Die Vorwürfe, die Herrn Haberland gemacht werden, gehen dahin, daß er als Berliner Stadtverordneter mit dem Kriegsministerium im Interesse einer Vorort-gemeinde und einer Privatgesellschaft und zu einer Zeit ver-handelt habe, da die Stadt mit demselben Kriegsministerium in der gleichen Angelegenheit Verhandlungen pflog. Herr Haberland behauptet aber, daß im Kriegsministerium er-klärt worden sei, es stehe mit Berlin nicht in Verhandlung.

Bei der Besprechung der Sachlage in der Fraktion der Alten Linken, der Herr Haberland angehört, soll es nach dem „Tageblatt“ und dem „Vofalanzeiger“ am Dienstag abend zu lebhaften Auseinandersetzungen gekommen sein, die mit dem Austritt des Herrn Haberland aus der Fraktion ge-endet haben sollen. Wie die „Vossische Zeitung“ hört, hat Herr Haberland gestern sein Stadtverordnetenmandat nieder-gelegt. An der Sache selbst dürfte schwerlich etwas zu ändern sein. Ist es richtig, was wir gestern auf Grund einer Mit-teilung der „Vossischen Zeitung“ berichten konnten, daß das Kriegsministerium der Stadt Berlin unterm 29. August mit-geteilt hat, daß der Kriegsminister nach der anderen Seite nicht verhandeln würde, ohne vorher die Stadt Berlin zu be-nachrichtigen, am anderen Tage, am 30. August aber bereits seine Genehmigung zum Abschluß eines Vertrages mit Tem-pelhof erteilt hat, worauf am 31. August der Vertrag im Kriegsministerium unterzeichnet worden ist, so liegt hier ein Treubruch vor, wie er schlimmer nicht gedacht werden kann.

So fatal die Angelegenheit für Berlin auch verlaufen ist, so darf folgendes nicht vergessen werden. Der Magistrat der Stadt Berlin hätte das Tempelhofer Feld längst haben können, wenn er ernstlich rechtzeitig darum bemüht gewesen wäre. Im vorigen Jahre haben wir bereits über diese An-gelegenheit folgende Sachdarstellung gegeben: „Im Jahre 1900 hat die Stadtverordnetenversammlung fast einstimmig beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, mit der Gemeinde Tempelhof wegen Eingemeindung der Hofenheide in Verbin-dung zu treten. Nach Verlauf von zirka vier Jahren ging durch die Öffentlichkeit die Nachricht, daß die Hofenheide nach Nixdorf eingemeindet werden solle. Darauf interpellierte der Stadtverordnete Wallach den Magistrat, und zwar in der Stadtverordnetenversammlung am 28. Januar 1904. Auf die Aus-führungen des Interpellanten antwortete der Stadtrat Bohn, „daß der Magistrat die Eingemeindung des nördlichen Teils der Hofenheide abgelehnt habe, weil der Stadt Berlin andert-halb Millionen Mark Kosten erwachsen würden. Weiter sei für den Magistrat in Betracht gekommen, daß, nachdem der eingemeindete Teil bebaut sei, wohl wünschenswert sei, wenn wenigstens der übrige Teil der Hofenheide als öffentlicher Park eingerichtet werden könnte, und wenn das Tempelhofer Feld, dessen Miteinverleibung der Oberpräsident verlange, als späteres Parterrain in Frage kommen könnte. Verhand-lungen mit dem Militäriskus hätten aber ergeben, daß auf absehbare Zeiten an eine Entbehrlichkeit des Feldes nicht zu denken sei und daß unter diesen Umständen nur Lasten ent- stehen würden, sei ja klar.“

Der Interpellant beschwerte sich mit Recht darüber, daß der Magistrat vor Abgabe seiner Erklärung an den Ober-präsidenten nicht erst die Beschlussfassung der Stadtverord-netenversammlung eingeholt habe. Herr Bohn, als Ma-gistratsvertreter, antwortet darauf: „Der Herr Redner hat hervorgehoben, daß es doch notwendig gewesen wäre, der Stadtverordnetenversammlung Mitteilung zu machen. Auch diese Frage ist Gegenstand der Beratung des Magistrats ge-wesen, und es ist beschlossen worden, keine Vorlage zu machen, da ja eine Zustimmung der Versammlung an sich nicht er-forderlich war.“ Man stelle sich vor, vor vier Jahren faßt die Stadtverordnetenversammlung einen Beschluß in dieser Frage und als es zur Entscheidung kommt, hält es der Magistrat nicht einmal für nötig, derselben eine Mitteilung zugehen zu lassen, auch nicht, obwohl der Oberpräsident die Eingemein-dung der Hofenheide mit der hochwichtigen Frage der gleich-zeitigen Eingemeindung des Tempelhofer Feldes verquidelt.

Was mag den Oberpräsidenten damals veranlaßt haben, gleichzeitig die Eingemeindung des Tempelhofer Feldes zu fordern, und zwar trotz der Ablehnung des Magistrats, mit einer gewissen Hartnäckigkeit? Ehe Nixdorf die Hofenheide übermiesen bekam, hat der Oberpräsident nochmals die Frage an den Magistrat gerichtet: ob Berlin noch Wert auf eine Eingemeindung lege, oder ob Berlin Einwendungen zu machen habe, wenn der Streifen an der Hofenheide nach Nixdorf oder Tempelhof eingemeindet werde. Der Magistrat hat sich ge- sagt: „Berlin bin ich“ und hat mit einem glatten Nein geant-

wortet. Die Stadtverordnetenversammlung erhielt nur bei Gelegenheit Kenntnis von diesen wichtigen Dingen.“ Hätte der Magistrat damals zugegriffen und das Tempel-hofer Feld mit der Hofenheide eingemeindet, wäre Berlin gar nicht in die heutige fatale Situation gekommen.

Die Nebenbeschäftigung der Feuerwehrlente
ist im Laufe der Zeit um einiges eingeschränkt worden, doch zu einem grundsätzlichen Verbot hat man an maßgebender Stelle bisher sich nicht entschließen können. Gewiß wird jeder den Feuerwehrlenten ein hinreichendes Einkommen wünschen, aber es bedarf dazu keiner nebenbei geleisteten Erwerbsarbeit, wenn das Gehalt entsprechend hoch bemessen wird. Aus mancherlei Gründen erscheint es uns be-denklich, daß Feuerwehrlente an ihren dienstfreien Tagen sich einer erwerbenden Nebenbeschäftigung widmen. Es handelt sich dabei keineswegs immer um bloße Gelegenheitsarbeit, nein, mitunter wird da jahraus jahrein ein richtiges Gewerbe betrieben, das seinen Mann nähren könnte.

Das tollste, was wir in dieser Beziehung kennen gelernt haben, ist die Nebenbeschäftigung eines Oberfeuermanns Stein-hausen, der früher der Feuerwache in der Rausstraße zugeteilt war und jetzt zu der Feuerwache an der Apollonstraße gehört. Herr Steinhausen betreibt das Gewerbe eines Brunnen-bauers und hat bisher darin so reichliche Beschäftigung zu finden gewußt, daß er einen großen Teil des Jahres hindurch ziemlich an jedem dienstfreien Tag zu tun hatte. Dienstfrei ist jeder dritte Tag, es kommen also für den Monat rund 10 Tage in Betracht, das macht für die etwa neun Monate des Jahres, in denen die Witte-rung dem Brunnenbaugewerbe günstig ist, rund 90 Tage. Man sagt uns, daß Steinhausen sie annähernd voll auszunutzen vermag. In verschiedenen Vororten, die in der Umgebung der Nordbahn liegen, hat der Herr Oberfeuermann in den letzten beiden Jahren zahlreiche Brunnen gebaut. Die Erschließung von Landhansieterrains, die diesen Vororten den gewünschten Zugang auf- und baulustiger Berliner brachte, hat auch dem brunnenbauunbigen St. zu tun gegeben. An Sonntagen, wenn die Grundstücksbesitzer hinkommen, um sich auf ihrer Baustelle ein blickchen umzusehen, suchte St. Gelegenheit, ihnen seine Dienste anzubieten. Und er bekam so viel Arbeit, daß er zwei oder drei Leute mitbeschäftigen konnte, die er gleichfalls den Feuerwehrmannschaften entnahm.

Ueber die Höhe seines Profites aus dieser Beschäftigung werden unbestimmte Mitteilungen gemacht; man spricht von 20 M. pro Tag. Sein Einkommen aus Gehalt ist übrigens auch nicht zu verachten; es liegt zwischen der Anfangsstufe 2000 M. und der Endstufe 2750 M., die in 15 Dienstjahren erreicht wird. Wer im sicheren Besitze dieses Einkommens ist, hat es leicht, den Brunnenbau als Nebenberuf auszuüben. Ein Oberfeuermann, der nebenbei Brunnenbauaufträge übernimmt, befindet sich gegenüber einem privaten Brunnenbau-Unternehmer von vornherein in einer günstigeren Position. Für St. kommt noch hinzu, daß die Mitarbeit anderer Feuerwehrlente ihm zur Verfügung steht. Da erklährt es sich zum Beispiel, die Versicherungsbeiträge des Arbeitgebers zu leisten; bei Feuerwehrlenten ist ja das nicht nötig. Darin kann eine Verlockung liegen, im Wettbewerb mit anderen Unternehmern sich Aufträge durch Unterbietung zu sichern. Das würde dann auch andere Unternehmer veranlassen können, billiger zu arbeiten und dafür sich durch Lohnherab-setzungen schadlos zu halten. Man sieht, welches Interesse an der Beseitigung dieser Zustände die Arbeiter haben. Ihnen kann durch die erwerbende Nebenbeschäftigung der Feuerwehrlente ent-weder direkt die Arbeit weggenommen oder indirekt der Verdienst mindestens geschmälert werden.

Aber auch über den Kreis der Arbeiter und der Arbeitgeber hinaus muß der Mißbrauch, den da Feuerwehrlente mit ihren dienst-freien Tagen treiben, Bedenken erregen. Den Feuerwehrlenten wird nicht deshalb jeder dritte Tag freigegeben, weil man ihnen etwa die Möglichkeit eines Nebenverdienstes schaffen wollte. Diese freien Tage sollen Tage der Ruhe und der Erholung sein, damit die Mann-schaften gekräftigt in ihren Dienst zurückkehren. Anderenfalls muß die Schlagfertigkeit der Wehr leiden und die Feuer-sicherheit der Stadt beeinträchtigt werden. Die Rücksicht auf die Interessen der gesamten Bevölkerung, auf die Sicherung ihrer Habe, ihrer Gesundheit, ihres Lebens erfordert es, daß dem Mißbrauch ein Ende gemacht wird. Auch die Stadtverwaltung muß schon deshalb ein Verbot der erwerbenden Arbeit der Feuerwehrlente wünschen, weil durch solche Ausnutzung der freien Tage der Gesundheitszustand der Mannschaften gemindert wird. Ein Feuerwehrmann, der aus anstrengendem Dienst sich in hastende Erwerbstätigkeit begibt und aus ihr in anstrengendem Dienst zurückkehrt, wird vorzeitig aufgebraucht und kann als früh pensionierter Invalide den Stadtsäckel ungebührlich belasten.

Darum noch einmal: weg mit der Nebenbeschäfti-gung der Feuerwehrlente! Würde man den Mannschaften durch eine fortschreitende Aufbesserung ihrer Gehälter es erleichtern, auf jede Erwerbbarkeit zu verzichten. Schon heute sollten übrigens die Oberfeuermänner die letzten sein, einem Nebenverdienst nachzu-jagen.

Das Kuratorium des städtischen Vieh- und Schlachthofes hat be-schlossen, dem Antrage der Engros-Schlächtergesellen stattzugeben und in den Sommermonaten die Schweine-schlachthäuser statt um 2 Uhr erst um 3 Uhr morgens, und die Rinder-schlachthäuser statt um 8 um 4 Uhr zu öffnen. Lange genug haben die Rentenen um diese eine Stunde mehr Schlaf gebekelt, und es wäre wirklich zu wünschen ge-wesen, daß schon diesen Sommer ihnen die Stunde zugute ge- kommen wäre. Nun haben sie wenigstens bei Beginn des Winter-halbjahres die Aussicht, nächsten Sommer eine Stunde länger im Bett bleiben zu können. Auch die Eröffnung in den Wintermonaten könnte mindestens für die Schweine-schlachthäuser eine Stunde später angeordnet werden.

Renovierungen im Verkehr von Groß-Berlin am 1. Oktober. Im Verkehr von Groß-Berlin bringt der 1. Oktober vor allem die Aus-gestaltung des Vorortverkehrs der Strecke Berlin-Regel-Wellen. Von Regel nach Wellen verkehren jetzt nur vier Züge täglich, von Wellen nach Regel fünf. Einer davon hat verlagslangen Auf-enthalt in Regel. Vom 1. Oktober an werden vom Stettiner Vorort-bahnhof in Berlin täglich 18 Züge bis Wellen durchgeführt. Von Wellen nach Berlin gehen 14 Züge täglich. Ein Umsteigen in Regel gibt es nicht mehr. Außerdem verkehren zwischen Berlin und Regel verlags 14 Züge. Sonntags sind im Oktober und April einige Züge mehr vorgezogen. Der Fernverkehr der Strecke Berlin-Wellen-Aremmen beschränkt sich vom 1. Oktober an auf die Stationen Berlin, Gesundbrunnen, Regel, Wellen usw. Bis hierher hielten einzelne Züge auch auf Zwischenstationen. Während bisher alle Züge im Fernverkehr von Berlin bis Aremmen durchgingen, verkehren vom 1. Oktober an aus Berlin sechs dieser Züge. Vier weitere Züge haben in Wellen Anschluß an Vorortzüge. Dasselbe ist der Fall mit einem nur verlags verkehrenden Fräzzug und umgekehrt.

Rückverlegung der Autoomnibuslinie 8. Die Autoomnibuslinie 8 Alexanderplatz-Martin-Luther-Straße mußte seit etwa dreiviertel Jahr wegen des Baues der Schöneberger Untergrundbahn an ihrem westlichen Ende durch die Maagen- und Neue Winterfeldstraße ab-gelenkt werden. Die Arbeiten in der Rogistraße sind jetzt so weit gefördert, daß die Linie von heute an wieder ihren alten Weg durch die Rogistraße nehmen kann.

Pferderennen ist keine Lustbarkeit. Der Verein für Hindernis-rennen veranstaltet auf der bekannten Karlshorster Rennbahn jährlich etwa 25 Pferderennen. Das erste Rennen nach dem Inkrafttreten der neuen Lustbarkeitssteuerordnung für Friedrichsfelde-Karlshorst fand am 12. April 1909 statt. Der genannte Verein wurde wegen dieses ersten Rennens zu einer Viketsteuer von 4084 M. auf Grund der Lustbarkeitssteuerordnung vom 6. Februar 1909 herangezogen. Nachdem der Bezirksausschuß seine Klage auf Freistellung abgewiesen hatte, legte er Revision ein. Jetzt hat nun der 7. Senat des Oberverwaltungsgerichts in seiner letzten Sitzung jenes Urteil aufgehoben und den Verein von der Viketsteuer gänzlich freigestellt. Begründend wurde ausgeführt: Eine Lustbarkeitssteuerordnung könne nur Vorgänge und Veranstaltungen ihren Bestimmungen unterwerfen, die in Wirk-lichkeit unter den Begriff der Lustbarkeit fielen. Wenn eine Steuerordnung einen Vorgang besteuere, der keine Lustbarkeit sei, so könne die Ordnung inso weit nicht angewendet werden. Lustbarkeiten seien nur solche Veranstaltungen, bei denen der Ver-anstalter das Publikum unterhalten oder ergehen wolle, und die zu-gleich dazu geeignet seien, diesen Erfolg herbeizuführen. Diese Absicht müsse aber in erster Linie vorhanden sein. Das sei nach den Feststellungen des Bezirksausschusses, der rechtlich irrtümlich diese Voraussetzung übersehen habe, bei den Karlshorster Pferderennen nicht der Fall. Denn danach stehe fest, daß die Dar-bietung einer Unterhaltung bei den Veranstaltungen des Vereins für Hindernisrennen nur ein Neben-zweck sei. Der Haupt-zweck sei bei diesen Rennen, die nach wissenschaft-lichen Grundsätzen betriebene Pferdezucht zu fördern, also ein höheres Interesse der Wissenschaft. Da die Rennen erfahrungsgemäß das Publikum anziehen, so benutze der Verein diesen Umstand nur, um sich Einnahmen zu verschaffen, und erhebe ein Eintrittsgeld, lasse am Totalisator spielen usw. In erster Linie erhebe der Verein durch Prüfung des Pferdematerials die Pferdezucht fördern, sowie weiter thätige Rennreiter (unter den Offizieren) heranbilden und schließlich damit auch die Interessen der Landesverteidigung wahrnehmen. Darum könnten die Rennen nicht als Lustbarkeit betrachtet und besteuert werden. Hieraus folge die Freistellung von der Steuer.

Ueber Bummel in der städtischen Irrenanstalt Dalldorf haben wir wiederholt Klage führen müssen. Benachrichtigungen an An-gehörige werden mit einer „Schneidigkeit“ befördert, die jeder ordentlichen Geschäftsverleibung Hohn sprechen. Uns liegt heute eine an eine Frau W. in der Kollentstraße gerichtete Benachrichtigung vor, in der mitgeteilt wird, daß der Ehemann der Frau W. am 17. Juni nach dem städtischen Krankenhaus im Friedrichshain zur Operation übergeführt worden ist. Die Mitteilung ist datiert vom 25. Juni, ist am 27. Juni zur Post gegeben und am 28. Juni in die Hände der Ehefrau gelangt. Demnach hat die Frau die Nach-richt von der Ueberführung ihres Ehemannes nach dem Kranken-hause nach 11 Tagen erhalten. Diese Tatsache läßt recht bedenkliche Schlüsse auf die geschäftliche Handhabung im Bureau der Irren-anstalt Dalldorf zu.

Die dritte Turnstunde. Da vor Beginn des neuen Schulhal-bjahres eine Entscheidung auf die Eingabe der städtischen Schul-deputation an das Provinzial-Schulkollegium wegen Einführung der dritten Turnstunde an den Gemeindefschulen nicht zu erwarten sein dürfte, hat die Schuldeputation den Rektoren der städtischen Ge-meindefschulen für die Aufstellung des neuen Stundenplanes folgende Punkte zur Beachtung an die Hand gegeben: 1. Es ist von der bis-herigen Unterrichtszeit eine für den Deutschunterricht einschließlich Schreibens bestimmte Stunde zugunsten des Turnunterrichts ab-zuziehen. 2. Die drei Turnstunden derselben Klasse sind in eine Hand zu legen. 3. Die Stunden, nach denen die täglichen Übungen vor-genommen werden sollen, sind in der Stundentabelle durch Unter-streichen zu kennzeichnen. Dadurch wird die Einreichung eines be-sonderen Planes überflüssig.

Der Wogerviehohf in Friedrichsfelde ist wegen Ausbruches der Maul- und Klauenseuche gesperrt.

Ein Duell hat nach einer Meldung des „Roland von Berlin“ am Montag, den 19. September, im Grunewald zwischen dem Herrn v. Bethmann Hollweg, Rittergutsbesitzer auf Kunowo, und dem Majoratsbesitzer Grafen von der Goltz auf Gahaga stattgefunden, das jedoch einen unblutigen Verlauf nahm.

Joachim v. Bethmann Hollweg ist ein rechter Vetter unseres Reichskanzlers. Die Duellgegner sind Gutsnachbarn; beide Liegen-schaften befinden sich im Kreise Wirsig, Regierungsbezirk Bromberg.

Die Mißstände in den Laubenkolonien wurden am Montag in einer stark besuchten Versammlung der Laubenkolonisten von neuem besprochen. Das Generalpächter- und Feldbubikertum bildeten den eigentlichen Anlaß der Empörung unter den Laubenkolonisten. Ihm energisch zu Leibe zu gehen, wollen die Kolonisten sich zur Aufgabe machen.

Vermißt wird seit dem 20. August die geisteskranke un-erheiratete Anna Schröder, am 30. 5. 93 zu Leipzig geboren, Greifswalder Straße 218 bei der Mutter wohnhaft gewesen. Sie ist 1,63 Meter groß, hat hellblondes Haar, blaue Gesichtsfarbe. Bei ihrem Fortgehen trug sie ein graues Jackett, schwarzen Rock, schwarze Schürze, gelbe Schnürstiefel, grünen Strohhut. — Personen, die über den Verbleib der Vermißten irgend welche Angaben machen können, werden gebeten, ihre Wahrnehmungen der Kriminalpolizei oder einem Polizeirevier mündlich oder schriftlich zu den Akten 8474 IV, 46, 10 mitzuteilen.

Der Falser Paul Fiedler, Eberthstr. 12, Mitglied des Wahl-vereins im IV. Kreise (früher im VI.), ersucht uns, mitzuteilen, daß er mit dem auf dem Magdeburger Parteitag ausgeschlossenen Paul Fiedler, Berlin VI, nicht identisch ist.

Vorort-Nachrichten.

Wilmerdorf.
Die Auflösung der Stadtverordneten für die am 3. November stattfindenden Neuwahlen ist gestern erfolgt. Von den fünf Mandaten, die mit Ablauf dieses Jahres frei werden, sind danach drei durch Hausbesitzer, zwei durch Nichtangehörige zu besetzen. Die beiden Nichtangehörigen sind im achten und neunten Bezirk zu wählen, während im ersten, neunten und zehnten Bezirk Hausbesitzer in Frage kommen. Der neunte Bezirk hat zwei Stadtverordnete zu wählen. Nach der Zusammensetzung der Bevölkerung sind gerade der achte und neunte Bezirk der Sozialdemokratie nicht unangenehm; und wenn, was zu erwarten steht, unsere Parteigenossen eifrig agitieren, kann Wilmerdorf des traurigen Ruhmes, keinen einzigen Sozialdemokraten im Stadt-parlament zu haben, endlich ledig werden.
Die Berichte, die wir in den letzten Jahren über die Verhand-lungen der Stadtverordnetenversammlung veröffentlicht haben, lassen vor allem, soweit die Erörterung sozialpolitischer Fragen in Betracht kommt, nur zu deutlich erkennen, wie wenig ein Dis-

Parlament, in dem die Reaktionskräfte völlig unter sich sind, in der Masse der Bevölkerung Vertrauen beanspruchen kann.

Eine Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, die nicht beschlussfähig war, gab es vorgestern. Der einzige Gegenstand der Tagesordnung, der die Beschaffung über die Einsprüche gegen die Liste der für im nächsten Winter betraf, hatte nur fünfzehn Stadtverordnete heranzulocken vermocht. Da jedoch 25 Stadtverordnete zur Beschlussfähigkeit anwesend sein müssen, blieb dem Vorsitzenden Prof. Dr. Leidig nichts übrig, als die Sitzung mit der Mitteilung zu beenden, dass am Donnerstag ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden die Tagesordnung erledigt wird.

In einer am Montag im Viktoriagarten stattgefundenen Versammlung beschäftigten sich die städtischen Arbeiter mit der neuen Arbeitsordnung und der Einführung eines Arbeiterausschusses. Der Stadtrat wies es unternehmen, die einzelnen Bestimmungen den städtischen Arbeitern zu erläutern. Die Ausführungen des Vortragenden gipfelten darin, dass die Vorlage bei der Arbeiterschaft wohlwollende Aufnahme finden möge. In der nachfolgenden Diskussion trug Genosse Kiesel auf die Dringlichkeit der neuen Bestimmungen hin; von irgendwelcher Großzügigkeit könne man trotz der langjährigen Verzögerung über diese Materie nichts merken. Ein gewisses Maß Selbstverwaltungsgewalt der Arbeiter in ihren eigenen Angelegenheiten, wie der Vortragende es beabsichtige darzustellen, sei in den Bestimmungen nicht zu erblicken. Die einzelnen Paragraphen atmen vielmehr den Geist einer rückständigen Stadtverwaltung. Stehe es mit der neuen Arbeitsordnung schlecht, so mit der Arbeiterausschussfassung erst recht. Redner führte ein besonders krasses Beispiel an, wonach durch die vorliegenden Bestimmungen in einem Betriebe mit ca. 80 Beschäftigten nur 30 Personen wahlberechtigt und von diesen wieder nur 20 wählbar seien. Unter solchen Verhältnissen könne natürlich von einer Vertretung der Arbeiterschaft keine Rede sein. Noch eine größere Anzahl einzelner Bestimmungen wurde kritisiert und zum Schluss dem Magistrat anheimgegeben, die Bestimmungen vor Inkrafttreten noch einer Revision zu unterziehen. Diese Ausführungen fanden die Zustimmung der Versammelten. Auch die anwesenden Stadtverordneten äußerten sich in gleichem Sinne. Ein Vertreter des Gewerksvereins der Gemeindegewerbetreibenden, Ratsschulrat, hatte ebenfalls manches an den Bestimmungen auszuweisen, empfahl aber trotzdem den Anwesenden die Annahme der Vorlage. Diesem Anknüpfen trat der Genosse Kiesel energisch entgegen, indem er darauf hinwies, dass durch die jetzige Zustimmung die Arbeiter auf lange Jahre hinaus jeglicher Besserung verlustig gingen und ersuchte daher um Ablehnung des vom Magistrat vorgeschlagenen, um die Stadtverwaltung zu veranlassen, erst die dringend notwendigen Bestimmungen der Arbeitsordnung einzuberathen.

Trotzdem geschäftsordnungsmäßig vom Vorsitzenden der Gewerksvereine um eine Abstimmung ersucht wurde, inhibierte man eine solche. Es hätte auch sicherlich kein gutes Resultat ergeben, vielmehr wäre mit großer Majorität behauptet worden, dass die Arbeiterschaft mit den vorgelegten Bestimmungen keineswegs zufrieden sei. Und davor wollte sich der Magistrat schützen.

Rigsdorf.

Aus der Magistratsitzung. Zu der am 15. Oktober d. J. in Charlottenburg stattfindenden Generalversammlung des Gesamtverbandes preußisch-deutscher Vorträge soll auch ein Vertreter des hiesigen Magistrats entsandt werden. — Zu der Kommission zur Beratung der Maßnahmen gegen die Fleischnot sollen drei Magistratsmitglieder treten. — Des Weiteren erklärte sich der Magistrat mit der Ueberlassung der Aula der höheren Mädchenschule zu Vorträgen der Humboldtakademie einverstanden. — Der Verbreiter der Saalestraße an der Ringbahn-Haltestelle Kaiser-Friedrichstraße wurde grundsätzlich zugestimmt. — Der Magistrat ist damit einverstanden, dass in Zukunft der Termin zur Verichtigung der Wählerliste auf die Zeit vom 1. bis 15. September und der Termin für die Auslegung derselben auf die Zeit vom 16. bis 30. September festgesetzt wird.

Wilmersdorf-Palensee.

Eine Herbstfeier des Bildungsausschusses wird am Sonnabend, 1. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Gesellschaftshaus, Wilhelmstraße 112, abgehalten. Die Feier besteht unter Mitwirkung des Wilmersdorfer Männerchors aus Konzert, Gesangsvorträgen, Rezitation und einer vom Genossen Beck gehaltenen Rede. Für jugendliche Personen unter 18 Jahren ist der Eintritt frei; Erwachsene zahlen 20 Pf. Die künstlerischen Darbietungen des Abends rechtfertigen die Hoffnung auf zahlreiche Beteiligung und daher wird eine rege Propaganda für die Herbstfeier erwartet.

Lichtenberg.

Die zur beabsichtigten Versammlung des Wahlvereins am Dienstag nahm zunächst einige Wahlen vor. Als erster Vorsitzender wurde Genosse Joffe, als zweiter Vorsitzender Genosse Schnell und als Revisor Genosse Krause gewählt. Bei Punkt: Stellungnahme zur Kreisgeneralversammlung führte Genosse Brühl den Versammelten die Notwendigkeit der Beitragserhöhung vor Augen. Einige Anträge, in denen der Wunsch zum Ausdruck kommt, dass die Frage der Beitragserhöhung nochmals debattiert werden soll, wurden angenommen. Des Weiteren beschloss die Versammlung, den in der vorigen Mitgliederversammlung über diese Frage gefassten Beschluss aufzuheben und eine neue Abstimmung vorzunehmen. Die nunmehr vorgenommene Abstimmung ergab eine übergroße Mehrheit für einen Monatsbeitrag von 40 Pf. Ein Antrag des Genossen Schulz, der den Antragstellern das Recht geben will, ihre Anträge auf der Generalversammlung selbst zu begründen, wurde abgelehnt. Zum Schluss forderte der erste Vorsitzende die Versammelten zur Einnahme in die Wählerlisten auf, die nur noch bis einschließlich Freitag, den 30. September, ausliegen.

Lichtenberg-Friedrichsfelde.

Heute abend 8 Uhr findet im Lokal „Schwarzer Adler“, Frankfurter Chaussee 5/6, eine öffentliche, nichtpolitische Versammlung für Erwachsene und die schulentlassene Jugend statt. Vortragender: Herr E. Graf. Der Einberufer: Paul Schwenk, Friedrichsfelde, Walderstraße 51a.

Treptow-Vaumschulentweg.

Eine Familientragödie ereignete sich in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch in der Ernststraße 17, Vaumschulentweg. Die dort wohnhafte, aus Mann, Frau und vier Kindern bestehende Familie Radow suchte sich durch Leuchtgas zu vergiften. Der Mann sowie die Frau und ein dreijähriges Mädchen sind tot, während drei ältere in einem Nebenraum schlafende Kinder mit dem Leben davon gekommen sind. Die Ursache zu dieser Aufsehen erregenden Tat soll in mangelhaften Wirtschaftsverhältnissen zu suchen sein. Radow, der von Beruf Kaufmann, war in letzter Zeit öfter hektisch.

Reinickendorf.

Wahltag. Bei der gestrigen Gemeindevertreter-Wahl wurde der sozialdemokratische Kandidat Dominik gewählt. 461 Wähler gaben die Stimme für ihn ab. Ein gequerrichter Kandidat war nicht aufgestellt. Vor zwei Jahren erhielt der sozialdemokratische Kandidat Gröndler 343 Stimmen.

Mariendorf.

Aus der Gemeindevertretung. Den wiederholten Anträgen unserer Genossen auf spätere Festlegung der Sitzungen wurde insofern Rechnung getragen, als dieselbe diesmal um 5 Uhr eröffnet wurde. Die Wahl eines Mitgliedes zum Amtsausschuss fiel auf den Rentierbau. Unser Genosse Günter bekam drei Stimmen. Ebenso wurde bei der Wahl zur Schuldeputation unser vorgeschlagener Genosse Weber abgelehnt. Der Herr Gemeindevorsteher erklärte dabei, dass er gegen die Person unseres Genossen nichts einzuwenden habe, jedoch beständig die Regierung die Wahl eines Sozialdemokraten nicht. Aus dem Grunde hat er um Ablehnung. Die bürgerlichen Vertreter trugen diesem Wunsch selbstverständlich Rechnung. Dann lag ein Antrag vor, den Veteranen aus den Kriegsjahren 1864—66 und 1870—71 einen Ehrenlohn zu gewähren. Vorgeschlagen war die Zahlung einer einmaligen Summe von — dreihundert Mark an solche Veteranen, die ein Einkommen bis einschließend 1500 M. haben. In Betracht kamen dabei 50 alte Herren. Hierbei kennzeichnete Genosse Günter das Verhalten der Regierung, besonders, die für diese alten Leute kein Geld übrig habe, um sie einigermaßen vor Not und Elend zu schützen. Gleichzeitig beantragte er, die Summe für Veteranen mit einem Einkommen bis zu 900 M. zu erhöhen. Selbst einige bürgerliche Herren waren der Ansicht, dass mit einem solchen Einkommen nicht auszukommen sei. Der Einwand anderer Redner, dass dann — ein Streit unter den Veteranen entstehen könne, siegte jedoch und es blieb beim Vorschlag des Vorstehers. — Die Beschaffung einer Orgel für das neu-erbaute Gymnasium nahm eine längere Debatte in Anspruch. Der Gemeindevorsteher hatte hierfür den Vorkulturreferent Jüngler bestellt, der als Orgelbauer in der hiesigen Kirche die Vorzüge einer Orgel gegen das Harmonium erklären sollte. Hierzu hatte der Herr gleich Kostenschätzungen verschiedener Firmen an der Hand. Unsere Genossen und auch einige bürgerliche Herren waren der Meinung, dass ein Harmonium volktauglicher, nicht nur der Kosten wegen, sondern weil auch eine Orgel nicht zu allen Zwecken zu benutzen sei, umso weniger, als der Gemeindevorsteher selbst meinte, dass die Aula auch für Ausstaben und Konzerte hergegeben werden solle. Hierbei wandte Genosse Weber gleich ein, dass das Verprechen auch gehalten werden müsste, wenn es sich um Arbeiterveranstaltungen handelt. Nach dem Verhören des Gemeindevorstehers bei der Ueberlassung der städtischen Turnhalle für den Arbeiterturnverein müsse er daran zweifeln. Der Gemeindevorsteher antwortete, dass ein Turnverein, der solche Lieder in seinem Lieberbuch hat wie der Arbeiterturnverein, den Umsturz wolle, also politisch zu nennen sei, und deshalb Gemeindegebäude zu Veranstaltungen nicht bekommen könnte. Zur Errichtung eines Feuerwehrgeländes legte der dazu beauftragte Baumeister die Zeichnungen vor, die derselbe in eingehender Weise erläuterte. Der Bau ist so projektiert, dass derselbe im Bedarfsfalle erweitert werden kann. Der Kostenschlag ist auf 100 000 M. festgesetzt. Die Gemeindevertretung nahm das Projekt an. Der Antrag des Amtsvorstehers, die Feuerwehr im Ortsteil Südende aufzugeben, wurde abgelehnt. — Die Erlaubnis zur Errichtung einer Privat-entbindungsanstalt wurde verweigert. Einmal würde eine solche Einrichtung in einem Mietshaus unangenehm stören und dann seien auch die eingezogenen Gutachten über die betreffende Debatte äußerst ungünstig. — Vom Provinzialschulkollegium lag die Regelung der Mietsentschädigung für Volksschullehrer und Lehrerinnen vor, die die Gemeindevertretung jetzt akzeptierte. Genosse Weber konnte feststellen, dass dieser Antrag von ihm bei der Staatsberatung gestellt war, jedoch abgelehnt wurde. Jetzt, wo derselbe Antrag vom Provinzialschulkollegium komme, stimme die Gemeindevertretung zu. Beim Punkt „Kleine Anträge“ interpellierte Genosse Reichardt den Gemeindevorsteher, aus welchem Recht er Anträge, die an die Gemeindevertretung gerichtet sind, beantwortet, ohne etwas an der Sitzung davon zu erwähnen. Unser Redner erinnerte an die an die Gemeindevertretung gerichtete Resolution aus einer öffentlichen Versammlung, die die Schaffung eines Gemeindefriedhofs forderte. Die gegebene Antwort des Gemeindevorstehers entspräche gar nicht einmal dem Antrage, denn die Schaffung eines Gemeindefriedhofs könne doch nicht von der Kirchengemeinde verlangt werden. Ebenso verlangte Reichardt Klarstellung der Widerprüche, die in der Antwort des Gemeindevorstehers und in dem seinerzeit verfassten Schreiben des Kirchenrates an Ausschüsse liegen. In dem einen Brief werde behauptet, die Kirchengemeinde müsse Andersgläubige auf den Friedhof aufnehmen, wohingegen der Kirchenrat betonte, dass mit dem Austritt aus der Kirche das Recht eines Begräbnisplatzes auf den Friedhof der Kirchengemeinde verlustig gehe. Der Gemeindevorsteher blieb bei seiner Ansicht, dass ihm das nichts angehe, sondern Sache der Kirchengemeinde sei, die Kirchengemeinde müsse jeden auf ihrem Friedhof aufnehmen. Im übrigen solle sich nur jeder den Anordnungen auf dem Friedhof fügen, dann würde ihm nichts Unangenehmes passieren. Der Gemeindevorsteher Rau, der gleichzeitig Mitglied des Kirchenrats ist, entäuerte sich sehr über das Schreiben an Ausschüsse, das mit „der Kirchenrat“ unterschrieben ist und versicherte, dass er einen solchen Brief gar nicht kenne, da sei unbedingt Mißbrauch getrieben, denn der Kirchenrat würde niemals derartiges schreiben. Zum Schluss stellte sich heraus, dass der Verfassende der Herr Pfarrer Kurzweil ist, der als „Kirchenrat“ gezeichnete.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Barth, Berlin. Für den

habe, jedoch beständig die Regierung die Wahl eines Sozialdemokraten nicht. Aus dem Grunde hat er um Ablehnung. Die bürgerlichen Vertreter trugen diesem Wunsch selbstverständlich Rechnung.

Dann lag ein Antrag vor, den Veteranen aus den Kriegsjahren 1864—66 und 1870—71 einen Ehrenlohn zu gewähren. Vorgeschlagen war die Zahlung einer einmaligen Summe von — dreihundert Mark an solche Veteranen, die ein Einkommen bis einschließend 1500 M. haben. In Betracht kamen dabei 50 alte Herren. Hierbei kennzeichnete Genosse Günter das Verhalten der Regierung, besonders, die für diese alten Leute kein Geld übrig habe, um sie einigermaßen vor Not und Elend zu schützen. Gleichzeitig beantragte er, die Summe für Veteranen mit einem Einkommen bis zu 900 M. zu erhöhen. Selbst einige bürgerliche Herren waren der Ansicht, dass mit einem solchen Einkommen nicht auszukommen sei. Der Einwand anderer Redner, dass dann — ein Streit unter den Veteranen entstehen könne, siegte jedoch und es blieb beim Vorschlag des Vorstehers. — Die Beschaffung einer Orgel für das neu-erbaute Gymnasium nahm eine längere Debatte in Anspruch. Der Gemeindevorsteher hatte hierfür den Vorkulturreferent Jüngler bestellt, der als Orgelbauer in der hiesigen Kirche die Vorzüge einer Orgel gegen das Harmonium erklären sollte. Hierzu hatte der Herr gleich Kostenschätzungen verschiedener Firmen an der Hand. Unsere Genossen und auch einige bürgerliche Herren waren der Meinung, dass ein Harmonium volktauglicher, nicht nur der Kosten wegen, sondern weil auch eine Orgel nicht zu allen Zwecken zu benutzen sei, umso weniger, als der Gemeindevorsteher selbst meinte, dass die Aula auch für Ausstaben und Konzerte hergegeben werden solle. Hierbei wandte Genosse Weber gleich ein, dass das Verprechen auch gehalten werden müsste, wenn es sich um Arbeiterveranstaltungen handelt. Nach dem Verhören des Gemeindevorstehers bei der Ueberlassung der städtischen Turnhalle für den Arbeiterturnverein müsse er daran zweifeln. Der Gemeindevorsteher antwortete, dass ein Turnverein, der solche Lieder in seinem Lieberbuch hat wie der Arbeiterturnverein, den Umsturz wolle, also politisch zu nennen sei, und deshalb Gemeindegebäude zu Veranstaltungen nicht bekommen könnte. Zur Errichtung eines Feuerwehrgeländes legte der dazu beauftragte Baumeister die Zeichnungen vor, die derselbe in eingehender Weise erläuterte. Der Bau ist so projektiert, dass derselbe im Bedarfsfalle erweitert werden kann. Der Kostenschlag ist auf 100 000 M. festgesetzt. Die Gemeindevertretung nahm das Projekt an. Der Antrag des Amtsvorstehers, die Feuerwehr im Ortsteil Südende aufzugeben, wurde abgelehnt. — Die Erlaubnis zur Errichtung einer Privat-entbindungsanstalt wurde verweigert. Einmal würde eine solche Einrichtung in einem Mietshaus unangenehm stören und dann seien auch die eingezogenen Gutachten über die betreffende Debatte äußerst ungünstig. — Vom Provinzialschulkollegium lag die Regelung der Mietsentschädigung für Volksschullehrer und Lehrerinnen vor, die die Gemeindevertretung jetzt akzeptierte. Genosse Weber konnte feststellen, dass dieser Antrag von ihm bei der Staatsberatung gestellt war, jedoch abgelehnt wurde. Jetzt, wo derselbe Antrag vom Provinzialschulkollegium komme, stimme die Gemeindevertretung zu. Beim Punkt „Kleine Anträge“ interpellierte Genosse Reichardt den Gemeindevorsteher, aus welchem Recht er Anträge, die an die Gemeindevertretung gerichtet sind, beantwortet, ohne etwas an der Sitzung davon zu erwähnen. Unser Redner erinnerte an die an die Gemeindevertretung gerichtete Resolution aus einer öffentlichen Versammlung, die die Schaffung eines Gemeindefriedhofs forderte. Die gegebene Antwort des Gemeindevorstehers entspräche gar nicht einmal dem Antrage, denn die Schaffung eines Gemeindefriedhofs könne doch nicht von der Kirchengemeinde verlangt werden. Ebenso verlangte Reichardt Klarstellung der Widerprüche, die in der Antwort des Gemeindevorstehers und in dem seinerzeit verfassten Schreiben des Kirchenrates an Ausschüsse liegen. In dem einen Brief werde behauptet, die Kirchengemeinde müsse Andersgläubige auf den Friedhof aufnehmen, wohingegen der Kirchenrat betonte, dass mit dem Austritt aus der Kirche das Recht eines Begräbnisplatzes auf den Friedhof der Kirchengemeinde verlustig gehe. Der Gemeindevorsteher blieb bei seiner Ansicht, dass ihm das nichts angehe, sondern Sache der Kirchengemeinde sei, die Kirchengemeinde müsse jeden auf ihrem Friedhof aufnehmen. Im übrigen solle sich nur jeder den Anordnungen auf dem Friedhof fügen, dann würde ihm nichts Unangenehmes passieren. Der Gemeindevorsteher Rau, der gleichzeitig Mitglied des Kirchenrats ist, entäuerte sich sehr über das Schreiben an Ausschüsse, das mit „der Kirchenrat“ unterschrieben ist und versicherte, dass er einen solchen Brief gar nicht kenne, da sei unbedingt Mißbrauch getrieben, denn der Kirchenrat würde niemals derartiges schreiben. Zum Schluss stellte sich heraus, dass der Verfassende der Herr Pfarrer Kurzweil ist, der als „Kirchenrat“ gezeichnete.

Groß-Lichterfelde.

Tödlicher Betriebsunfall. Im Krankenhaus gestorben ist der 24jährige Fabrikarbeiter Georg Swietoch aus Groß-Lichterfelde. Er war in einer Rotorenfabrik beschäftigt; beim Bedienen einer Maschine geriet er an das Schwungrad heran und wurde mit solcher Wucht zu Boden geschleudert, daß er beschlagungslos liegen blieb. Man brachte den Schwerverletzten nach dem Kreiskrankenhaus, wo er aber starb.

Pankow.

In der Gemeindevertreterversammlung am Dienstag wurde zunächst ein Vertrag mit dem Eisenbahnbüro betreffend den Erwerb von Straßenland zwecks Verlängerung der Steegerstraße, nach der Berliner Grenze hin, zugestimmt. Der Pankow hatte anfänglich einen Kaufpreis von 40 M. pro Quadratmeter beantragt, hat sich aber schließlich mit 25 M. begnügt, nachdem ihm eventuelle spätere Anliegerbeiträge von der Gemeinde Pankow erlassen worden sind. — Ferner genehmigte die Vertretung einen weiteren Vertrag mit dem Eisenbahnbüro über einen Vegetationsaufbau von Gelände an der Flora- bzw. der Damerowstraße (an der Schwarzen Wäldchen). — Da es gesetzliches Erfordernis ist, daß für einseitig angestellte Lehrer und solche, die noch keine vier Jahre im Schuldienst gestanden haben, eine Mietsentschädigung von 470 M. festzusetzen ist, so beschloß die Versammlung demgemäß. Für die Gemeinde Pankow hat der Beschluß jedoch nur formale Bedeutung, da alle hiesigen Lehrkräfte zur Zeit ihrer Anstellung schon länger als vier Jahre im Schuldienst gestanden hatten. — Auf dem hiesigen Gemeinde-Wasserwerk in Stolpe sollen einschließlich Maschinenhaus sieben Arbeiterwohnungen errichtet werden. Die Konzession hierzu ist nach längeren Verhandlungen unter der Bedingung erteilt worden, daß die Gemeinde Pankow der Gemeinde Stolpe zu den Schullasten eine einmalige Entschädigung von 2000 M. zahlt, nachdem anfänglich circa 80 000 M. beansprucht worden waren. Die Kirchengemeinde hat sich mit einer einmaligen Abfindung von 800 M. einverstanden erklärt. — Nach Erledigung einiger unwesentlichen Angelegenheiten folgte geheime Sitzung.

Nieder-Schönhausen.

Durch Zufall gerettet wurde vorgestern das dreijährige Söhnchen des Schlossers Hersten, Schlossallee 14, das in der letzten Stunde an der Köpplerbrücke in die Rante fiel. Da niemand zur Stelle war, nahm die Strömung das Kind bis zum Hause Schlossallee 18 mit. Hier gelang es dem in der Nähe befindlichen Lokomotivführer Hoffmann, den Kleinen zu retten. Während die Mutter ihren kranken Mann nach dem Krankenhaus brachte, lief der Knabe weg und fiel ins Wasser. Das war nur möglich, weil das zu beiden Seiten der Brücke abschüssige Ufer nicht eingezäunt ist. Die eine Seite des Ufers gehört zu Pankow, die andere zu Franz Buchholz. Es wäre Pflicht der betreffenden Gemeinden, durch die Errichtung eines Zaunes ähnliche Vorfälle zu verhüten.

Nowawes.

Ein erfreuliches Zeichen genossenschaftlicher Solidarität bildet die nunmehr fertiggestellte Konsumvereinsbäckerei in Nowawes. Dieselbe ist ein Werk der Konsumvereine Nowawes und „Hoffnung“, Potsdam. Die mit einem Kostenaufwande von circa 50 000 M. hergestellte Bäckerei befindet sich in der Blücherstraße, sie ist für eine

Tagesproduktion von 1200—1500 Broten und der nötigen Frühstücksware eingerichtet und mit einem Doppelauszugofen sowie allen zum Betriebe einer modernen Bäckerei notwendigen maschinellen Einrichtungen versehen, welche durch zwei Elektromotoren in Betrieb gesetzt werden. Die hellen, luftigen Räume, worunter sich noch eine Bude- und eine Frühstücksküche für das Personal befinden, gewähren einen freundlichen Eindruck. Der Einweihungsfest am Sonntagvormittag wohnten die Partei- und Genossenschaftsfunktionäre von Nowawes und Potsdam sowie der Verbandsekretär Genosse Reubel-Berlin und als Vertreter der Großhandelsbäckerei Genosse Hoppe-Berlin bei. Genosse Hoffmann-Nowawes gab in einer Festansprache einen Ueberblick über die Entwicklung der beiden Vereine, welche die Bäckerei erbaut, und betonte, daß die fortgesetzten Klagen der Mitglieder über die Waren, welche die Vereine von Privatbäckern bezogen und die leider ihre volle Berechtigung gehabt hätten, den Bau einer eigenen Bäckerei notwendig gemacht hätten. Zu diesem Zweck habe jeder Verein 15 000 M. Kapital unter seinen Mitgliedern aufgebracht. Hoffentlich werde dieses neugeschaffene Werk dazu beitragen, der Genossenschaftsbewegung neue Mitglieder zuzuführen. Zu diesem Zwecke müsse von den Leitern der Partei und Gewerkschaften eine rührige Agitation entfaltet werden. Auch die Genossen Hoppe und Reubel erläuterten in anschaulicher Weise den Wert der Konsumgenossenschaften für die Arbeiterschaft und gaben der Hoffnung Ausdruck, daß im Interesse der Zentralisation und der dadurch erzielten Vereinfachung und Vereinfachung der Verwaltung die Bäckerei-Gemeinschaft der erste Schritt zur baldigen völligen Verschmelzung der beiden Konsumvereine sein möge. Am Sonntagvormittag pilgerten viele Hunderte von Genossen und Genossinnen aus Potsdam, Nowawes und den umliegenden Dörfern nach der Blücherstraße, um die im Betriebe befindliche Bäckerei zu besichtigen, und äußerten ihre volle Befriedigung über die getroffenen Einrichtungen.

Spandau.

Die gegenwärtige Zeit der Entlassung der Reserve vom Militär benutzt das konservative „Spandauer Tageblatt“ eifrig, um die entlassenen Soldaten für die Kriegervereine einzufangen. In einem „An die Reservisten“ betitelten, allem Anschein nach aus der reich-treuen Meinungsfabrik stammenden Artikel wird das Soldatenleben in den prächtigsten Farben dargestellt. Bei aller Freude, daß er nun in den Schoß seiner Familie zurückkehre, stimme die Scheidungsstunde doch wehmütig, denn der Reservemann verläßt seine lieben Kameraden, seine hochverehrten, ja in den meisten Fällen geliebten Vorgesetzten. Zum Schluss wird dann noch ein Loblied auf die Kameradschaft in den Kriegervereinen gesungen, wo die jungen Krieger vor Verführungen bewahrt werden. Allzu viele Erfolge wird das Blatt mit dieser Beweihräucherung des Soldatenlebens nicht haben, denn erstens ist kein Reservist ein so geringer, daß nur eine kleine Zahl Reservisten diesen Ertrag zu Gesicht bekommt, zweitens aber denkt die Wehrzahl der vom Militär Entlassenen über die hochgeehrten und geliebten Vorgesetzten etwas anders als der Verfasser des Artikels.

Von einem schweren Unfall wurde gestern mittag der Arbeiter Schröder aus der Lohndstraße von der Artilleriewerkstatt betroffen: er befand sich auf dem Wege von der Fabrik zum Mittagessen und hatte gerade die Charlottenbrücke passiert, als er, vor einem vom Bahnhof kommenden Straßenbahnwagen gehend, auf einer Schiene ausglitt und zu Boden fiel. Bevor er sich wieder erheben konnte, war der Straßenbahnwagen, der nicht schnell genug zum Stehen gebracht werden konnte, auf ihn zu gefahren; der Berührungslinie geriet unter die vordere Plattform und wurde stark gequetscht. Nachdem er mit großer Mühe aus seiner gefährlichen Lage befreit worden war, erfolgte die Ueberführung des Mannes nach dem städtischen Krankenhaus.

Eine Ausstellung von Bekehrungsarbeiten findet in der Zeit vom 30. September bis 8. Oktober in der Jubiläumsturnhalle statt. Betheilt sind daran die Innungen der Schmiede, Schlosser, Maler, Bäcker, Klempner, Schneider, Schuhmacher, Stelmacher, Drechsler, Korbmacher und die Barbier-, Friseur- und Perrückenmacher-Innung. Die Ausstellung ist von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends für jedermann geöffnet. Der Eintritt ist frei.

Jugendveranstaltungen.

Schöneberg. Freitag, den 30. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Hofmann, Vorbergstraße 9: Vortrag des Herrn R. Roth über „Sprachbuntheit“.

Vom Freitag, den 1. Oktober, ab finden die Vortragabend wieder wöchentlich an jedem Freitag statt. Teilnehmerkarten, die an die Jugendlichen unentgeltlich abgegeben werden, gelangen in der Expedition, Martin-Luther-Strasse 51, zur Ausgabe.

Leis- und Döllnitzerklub „Wilhelm Viechtach“. Heute, Donnerstag, abends 9 Uhr: Sitzung bei Frau Ullhorn, Danziger Str. 13. Vortrag: „Arbeitsvertrag“. Gäste willkommen.

Wöchentlich Marktbericht der städtischen Marktstellen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Freitag. Zufuhr Schmal, Gehalt 100, Preise unverändert. Wild: Zufuhr nicht genügend, Gehalt lebhaft, Preise hoch. Geflügel: Zufuhr reichlich, Gehalt nicht lebhaft genug, Preise gedrückt. Fische: Zufuhr mäßig, Gehalt lebhaft, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Gehalt ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Erdfrüchte: Zufuhr genügend, Gehalt sehr flau, Preise kaum verändert.

Witterungsbericht vom 28. September 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer (hohes mm)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C	Temp. in F	Stationen	Barometer (hohes mm)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C	Temp. in F
Eutin	765 B	2	Dunst	14	Paparsburg	769 D	2	bedekt	1				
Damburg	767 B	2	bedekt	14	Petersburg	761 S	1	bedekt	7				
Berlin	768 B	2	mäßig	14	Seiditz	760 D	2	bedekt	14				
Kranitz	768 D	1	bedekt	11	Aberdeen	761 S	2	bedekt	12				
Rammen	769 B	2	mäßig	12	Berz	767 S	1	mäßig	10				
Bien	768 D	1	bedekt	11									

Wetterprognose für Donnerstag, den 29. September 1910.

Nachts etwas kühler, am Tage wieder milde, zeitweise neblig, sonst trocken und vielfach heiler bei mäßigen südlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerbau, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 27. 9.	am 28. 9.	Wasserstand	am 27. 9.	am 28. 9.
Remel, Luth	124	—	Saale, Großhly	120	—10
Regel, Jüterburg	—24	+2	Havel, Spandau	82	+3
Reichl, Dorn	70	—4	Havel, Rathenow	97	+1
Ober, Rathen	298	—47	Spree, Sperrberg	110	—4
• Trofen	295	—4	• Beustow	100	+1
• Frankfurt	269	—10	• Wetz, Ränben	—7	—9
• Watzke, Schramm	43	—4	• Wetz, Ränben	—7	—9
• Landsberg	10	0	• Wetz, Ränben	—7	—9
• Nebe, Borchamm	—5	+3	• Wetz, Ränben	—7	—9
• Elbe, Sellmeritz	171	—26	• Wetz, Ränben	—7	—9
• Dresden	73	—27	• Wetz, Ränben	—7	—9
• Pans	207	+25	• Wetz, Ränben	—7	—9
• Magdeburg	236	+20	• Wetz, Ränben	—7	—9

+) + bedeutet Sturz, — Fall. *) Unterpejel. *) Bis zum 28. morgens auf 214 cm gestiegen.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Barth, Berlin. Für den